



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# MONATLICHER PRESSESPIEGEL

JANUAR 2020

## Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

**Botschaft von Luxemburg**  
Presseabteilung  
Klingelhöferstraße 7  
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0  
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu  
berlin.mae.lu



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# STAAT UND POLITIK

## Trennung von Kirche und Staat: Fünf Fragen, fünf Antworten

Von Jörg TSCHÜRTZ

**Mit dem historischen Kompromiss vom Januar 2015 läutete die blau-rot-grüne Regierung einen Neuanfang in den Beziehungen zwischen Staat und Glaubensgemeinschaften ein. Doch die Umsetzung des Prestigeprojekts ging nicht ohne Streit über die Bühne. Ein Blick auf den Status quo.**

**Am 26. Januar jährt sich die Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Staat und den Glaubensgemeinschaften zum fünften Mal.** Trotz vieler Widerstände brachte die blau-rot-grüne Regierung die Trennung von Kirche und Staat innerhalb von drei Jahren über die gesetzgeberische Ziellinie. Die Reform hatte weniger Geld für die katholische Kirche, eine Abschaffung des Religionsunterrichts sowie das Ende der Kirchenfabriken zur Folge.

**Wie gestaltet sich das neue Miteinander und wie kam es überhaupt zu der historischen Einigung?** Ein Überblick in fünf Punkten.

### Sind Staat und Kirche wirklich getrennt?

Spitzfindige Beobachter halten den Begriff "Trennung" für nicht ganz korrekt: Der Staat habe die Verbindungen zur Kirche im Januar 2015 ja nicht komplett gekappt, sondern „nur“ neu geordnet. Eher könnte man von einer *institutionellen und organisatorischen Trennung* – oder einer Privatisierung – sprechen. Der Staat hat die Glaubensgemeinschaften jedenfalls zu mehr Eigenständigkeit verpflichtet, allen voran die katholische Kirche. Der damalige LSAP-Fraktionschef Alex Bodry brachte die Scheidungsformel auf den Punkt: **"Der Staat mischt sich nicht in die Interna der Kirchen ein, und die Glaubensgemeinschaften mischen sich nicht in die Interna des Staats ein."**

**Finanziell sind Staat und Kirche aber weiterhin eng miteinander verknüpft:** Gemäß dem Abkommen von 2015 werden Priester und andere Kultusdiener nicht mehr direkt vom Staat bezahlt. Stattdessen gewährt die öffentliche Hand den anerkannten Glaubensgemeinschaften einen jährlichen finanziellen Zuschuss, über den sie frei verfügen können. Der Staat kommt zudem weiter für die Gehälter und Renten von Geistlichen und Laienangestellten auf, die bis 2015 im Dienst der Kirche standen. Zudem wird das Priesterseminar mit jährlich 600.000 Euro unterstützt.



*Historischer Handschlag: Erzbischof Jean-Claude Hollerich und Premierminister Xavier Bettel besiegeln am 26. Januar 2015 das neugeordnete Verhältnis zwischen Kirche und Staat. (Foto: Gerry Huberty)*

## Wie war das nochmal mit den Kirchenfabriken?

Die katholische Kirche hat am 26. Januar 2015 zwei weitere Konventionen unterzeichnet: Eine betrifft die **Abschaffung des Religionsunterrichts** und die zweite die materiellen Güter der Pfarreien („Kirchenfabriken“). Bei den Kirchenfabriken handelt es sich um ein Kuriosum, das es in ähnlicher Form nur noch in Frankreich und in Belgien gab oder gibt. Gesetzliche Basis der Kirchenfabriken war ein „Décret impérial“ Napoleons aus dem Jahr 1809. Mehr als zwei Jahrhunderte lang wurden die Besitztümer der Pfarreien von den Kirchenfabriken verwaltet. Die Kommunen mussten teilweise für den Unterhalt der Kirchen sorgen und eventuelle Defizite der Kirchenfabrik decken. Zudem mussten die Gemeinden dem jeweiligen Pfarrer eine Wohnung zur Verfügung stellen.

Anfang 2018 war mit dieser Praxis Schluss: Die Kirchenfabriken wurden abgeschafft und die kirchlichen Besitztümer in den neuen Kirchefong überführt, der dezentral vom Erzbistum verwaltet wird. Die Umsetzung des Vorhabens erwies sich jedoch als harte Nuss. Eineinhalb Jahre wurde erbittert gestritten. Besonders das Verbot der Kofinanzierung des Fonds durch die Gemeinden stieß vielen Verantwortlichen in den Pfarreien und Kommunalpolitikern sauer auf – und auch der Staatsrat erteilte eine "opposition formelle". Letztlich musste der zuständige Innenminister Dan Kersch (LSAP) in diesem Punkt nachgeben und das generelle Kofinanzierungsverbot aus dem Gesetz streichen. Im Kern setzte sich die Regierung jedoch durch.

## Welche Geldmittel stellt der Staat den Kirchen zur Verfügung?

Bis zur Trennung von Kirche und Staat finanzierte der Steuerzahler die Glaubensgemeinschaften mit 24 Millionen Euro, mit dem neuen Gesetz sind es nur noch rund 8,5 Millionen Euro. Vor allem die katholische Kirche muss seit der Reform kleinere Brötchen backen.

Laut dem **Gesetz vom 23. Juli 2016** stehen den Religionsgemeinschaften folgende jährliche Zahlungen der öffentlichen Hand zu:

- **Katholische Kirche:** 6,75 Millionen Euro (statt bis dahin 23,72 Millionen Euro, Anm.)\*
- **Protestantische Kirche:** 450.000 Euro
- **Muslimische Gemeinschaft:** 450.000 Euro\*\*
- **Jüdische Gemeinschaft:** 315.000 Euro
- **Orthodoxe Kirche:** 285.000 Euro
- **Anglikanische Kirche:** 125.000 Euro

*\* Der Staat springt erst dann ein, wenn die Summe sämtlicher Löhne, Gehälter und Pensionen, die noch unter das alte Regime fallen (pacta sunt servanda), niedriger ausfällt als der vereinbarte Betrag von 6,75 Millionen Euro.*

*\*\* Die muslimische Gemeinde in Luxemburg wurde 2015 zum ersten Mal offiziell anerkannt und folglich auch finanziell unterstützt.*

## Gibt es Pläne, Kirche und Staat noch stärker voneinander zu trennen?

Im blau-rot-grünen Koalitionsprogramm sucht man vergeblich nach weiteren Reformen in Zusammenhang mit den Religionen. Offenbar will die Regierung vermeiden, einen neuerlichen Kulturkampf zwischen Kirche und Staat vom Zaun zu treten. Nur einen einzigen Satz findet man darin: Die Regierung will die nationale Ethikkommission künftig als beratende Instanz bei Fragen zu Religion und Laizismus beiziehen.

Die laizistischen Bestrebungen der Dreierkoalition rufen im christlich geprägten – und jahrzehntelang von Christsozialen regierten – Großherzogtum teilweise immer noch großen Unmut hervor. Auch die Debatte um die Abschaffung des Religionsunterrichts ließ die Wogen hochgehen. **Nicht zu vergessen ist, dass die drei Konventionen im Vorfeld des Referendums 2015 zustande kamen:** Die Regierung plante ursprünglich, die Bürger

zusätzlich zu den drei Fragen über das Ausländerwahlrecht, die Mandatsbegrenzung von Ministern und das Wählen ab 16 auch über die Frage der Finanzierung der Religionsgemeinschaften entscheiden zu lassen. Mit dem Abkommen vom Januar 2015 wurde die vierte Referendumsfrage hinfällig. So brauchte keine der beiden Seiten zu befürchten, dass sie, je nachdem, wie die Volksbefragung ausgegangen wäre, das Gesicht verlieren würde.

## **Machen sich "Trennungsschmerzen" bemerkbar?**

Wie bei jeder Scheidung hat auch die Trennung von Kirche und Staat Narben hinterlassen. Insbesondere in der katholischen Kirche. „Das Ganze tut mir weh“, gestand Erzbischof Jean-Claude Hollerich im Jahr 2017. Hollerich stand zu diesem Zeitpunkt bereits innerkirchlich in der Schusslinie. Stein des Anstoßes war die geplante Abschaffung der Kirchenfabriken und die Einsetzung eines Kirchenfonds.

Der Streit eskalierte, als zwei Tage vor Heiligabend 2016 das Syndicat des fabriques d'église (Syfel) den Staat, die Regierung, die beteiligten Minister und den Erzbischof vor Gericht zitierte. Anfang 2018 wird das Gesetz über den Kirchenfonds in der Chamber trotzdem mit 34 Ja-Stimmen beschlossen.

**Doch der Syfel „gëtt sech nët“: Die Kirchenfabriken und ihr Verband sprechen der Konvention von 2015 bis heute die Rechtmäßigkeit ab. 2018 wurde die zivilrechtliche Klage des Syfel zwar vom Bezirksgericht Luxemburg abgewiesen.** Die Kirchenfabriken gingen jedoch in Berufung – der Ausgang des Verfahrens ist ungewiss.

Erzbischof Jean-Claude Hollerich hingegen scheint sich fünf Jahre nach der Unterzeichnung der Kirchen-Konvention mit dem Status quo abgefunden zu haben. „Es geht heute nicht anders wie Trennung von Kirche und Staat“, sagte Hollerich im Dezember 2019 in einem „RTL“-Interview. Früher sei die katholische Kirche deckungsgleich mit der Bevölkerung gewesen, dies sei heute nicht mehr der Fall. Die Kirche müsse ihr Image als Privilegienempfänger loswerden. **„Kleiner und ärmer zu werden, das tut uns gut.“**

# Eine neue Beziehung

Vor fünf Jahren haben sich Regierung und Glaubensgemeinschaften auf ein neues Miteinander verständigt

Von Dani Schumacher

„Es kommt durch dieses Abkommen zu einer Trennung von Kirche und Staat. Allerdings bleiben die Religionsgemeinschaften beim Einwirken auf die Gesellschaft weiterhin anerkannt. Es ist ein Abkommen, das uns viel kostet, das viele Punkte beinhaltet, die uns weh tun, das aber auch Chancen für die Zukunft enthält“, so Erzbischof Jean-Claude Hollerich gegenüber der Presse, kurz nachdem Regierung und Glaubensgemeinschaften sich am 19. Januar 2015 mündlich auf ein neues Miteinander verständigt haben.

Viel mehr erfahren die Journalisten, die vor dem früheren Außenministerium ausgeharrt haben, an diesem Abend nicht. Denn auch Premier- und Kultusminister Xavier Bettel (DP) wird in seiner ersten Stellungnahme zum blau-rot-grünen Prestigeprojekt „Trennung von Kirche und Staat“ nicht konkret. Es dauert daher noch einige Tage, bis klar ist, auf was sich beide Seiten in den zähen Verhandlungen genau geeinigt haben.

Das Abkommen umfasst drei Punkte. Zunächst geht es um die Anerkennung und die Finanzierung der Glaubensgemeinschaften. Die anderen beiden Punkte betreffen nur die katholische Kirche. Einerseits wird der Religionsunterricht aus den öffentlichen Schulen verbannt und durch einen allgemeinen Werteunterricht ersetzt. Zum anderen sollen die Kirchenfabriken abgeschafft und durch einen Kirchenfonds ersetzt werden.

## Die CSV muss mit ins Boot

Bevor sie Nägel mit Köpfen machen können, müssen die Regierungsparteien die CSV mit ins Boot holen. Denn im Hinblick auf den Paradigmenwechsel bei der Finanzierung der Glaubensgemeinschaften muss die Verfassung abgeändert werden. Ohne die Oppositionspartei ist dies aber nicht möglich, weil DP, LSAP und Grüne es zusammen nicht auf die in Verfassungsfragen erforderliche Zweidrittelmehrheit bringen. Konkret geht es um die Artikel 22 und 106. Eine weitere Hürde, die überwunden werden

muss, ist die vierte Frage des bevorstehenden Referendums, in der es um die Finanzierungsfrage geht.

Am Morgen des 20. Januar 2015 informiert Kultusminister Bettel zunächst die zuständigen parlamentarischen Ausschüsse, am Nachmittag tagt das Plenum. Am Ende des Tages steht fest: Die CSV trägt die Änderung am Grundgesetz mit, das Abkommen kann unterschrieben werden.

Der Kompromiss, auf den man sich verständigt hat, sieht vor, dass Artikel 106, der den Staat verpflichtet, für die Gehälter und Renten der Geistlichen und Laienhelfer aufzukommen, vollständig aus der Verfassung gestrichen wird. Die Bestimmungen von Artikel 22, der generell die Beziehungen zwischen dem Staat und den Kirchen regelt, werden neu formuliert. Damit ist auch die vierte Referendumsfrage zur Finanzierung der Religionsgemeinschaften endgültig vom Tisch.

Das Abkommen kann unterzeichnet werden. Am 26. Januar 2015, also vor genau fünf Jahren, setzen die Vertreter der Regierung und der sechs Religionsgemeinschaften im Staatsministerium ihre Unterschrift unter die Konventionen: Das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen wird neu geregelt. Doch bis die Verträge vollständig umgesetzt sind, dauert es noch fast drei Jahre.

## Die Anerkennung

Den Anfang macht der Kultusminister. Am 9. September 2015 bringt Bettel die sechs Gesetzentwürfe im Parlament ein, mit denen die Konventionen – und somit die finanziellen Zuwendungen des Staates für die Kirchen – eine legale Basis erhalten sollen.

Neu ist, dass die Kultusdiener nicht länger direkt vom Staat bezahlt werden. Stattdessen erhalten die anerkannten Religionsgemeinschaften – die katholische, die protestantische und die protestantisch-reformierte Kirche, die anglikanische und die orthodoxe Kirche sowie die jüdische Gemeinde und die Schura – jährlich einen festen Betrag, über den sie frei verfügen können. Die muslimische

Gemeinde in Luxemburg wird zum ersten Mal offiziell anerkannt und folglich auch finanziell unterstützt.

Es gilt die Klausel des *pacta sunt servanda*: Kultusdiener, die noch unter dem alten Regime verpflichtet wurden, werden weiterhin vom Staat bezahlt. Auf diesen Zusatz hatte vor allem die katholische Kirche bestanden.

Bevor das Parlament über die sechs Texte abstimmen kann, muss allerdings geklärt werden, ob dies überhaupt möglich ist, bevor die Verfassungsänderung in trockenen Tüchern ist. Der Staatsrat gibt grünes Licht und am 13. Juli 2016 verabschiedet das Parlament die Gesetze mit 32 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen.

## Der Werteunterricht

Kurz vorher, am 15. März 2016, hatte Bildungsminister Claude Meisch (DP) einen ersten Entwurf zum Fach „Vie et société“ im Sekundarunterricht eingebracht. Am 7. Juli, also noch vor der Sommerpause, gibt das Parlament mit den Stimmen der Mehrheitsparteien bereits grünes Licht. Das neue Fach wird ab der Rentrée in den Lehrplan aufgenommen.

Wenige Tage vor der Abstimmung hat Meisch auch den Entwurf zur Einführung des Werteunterrichts in der Grundschule eingebracht. Diesmal ist die Zeitschiene nicht so eng, denn im Fundament soll das Fach erst ab dem Schuljahr 2017/2018 obligatorisch werden. Am 11. Juli 2017 gibt das Parlament seine Zustimmung. Am gleichen Tag verabschieden die Abgeordneten auch den Gesetzentwurf, der die Übernahme der ehemaligen Religionslehrer regelt.

Die Einführung des Werteunterrichts geht nicht konfliktfrei über die Bühne. Die Initiative „Fir de Choix“ und die Religionslehrer wehren sich vehement gegen die Abschaffung des Religionsunterrichts, allerdings ohne Erfolg.

## Der Kirchenfonds

Umstritten ist auch der geplante Kirchenfonds. Der lauteste Protest kommt aus den Reihen der Kirche selbst. Der Dachverband der Kir-

chenfabriken Syfel wehrt sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das Vorhaben und schreckt auch vor juristischen Schritten nicht zurück.

Der damalige Innenminister Dan Kersch (LSAP) lässt sich aber nicht beirren. In den Verhandlungen im zweiten Halbjahr 2014 hatte man sich ganz allgemein auf die Schaffung eines Fonds verständigt, der als eine Art „nationale Kirchenfabrik“ funktionieren soll und vom Bistum verwaltet wird. Gleichzeitig sollen bei den Kirchengebäuden die Besitzverhältnisse ein für alle mal geklärt werden.

Doch der Teufel steckt im Detail. Es wird also weiter verhandelt. Bis der Gesetzentwurf endlich ausgefeilt ist, dauert es eine ganze Weile. Um die Wartezeit zu überbrücken, lässt der Innenminister über eine Änderung am Dekret von 1809 abstimmen, auf dem die Kirchenfabriken basieren. Am 25. Februar 2016 entbindet das Parlament die Kommunen von ihrer Pflicht, die Defizite der Kirchenfabriken auszugleichen und den Pfarrern eine Wohnung zur Verfügung zu stellen.

Am 5. August 2016 präsentiert Kersch schließlich den Entwurf zum Kirchenfonds. Für Unmut sorgt vor allem das Kofinanzierungsverbot. Geht es nach dem Innenminister, dürfen die Gemeinden sich nicht am Unterhalt der Kirchen, die dem Fonds gehören werden, beteiligen. Der Staatsrat ist allerdings nicht einverstanden und kippt das Kofinanzierungsverbot. Die Hohe Körperschaft hält auch ausdrücklich fest, dass es durch die Überführung des Vermögens der Kirchenfabriken in den Fonds nicht zu einer Enteignung kommt. Damit ist das Hauptargument des Syfel entkräftet.

Am 17. Januar 2018 ist es soweit: Das Parlament stimmt mit 34 Ja gegen 26 Nein-Stimmen für die Abschaffung der Kirchenfabriken. Am 1. Mai nimmt der Kirchenfonds seine Arbeit auf. Damit ist das Prestigeprojekt „Trennung von Kirche und Staat“ abgeschlossen.

WO STEHEN WIR?

# Besonderes Gremium

## Der Staatsrat ist zwar kein Senat, sein Einfluss aber groß

Er ist keine zweite Kammer nach dem Bild der gewählten Senate, die in zahlreichen Ländern existieren und hat lediglich beratende Funktion im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens: Dennoch ist der Staatsrat eine der tragenden Säulen des hiesigen Netzwerks der Institutionen. Das seit 1856 bestehende Verfassungsorgan, für das im Budget 2020 4,3 Millionen Euro an Mitteln stehen, hat die Aufgabe, „zu sämtlichen Gesetzentwürfen und Gesetzesvorlagen und den gegebenenfalls vorgebrachten Änderungsanträgen sowie zu allen anderen Fragen, mit denen er möglicherweise von der Regierung oder von Gesetzes wegen betraut wurde, Gutachten abzugeben“. Das Arbeitspensum der 21 Mitglieder, die das Amt neben ihrem Beruf bekleiden und der 21 Mitarbeiter ist also übers Jahr gesehen beträchtlich. Im vergangenen Jahr wurden so im Staatsrat - auch „Hohe Körperschaft“ genannt - nicht weniger als 158 Gutachten zu Gesetzentwürfen, 136 zu Entwürfen für großherzogliche Bestimmungen, sieben zu Gesetzesvorschlägen und drei im Rahmen der Verfassungsreform verabschiedet.

Gefürchtet sind die so genannten „oppositions formelles“, die auf Risiken der Nicht-Konformität von Textpassagen mit übergeordneten Rechtsprinzipien hinweisen. Nicht wenige Entwürfe müssen dann in den zuständigen Parlamentsausschüssen nochmal aufs Metier genommen werden, in einigen Fällen sogar mehrmals, was die Prozeduren freilich in die Länge zieht, allerdings für mehr Rechtssicherheit sorgt.

Das Parlament kann sich zwar über die Einwände hinweg setzen, dann riskiert es allerdings, dass die Hohe Körperschaft sich weigert, die „Chamber“ von der verfassungsmäßig (Artikel 59) vorgesehenen zweiten Abstimmung freizustellen. Die beiden Institutionen können diese Freistellung gemeinsam beschließen, aber es gibt auch Fälle, in denen der Staatsrat nicht einverstanden ist. Das war zuletzt 2017 bei der Reform des Gemeindebeamtenstatuts der Fall.

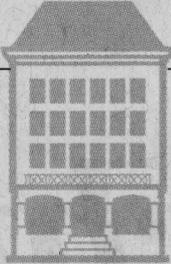
Ein „Vetorecht“ also, dass allerdings nur aufschiebend ist: die einzige Konsequenz ist, dass das Parlament zu einer weiteren Abstimmung innerhalb von drei Monaten schreitet.

Die ganzen Prozeduren dienen dazu, die Rechtssicherheit der Texte zu stärken - im Interesse jeder Bürger. Besteht doch ein Verdacht der Non-Konformität, etwa mit der Verfassung, kann das Verfassungsgericht mit der Überprüfung befasst werden. Einst kamen solche Fälle vor den Ausschuss für Streitsachen des Staatsrats. Doch das berühmte „Procola“-Urteil des Straßburger Menschenrechtsgerichtshofs führte 1996 zu einer grundlegenden Reform des Staatsrats und der Schaffung einer eigenen Verfassungsgerichtsbarkeit. Die letzte Reform der Hohen Körperschaft bislang geht auf 2017 zurück. Dabei stand besonders die Anpassung der Zusammensetzung des Gremiums an die verschiedenen politischen Strömungen im Parlament im Vordergrund. Diese Berücksichtigung führte auch zu einer Herabsetzung der Maximaldauer der Zugehörigkeit am Staatsrat von 15 auf 12 Jahre.

Die Hohe Körperschaft bekam auch das Recht, Verhaltensregeln festzulegen, einen Überwachungsausschuss zu schaffen und Disziplinarmaßnahmen zu treffen. Ferner sind seither die Abstimmungsergebnisse zu den Gutachten öffentlich. Allerdings bleiben die Namen der Votanten genau wie die der Berichterstatter weiterhin streng vertraulich. Das sorgt immer mal wieder für Kritik an der „Schatten-“ oder „Dunkelkammer“ Staatsrat. In der Kritik steht auch regelmäßig die Nominierungsprozedur für die Mitglieder im Staatsrat. Manche wollen das lieber exklusiv der Abgeordnetenkammer überlassen. Die nächste Reform soll noch in dieser Legislatur kommen. Der Ernennungsmodus der Mitglieder soll laut Koalitionsvertrag nämlich kritisch geprüft werden. Außerdem empfehlen die Koalitionäre eine Aufstockung der Mitgliederzahl, damit der Staatsrat seine zahlreichen Aufgaben besser erfüllen kann.

CLAUDE KARGER

DER STAATSRAT IM LAUFE DER ZEIT



CONSEIL D'ETAT  
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

**1856**  
➔ Die Schaffung des luxemburgischen Staatsrats geht auf die Verfassungsänderung vom 27. November 1856 von Wilhelm III. zurück

**1899**  
➔ Die Unabhängigkeit des Staatsrates wurde ausdrücklich in der Verfassung bestätigt

**1919**  
➔ Es kam zu einer tiefgreifenden Verfassungsänderung. Die Souveränität lag nunmehr beim Volk. Durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle luxemburgischen Staatsbürger, Männer und Frauen ab 21 Jahren, sowie des Verhältniswahlsystems wurde die politische Landschaft dauerhaft verändert

**1940**  
➔ Im Oktober beschloss Gauleiter Gustav Simon nach dem Überfall deutscher Truppen, den Staatsrat aufzulösen. Die erste Plenarsitzung des Staatsrates nach der Befreiung fand am 18. Dezember 1945 statt

**1961**  
➔ Es kam zu einer Änderung der Zusammensetzung des Staatsrats. Der Staatsrat setzte sich nunmehr aus 21 Räten zusammen

**1996**  
➔ Die tiefgreifendste Reform des Staatsrates seit seiner Schaffung fand 1996 statt. Grundlage dafür war das Procola-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 28. September 1995. Die rechtsprechende Funktion des Staatsrats wurde zum 1. Januar 1997 aufgehoben, der Ausschuss für Streitsachen abgeschafft und die entsprechenden Aufgaben einem Verwaltungsgericht in erster Instanz und einem Verwaltungsgerichtshof in der Berufungsinstanz übertragen

**2017**  
➔ Durch das Gesetz vom 16. Juni 2017 über die Organisation des Staatsrats wurde die Zusammensetzung des Staatsrats so angepasst, dass die verschiedenen in der Abgeordnetenkammer vertretenen politischen Strömungen angemessen repräsentiert sind

Entstehung und Entwicklung des Staatsrates Quelle: Staatsrat

# Wichtige Verbindungen

Regierung, „Chamber“, Berufskammern und Gerichtsbarkeiten:  
mit ihnen arbeitet der Staatsrat besonders zusammen

## LUXEMBURG

**W**as macht der Staatsrat, was ist sein Zweck? Wie ist seine Zusammensetzung? Wie funktioniert er? Wir nehmen den Neujahrsempfang des „Conseil d'Etat“ zum Anlass, um die Antworten auf diese und andere Fragen zu geben.

Es war eine Premiere für die Hohe Körperschaft, die gestern Nachmittag neben dem Erbgroßherzog, der ja auch Mitglied des Staatsrats ist, Parlamentspräsident Fernand Etgen, Premier Xavier Bettel, Vertreter der Berufskammern sowie Mitglieder der Gerichtsbarkeiten, eine Menge Abgeordnete

und Mitglieder des diplomatischen Korps begrüßen konnte. Insgesamt 78 Gäste hatten sich angemeldet.

### Wichtige Verbindungen

Präsidentin Agny Durdu würdigte bei ihrer Begrüßungsrede die enge Zusammenarbeit mit dem Parlament sowie mit der Regierung. Dass einige Minister sich Zeit nehmen, um ihre Vorhaben in den Staatsratsausschüssen vorzustellen sei eine positive Entwicklung, so die Vorsitzende der Hohen Körperschaft, die vor allem auch die enge Zusammenarbeit mit den Gerichtsbarkeiten unterstrich. Sie seien oft als erste mit den Gesetztexten konfrontiert, ihre Jurisprudenzen ausge-

sprochen wichtig für die Arbeit des Staatsrats. Das seien auch die Gutachten der Berufskammern von Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Staatsbediensteten und Arbeitnehmern im Privatsektor.

Einen besonderen Dank sprach Durdu für die Staatsratsmitglieder und die Mitarbeiter der Hohen Körperschaft aus. Das hohe Arbeitspensum benötige über die Fachkompetenz hinaus sehr viel Engagement. 2019 wurden übrigens 201 Ausschusssitzungen gezählt, 21 Vollversammlungen und 14 öffentliche Sitzungen.

➔ Mehr: [consell-etat.public.lu](http://consell-etat.public.lu)

## 21 RÄTE UND EIN ERBGROSSHERZOG Zusammensetzung des Staatsrats

Der Staatsrat setzt sich aus 21 Räten zusammen, von denen mindestens elf einen Master in Rechtswissenschaften besitzen sollen. Nicht eingeschlossen in dieser Zahl ist der Erbgroßherzog, der dem Staatsrat ebenfalls angehören kann.

Ist im Staatsrat ein freigewordener Sitz neu zu besetzen, erfolgt die Neubesetzung abwechselnd entweder nach Vorschlag eines Kandidaten durch die Regierung, nach Vorschlag eines Kandidaten durch die Abgeordnetenversammlung oder nach Vorschlag eines Kandidaten durch den Staatsrat selbst. Momentan setzt sich die Hohe Körperschaft aus 20 Mitgliedern sowie Erbgroßherzog

Guillaume zusammen, da der langjährige LSAP-Fraktionschef Alex Bodry, der das Mandat von Romain Nati übernimmt, voraussichtlich erst in der nächsten Woche als neues Staatsratsmitglied vereidigt wird. Mit Ausnahme des Erbgroßherzogs wird ein Staatsrat für die Dauer von zwölf Jahren ernannt; die entsprechende Altersgrenze liegt bei 72 Jahren.

*Nachstehend die aktuelle Besetzung des Staatsrats (noch ohne Alex Bodry):*

### PRÄSIDENTIN

**Agy Durdu** (Juristin)

### VIZEPRÄSIDENTEN

**Patrick Santer** (Jurist)

**Marc Schaefer** (Lehrer)

### RÄTE

**Erbgroßherzog Guillaume,**

**Georges Wivenes** (Jurist),  
**Lydle Lorang** (Juristin),  
**Charles Lampers** (Jurist),  
**Martine Deprez** (Professorin),  
**Christophe Schiltz** (Jurist),  
**Luclen Lux** (früherer Gewerkschafter und Politiker),  
**Alain Kinsch** (Wirtschaftsprüfer),  
**Marc Thewes** (Jurist),  
**Jeannot Nles** (Jurist),  
**Dan Theisen** (Erster Regierungsrat),  
**Héloïse Bock** (Juristin),  
**Marc Colas** (Jurist),  
**Isabelle Schlessler** (Adem-Direktorin),  
**Véronique Stoffel** (Juristin),  
**Martine Lamesch** (Juristin),  
**Yves Wagener** (Jurist),  
**Deidre Du Bois** (Jurist).

## AUSSCHLUSS DER ÖFFENTLICHKEIT

Die Arbeit in den Ausschüssen und in den Plenarsitzungen

Die Plenarsitzungen des Staatsrats finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Hier werden sämtlichen Entwürfe zu Gutachten und Beschlüssen mit einer Mehrheit der Stimmen gebilligt, wobei jedes Staatsratsmitglied hier eine abweichende Meinung zur Beratung unterbreiten kann. Die abweichenden Meinungen werden dem Gutachten des Staatsrats dann mit der Angabe der Zahl der Räte, die dafür gestimmt haben, beigefügt.

In öffentlicher Sitzung nimmt die Versammlung indes zur Freistellung von der verfassungsmäßig vorgesehenen zweiten

Abstimmung Stellung, die bei Gesetzentwürfen und Gesetzesvorlagen, die vom Parlament angenommen wurden, gewährt werden kann.

Auch wenn der Staatsrat zur Prüfung spezifischer Angelegenheiten Sonderausschüsse bilden kann, so verfügt er doch über sieben ständige Ausschüsse:

- Ausschuss zu Verfassungsangelegenheiten
- Ausschuss zu Rechtsangelegenheiten
- Ausschuss Soziales
- Ausschuss Kultur, Bildung, Forschung und Medien
- Ausschuss Nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur
- Ausschuss Wirtschaft und Finanzen

- Ausschuss Organe und Einrichtungen sowie Öffentliche Verwaltung

### ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHE

#### Die Aufgaben des Staatsrats

Der Staatsrat gibt Gutachten zu sämtlichen Gesetzentwürfen und Gesetzesvorlagen sowie den diesbezüglichen Änderungsanträgen ab, wie ebenfalls zu sämtlichen anderen Fragen, mit denen er von der Regierung oder von Gesetzes wegen betraut wurde.

Der Staatsrat befasst sich spätestens dann mit einem Gesetzentwurf, wenn dieser in der Abgeordnetenkammer eingebracht wird.

Grundsätzlich muss im Parlament bei allen Gesetzentwürfen und Gesetzesvorlagen zweimal über den gesamten Gesetzestext abgestimmt werden.

Zwischen beiden Abstimmungen müssen mindestens drei Monate liegen. Allerdings kann die Abgeordnetenkammer auf eine zweite Abstimmung verzichten,

wobei dieser Verzicht jedoch erst mit der Zustimmung des Staatsrats wirksam wird, was meistens der Fall ist.

Im Allgemeinen lehnt der Staatsrat die Freistellung von der verfassungsmäßig vorgesehenen zweiten Abstimmung nur dann ab, wenn er der Auffassung ist, dass wichtige Gründe vorliegen, die seine Ablehnung rechtfertigen, wie die Unvereinbarkeit des angenommenen Textes mit Verfassungsbestimmungen, mit internationalen Verträgen einschließlich der europäischen Richtlinien und Verordnungen, sowie mit der Rechtsprechung internationaler Gerichte oder mit allgemeinen Rechtsgrundsätzen wie etwa dem der Rechtssicherheit. Diese Ablehnung kommt im Prinzip bereits durch einen „formellen Widerspruch“ im Gutachten des Staatsrats zum Ausdruck.



Premier Xavier Bettel, Agny Durdu, Erbgroßherzog Guillaume und Parlamentspräsident Fernand Etgen (v.l.n.r.)

Pouvoir législatif

# „Zeigen, dass wir eine offene Institution sind“

Staatsratspräsidentin Agny Durdu über Kommunikation, Diskretion und volle Arbeitsprogramme

LUXEMBURG

CLAUDE KARGER

**Z**um ersten Mal veranstaltete der Staatsrat am Freitagnachmittag einen Neujahrsempfang. Warum, erklärte uns Präsidentin Agny Durdu in einem Vorgespräch, in dem auch die Arbeit einer der ältesten Institutionen des Landes im Mittelpunkt stand.

**Frau Durdu, zahlreiche Institutionen machen Neujahrsempfänge, warum der Staatsrat erst jetzt?**

**AGNY DURDU** Der Empfang ist ein Element in einer Kommunikationsstrategie, um zu zeigen, dass der Staatsrat eine offene Institution ist, die mit zahlreichen anderen Institutionen zusammenarbeitet: mit Parlament und Regierung, aber auch mit der Justiz und den Berufskammern, die ebenfalls Gutachten zu den Gesetzentwürfen anfertigen und denen wir in unserer Arbeit Rechnung tragen. Die Maximen dieser Arbeit lauten aber weiterhin Effizienz und Diskretion.

**A propos Diskretion: was sagen Sie zu der Kritik, der Staatsrat sei eine Dunkelkammer, da Entscheidungen nicht transparent sind? Die Öffentlichkeit weiß ja nicht einmal, wer Berichterstatter der verschiedenen Gutachten ist.**

**DURDU** Niemand trifft Entscheidungen allein. Wir sind ein kollegiales Organ, das zu prüfen hat, ob ein Entwurf den geltenden rechtlichen Prinzipien und übergeordneten Normen, vor allem der Verfassung entspricht. Rechtssicherheit ist unser aller Anliegen. Die Gutachten werden von einem Berichterstatter vorbereitet, aber dann in den Ausschüssen diskutiert und in der Vollversammlung wird abgestimmt.

Bereits vor Einführung des Deontologiekodex 2015, der die Mitglieder zu Vertraulichkeit, Unparteilichkeit, Genauigkeit und Integrität verpflichtet, wurde besonders darauf geachtet, jeglichen Interessenkonflikt zu vermeiden. Es ist klar, dass ein hoher Beamter nicht an Texten arbeitet, die in seinem Ministerium geschrieben werden, das gleiche gilt aber auch für Mitglieder, die zum Beispiel als Anwalt bei der Ausarbeitung eines Gesetzes zu Rate gezogen wurden.

**Und darüber wacht die Präsidentin?**

**DURDU** Das ist eine ihrer Aufgaben. Sie ist aber auch, im Zusammenspiel mit den Vizepräsidenten Patrick Santer und Marc Schaefer sowie Generalsekretär Marc Besch für die interne Organisation und die Kommunikation verantwortlich.

**Wie viele Mitarbeiter zählt denn der Staatsrat?**

**DURDU** Derzeit sind es 21, also genau so viele wie Mitglieder. Meist sind es Juristen. In den letzten Jahren wurde der Personalbestand aufgestockt, um dem steigenden Arbeitsvolumen Rechnung zu tragen.

**Wie viele Gutachten wurden im vergangenen Jahr angefertigt?**

**DURDU** Es waren 158 Gutachten zu Gesetzentwürfen, 136 zu Entwürfen für großherzogliche Bestimmungen, sieben zu Gesetzesvorschlägen und drei im Rahmen der Verfassungsreform. Zwischen September 2018 und Juli 2019 musste der Staatsrat übrigens insgesamt 266 „oppositions formelles“ aussprechen, weil Teile von Entwürfen nicht übergeordneten Rechtsnormen entsprachen.

**Welche Gesetzentwürfe haben Sie in den vergangenen Jahren am meisten geprägt?**

**DURDU** Für mich waren die Arbeiten an der Verfassungsreform am interessantesten. Trotz des Umstands, dass nun keine große Revision kommt, befassen wir uns weiter damit; insbesondere mit den Bemerkungen der Venedig-Kommission, des Konsultativorgans des Europarats zu Verfassungsfragen. Ansonsten haben uns im vergangenen Jahr die Reformen des Notarberufs, des Insolvenzrechts, die Gesetze gegen Geldwäsche und die Reform des Waffengesetzes besonders beschäftigt. Momentan liegen zahlreiche Entwürfe für die Ausweisung von Naturschutzzonen vor. Bis Ostern werden die Gutachten über die Entwürfe zum Denkmalschutz, zur Bodenverwaltung und zum „Remembrement“ viel Arbeit benötigen.

**Sie sind erst die zweite Frau an der Spitze des Staatsrats. Wie weit sind wir noch von der Geschlechtergleichstellung in der Hohen Körperschaft entfernt?**

**DURDU** Ob Frau, ob Mann, hier kommt es vor allem auf die Kompetenzen an. Momentan sind ein Drittel der Mitglieder Staatsrätinnen, wie es das Gesetz verlangt. Vielleicht sind es künftig mehr.

**Welche Akzente wollen Sie unter ihrer Präsidentschaft noch setzen?**

**DURDU** Wie gesagt für mehr Offenheit sorgen. Mir ist aber vor allem der Beitrag des Staatsrats zu einer Versachlichung von Diskussionen wichtig. Unsere Gutachten sind manchmal wichtig, um die Politik zu ermahnen, auf den

Boden der Tatsachen zurück zu kommen. Insgesamt finde ich in unserer schnelllebigen Zeit, dass wir öfter in Ruhe ausgeglichen über Anliegen diskutieren sollten. Fanatismus und Panikmache sind immer schlechte Berater.

**Haben Sie mit der Politik definitiv abgeschlossen?**

**DURDU** Mit der Kommunalpolitik auf jeden Fall. Aber vor Überraschungen ist man nie gefeit. ●

**ZUR PERSON**

**Agnès Durdu**

Die 55-jährige Rechtsanwältin mit Spezialisierung auf Europarecht war lange Jahre Bürgermeisterin ihrer Heimatgemeinde Wintger und von 1994 bis 2004 Abgeordnete der Demokratischen Partei, deren Generalsekretärin sie auch war.

2006 wurde sie anstelle des aus-  
geschieden Carlo Meintz (DP) zum  
Mitglied der Hohen Körperschaft  
ernannt, deren Vizepräsidentin  
sie seit Juni 2015 war. Nach dem  
Ausscheiden von Georges Wiwe-  
nes (CSV) wurde sie zum 1. April  
2019 Vorsitzende des Staatsrats,  
als zweite Frau in der Geschichte

der Institution nach Viviane Ecker  
(LSAP) 2014. Ihr dreijähriges Prä-  
sidentenmandat wird sie allerdings  
nicht bis zum Ende führen können,  
denn im März 2021 muss sie aus  
der Hohen Körperschaft ausschei-  
den, da sie dann die maximale  
Zugehörigkeitsdauer von 15 Jahren  
erreicht hat. Mit der Staatsratsre-

form von 2017 war diese Dauer auf  
12 Jahre reduziert worden, eine  
Bestimmung, die sich allerdings  
lediglich auf Mitglieder anwendet,  
die nach der Reform in die Hohe  
Körperschaft ernannt wurden.

# Das Klima und das Geld

Premier Bettel und Kommissionspräsidentin von der Leyen treffen sich zu einer Arbeitsvisite

**Luxemburg.** „Wir kennen uns seit Langem“, erklärte die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gestern bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierminister Xavier Bettel (DP). Bei dem Treffen der beiden Politiker war die Atmosphäre denn auch ausgesprochen herzlich.

Womöglich lag das aber auch daran, dass die Kommissionspräsidentin und der luxemburgische

Regierungschef in Bezug auf die europäische Politik in vielen Punkten auf einer Linie liegen. Etwa beim Klimaschutz. Von der Leyen und Bettel begreifen die angestrebte Energiewende nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance. Eine Chance sei der „Green Deal“ auch deshalb, weil durch das millionenschwere Maßnahmenpaket viel Geld in neue Technologien investiert werde.

Bei dem zweiten großen Thema der Unterredung, dem EU-Finanzrahmen, gab es dann einige Dissonanzen. Premier Bettel hält die aktuell vorliegenden Haushaltspläne der Kommission für „unrealistisch“, weil nicht ambitiös genug. Daher seien sie auch „unvereinbar mit der gemeinsamen politischen Agenda“: „Wer mehr tun will, braucht auch mehr Geld“, so sein Fazit.

Anschließend ging es dann vom Regierungsviertel weiter zum Europaviertel in Kirchberg: Am Europäischen Gerichtshof wurde gestern Mittag die EU-Kommission offiziell vereidigt, dies im Beisein von Großherzog Henri, der Ursula von der Leyen am Morgen in Audienz empfangen hatte. *DS*



Noch bevor sie am Nachmittag ihren offiziellen Amtseid am Europäischen Gerichtshof ablegte, wurde EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen gestern von Premier Bettel im Staatsministerium empfangen. Foto: Chris Karaba

# Ziemlich gute Freunde

Kommissionspräsidentin von der Leyen und Premier Bettel  
beim Klimaschutz und beim EU-Haushalt fast auf einer Linie

Von Dani Schumacher

Noch bevor Ursula von der Leyen und die 26 Kommissare und Kommissarinnen am Europäischen Gerichtshof ihren offiziellen Amtseid ablegten, traf die neue EU-Kommissionspräsidentin gestern Morgen mit Premierminister Xavier Bettel (DP) zusammen. Die beiden Politiker kennen sich „seit langem“, dementsprechend gut war denn auch die Atmosphäre bei der Unterredung im Hôtel de Bourgogne und bei der anschließenden Pressekonferenz.

Die Gespräche drehten vor allem um die Themen Klimaschutz und Finanzen. Beim Klimaschutz beschleunigte von der Leyen Luxemburg eine ehrgeizig Agenda, mit einer Reihe von „mutigen Schritten“. Lob gab es vor allem für den geplanten kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr. Luxemburg komme durch dieses Projekt eine „Vorbildfunktion“ zu, meinte die Kommissionspräsidentin. Sie hofft, dass die Idee in der EU viele Nachahmer findet.

Von der Leyen betonte noch einmal, dass die Kommission „erhebliche Mittel“ für das Klimapakete und die Energiewende bis 2050 bereitstellen werde. Wie viel Geld sie für ihren „Green Deal“ an die Hand nehmen will, verrät sie nicht. Erste Details will sie heute bekannt geben. Für von der Leyen ist der „Green Deal“ weit mehr als ein Maßnahmenpaket im Kampf gegen den Klimawandel. Es handele sich auch um eine neue „Wachstumsstrategie“, durch die die EU zum „Exporteur des Wissens in den neuen Technologien wird“.

## Herausforderung und Chance

Beim Klimaschutz liegen von der Leyen und Bettel auf einer Linie. Das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050 sei zwar eine Herausforderung, meinte der Premier. Doch genau wie die Kommissionspräsidentin sieht er wegen der hohen „Investitionen in neue Technologien“ auch große Chancen. Der weiteren Nutzung der Atomenergie erteilte er eine klare Absage. Die Nuklearenergie sei kein probates Mittel, um die Energiewende zu bewerkstelligen, denn sie sei weder nachhaltig noch sicher und kostengünstiger sei sie auch nicht. Bettel setzt stattdessen ausschließlich auf erneuerbare Energiequellen.

Nicht ganz so harmonisch ging es beim Thema EU-Finanzrahmen zu. Während Bettel der ursprünglichen Vorlage der EU-Kommission einiges abgewinnen kann, sind die nun vorliegenden Vorschläge seiner Meinung nach „unrealistisch, nicht ambitiös und unvereinbar mit der gemeinsamen politischen Agenda“. Denn ohne ein „ambitiöses europäisches Budget“ für den Klimaschutz, die Digitalisierung und die Forschung bleibe der gemeinsame Markt Flickwerk. Bei vielen Themen – etwa bei der Migrationspolitik – herrsche in den meisten Ländern die Meinung vor, dass mehr getan werden müsse. „Doch wenn man mehr tun will, braucht man auch mehr Geld“, so der Premier.

Auch für die Verwaltung der Union müssten die erforderlichen Mittel bereit gestellt werden, fordert der luxemburgische Regie-

rungschef. Zwei Milliarden, wie aktuell vorgeschlagen, würden für eine moderne, effiziente Verwaltung nicht ausreichen. Die Kommissionspräsidentin griff die Kritik auf und zeigte sich „sehr dankbar“, dass Bettel das Problem beim EU-Finanzrahmen „auf den Punkt“ gebracht habe. Neben den klassischen Bereichen wie etwa die Kohäsions- oder die Gemeinsame Agrarpolitik müsse in den nächsten Jahren vor allem in die Modernisierung der EU investiert werden. Dazu gehört ihrer Meinung nach auch der Mitarbeiterstab der Kommission. Die EU brauche „gutes Personal“, um gut zu funktionieren. Es müsse in die Mitarbeiter investiert werden, damit die Kommission den Erwartungen der europäischen Bürger auch gerecht werden könne.

Ein weiteres Thema der Gespräche war der Brexit. Wie von der Leyen betonte, müsse Großbritannien nun entscheiden, wie „nahe oder wie weit entfernt es vom größten Binnenmarkt der Welt“ sein wolle. Auf Basis dieser Entscheidung würden dann die weiteren Verhandlungen geführt. Je stärker das Land sich an die EU-Regeln anpasse, desto leichter werde der Zugang zum Binnenmarkt.

● *Wenn man mehr tun will, braucht man auch mehr Geld.*

Premier Xavier Bettel

# Unterstützung für Klimaschutzpläne

ARBEITSBESUCH EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Luxemburg

Guy Kemp

Die EU-Kommission wird heute erstmals Zahlen zu ihrem großen Projekt, dem „European Green Deal“, präsentieren. Bei ihrem Besuch gestern in Luxemburg erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass bis zum Jahr 2030 eine Billion (1.000 Milliarden) Euro an Investitionen in der EU für den Klimaschutz aufgewandt werden sollen.

Die EU-Kommissionspräsidentin verband gestern das Notwendige mit dem Nützlichen und absolvierte vor der Vereidigung ihres Kollegiums am Nachmittag am Europäischen Gerichtshof einen Arbeitsbesuch in Luxemburg. Dabei kam sie, neben einem Empfang im großherzoglichen Palast, mit dem luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel zusammen. Die Klimaschutzpläne der EU-Kommission sowie der mehrjährige EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027, dürfte die beiden am meisten beschäftigt haben.

Bei ihrem letzten Gipfeltreffen im Dezember in Brüssel hatten sich die EU-Staats- und Regierungschefs darauf geeinigt, die EU bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Region zu machen. Das bedeutet, dass bis dahin sämtliche Treibhausgase entweder vermieden oder auf irgendeine Weise kompensiert werden.

Dass dafür viel Geld in die Hand genommen werden muss, hatte vor einigen Wochen nicht zuletzt Polen deutlich gemacht, dessen Regierungschef Mateusz Morawiecki sich den Plänen seiner EU-Partner nicht sofort anschließen konnte. Denn das Land bezieht seinen Strom zu 80 Prozent aus eigenen Kohlekraftwerken. Die Polen erwarten daher, dass der gewünschte Strukturwandel und Ausstieg aus der Kohle hauptsächlich von Brüssel finanziert wird.

In Luxemburg zumindest fand Ursula von der Leyen Unterstützung für ihren Kurs. „Mein Kom-

pliment und mein Respekt für die luxemburgische Entscheidung, mutige Schritte zu unternehmen“, so die Kommissionspräsidentin. Ursula von der Leyen zeigte sich insbesondere beeindruckt von den Plänen der luxemburgischen Regierung, den öffentlichen Personennahverkehr den Nutzern kostenlos zur Verfügung zu stellen. Das Land nehme damit eine „Vorbildfunktion“ ein, der andere folgen sollten, so die Kommissionspräsidentin. Zudem hob sie das luxemburgische Finanzzentrum hervor, das „Vorreiter bei der Klimafinanzierung“ sei.

Beide gehen den Umbau im Hinblick auf 2050 offensiv an. Xavier Bettel sieht in den Klimaplänen nicht nur Einschränkungen, sondern auch „Möglichkeiten und Chancen“. Eine Chance bestehe darin, in saubere Technologien zu investieren und diese zu exportieren, ergänzte von der Leyen. Dies sei zwar mit „erheblichen Investitionen“ verbunden, doch betrachtet die Kommissionspräsidentin dies als „die europäische Wachstumsstrategie“ schlechthin.

Heute wird die EU-Kommission unter anderem den sogenannten „Just Transition Mechanism“ vorstellen, einen zum Teil mit EU-Geldern ausgestatteten Fonds, über den die Regionen in der EU unterstützt werden sollen, die am stärksten von den anvisierten Veränderungen betroffen sein werden. Xavier Bettel erklärte in diesem Zusammenhang zum wiederholten Male, dass Luxemburg gegen die Verwendung von EU-Geldern zum Ausbau der Atomenergie sei. Länder wie Tschechien setzen auf den Bau neuer Atomkraftwerke, um ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Bettel hingegen bevorzugt erneuerbare Energien. Zu den Gesprächen über den mehrjährigen EU-Haushalt hatten beide nur einige punktuelle Bemerkungen parat.

So zeigte sich Ursula von der Leyen „sehr dankbar für die luxemburgische Position“ was den „Modernisierungsteil“ der Budget-

planung anbelangt. Xavier Bettel hatte neben dem Klimaschutz die Digitalisierung und die Forschung als jene Bereiche hervorgehoben, die aus luxemburgischer Sicht prioritär mit EU-Geldern finanziert werden sollten. Allerdings meinte der Premier, dass die „aktuellen Vorschläge nicht realistisch“ seien. Dabei bezog sich der Premierminister auf die im Dezember vom damaligen finnischen EU-Ratsvorsitz vorgelegten Zahlen.

Insbesondere wiederholte er seine Mahnung, dass es nicht zu Einsparungen bei den europäischen Beamten kommen dürfe. Die EU-Verwaltung brauche ausreichend fähiges Personal, um die anstehenden Herausforderungen angehen zu können.

Die Kommissionspräsidenten nahm den Ball auf und erklärte, dass ihr als deutsche Verteidigungsministerin über 60.000 Beamte zur Verfügung standen. Die EU-Kommission zähle hingegen nur 32.000 Mitarbeiter.

Ursula von der Leyen erwartet sich, dass die Diskussionen über die Finanzplanung „sehr intensiv“ sein werden. Mit einer Spur von Erleichterung wies sie darauf hin, dass der EU-Ratspräsident Charles Michel gemeinsam mit der neuen kroatischen Ratspräsidentschaft „die Verantwortung übernommen hat“, die Verhandlungen zwischen den EU-Staaten für die mehrjährige Finanzplanung zu führen.

Schließlich beschäftigten sich beide noch mit dem Brexit. Dazu meinte die EU-Kommissionspräsidentin lediglich, dass sich die britische Regierung nun entscheiden müsse, „wie nahe oder entfernt sie vom größten Binnenmarkt der Welt“ sein wolle.

Je mehr europäische Regeln Großbritannien einhalten wolle, desto näher sei das Land am Binnenmarkt und umgekehrt, gab Ursula von der Leyen als Richtschnur für die nach dem 31. Januar beginnenden Gespräche über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich an.

Union Européenne

# Auf einer *Wellenlänge*

EU-Kommissionschefin von der Leyen und Premier Bettel sind sich in vielem einig

LUXEMBURG

PASCAL STEINWACHS

**R**und sechs Wochen nach ihrem Amtsantritt wurden EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und ihre 26 Kommissare gestern Nachmittag im Rahmen einer Feierstunde vor dem Europäischen Gerichtshof offiziell vereidigt. Im Vorfeld hatte die Kommissionschefin, die sich momentan auf einer Tournee durch die Hauptstädte der EU befindet, aber noch ein Arbeitstreffen mit Premierminister Xavier Bettel, nachdem sie zuvor schon von Großherzog Henri in Audienz empfangen worden war.

## Großes Lob für Luxemburg

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Ursula von der Leyen und Xavier Bettel standen indes der Klimaschutz, der Brexit sowie die EU-Finanzplanung.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bettel gab die neue EU-Kommissionschefin aber erst einmal an, wie sehr sie von unserem Land, aber auch von unserem Regierungschef, den sie seit vielen Jahren kenne, angetan sei. Wenn es ein Land gebe, das europäisch sei, dann sei dies Luxemburg, was sie in den vergangenen Wochen und auch heute wieder gespürt habe. Es sei einfach schön, an diesem besonderen und feierlichen Tag in dieser „unglaublich malerischen Hauptstadt“ zu sein. Luxemburg bringe auf den Punkt, was Europa auch im Großen darstelle, nämlich eine jahrhundertealte Geschichte, ein Schmelztiegel von Nationalitäten und Sprachen sowie eine hochmoderne Stadt. So würden die besten Talente Europas hier arbeiten und auch leben wollen.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Klimawandel und dem europäischen „Green Deal“ lobte von der Leyen Luxemburg für seine ehrgeizig Agenda und seine mutigen Schritte, so wie zum Beispiel die Einführung des kostenlosen öffentlichen Transports, also den Worten tatsächlich auch Taten folgen zu lassen. Hier nehme Luxemburg eine Vorbildfunktion ein, und sie hoffe, dass viele dem luxemburgischen Vorbild folgen würden. Auch sei der Luxemburger Finanzplatz Vorreiter bei der Klimafinanzierung gewesen.

Die EU-Kommission will bis 2030 dann auch nicht weniger als eine Billion Euro - das sind tausend Milliarden (!) - für den Klimaschutz mobilisieren, wobei die Pläne, wie das Geld genau zusammenkommen soll, am heutigen Dienstag vorgestellt werden sollen. Die erforderlichen

Milliardeninvestitionen bezeichnete von der Leyen gestern als europäische Wachstumsstrategie und als einmalige Chance, in saubere Technologien zu investieren, und damit in diesem Bereich ein „Exporteur des Wissens“ zu sein.

Da die ehrgeizigen Klimaschutzpläne allerdings auch von einer Einigung der EU-Staaten auf einen neuen Haushaltsrahmenplan für die Jahre 2021 bis 2027 abhängig sind, und einige EU-Mitgliedstaaten weit weniger Geld geben als von der EU-Kommission verlangt für den neuen Finanzrahmen aufbringen wollen, freut sich von der Leyen über die Luxemburger Position, die ganz klar auf den Punkt gebracht habe, dass es neben den klassischen Bereichen wie der Kohäsions- oder der Landwirtschaftspolitik auch die Modernisierung gebe, der eine wichtige Bedeutung bekommen müsse. Diese Diskussionen würden allerdings sehr intensiv werden.

Wie Xavier Bettel diesbezüglich unterstrich, seien die EU-Prioritäten beim Klima und beim digitalen Wandel dann auch nicht umsetzbar, ohne ein ambitioniertes Budget. Inakzeptabel sei auch die Forderung, in der EU-Verwaltung Milliarden einzusparen, denn wenn man sich große Ziele gesetzt habe, dann müsse man sich auch die nötigen Mittel geben, so Bettel.

Dann bemerkte die Kommissionschefin auch noch an, dass sie als deutsche Verteidigungsministerin über 60.000 Beamte in ihrer Verwaltung verfüge, derweil die ganze EU aber nur auf 32.000 Beamte zurückgreifen könne, die dann auch entsprechend gut sein müssten.

Über den Brexit gesprochen wurde natürlich auch, wobei die Briten unsere Freunde seien, wie von der Leyen unterstrich, aber nun müsse man eben neue Wege miteinander gehen. Es obliege aber Großbritannien, wie nah oder wie fern sie dem größten Binnenmarkt der Welt sein wollen.

## Von der Leyen begrüßt Waffenruhe in Libyen

Beim anschließenden Frage- und Antwort-Spiel wurde Ursula von der Leyen auch zur Feuerpause in Libyen befragt, die sie begrüßte. Es sei gut, dass es eine Waffenruhe gäbe, so die frühere deutsche Verteidigungsministerin zur Initiative der Türkei und Russlands. Von der Leyen unterstrich dabei, dass auch die EU und ihre Mitgliedstaaten viele Gespräche geführt hätten. Es laufe eine Menge Diplomatie, so von der Leyen. Eine Feuerpause sei nur ein erster Schritt. Nötig sei jedoch ein langfristiger Prozess der Aussöhnung unter Führung der Vereinten Nationen... ●

*„Luxemburg hat eine Vorbildfunktion inne“*

URSULA VON DER LEYEN EU-Kommissionschefin

## VON DER LEYENS PLÄNE FÜR EURPA

Von Arbeitslosenversicherung bis zukunftsfähige Wirtschaft  
Ihre politischen Leitlinien hatte Ursula von der Leyen bereits am 16. Juli des letzten Jahres nach ihrer Wahl im Europaparlament vorgestellt, ihr Amt nahm sie allerdings erst am 1. Dezember auf. Die neue EU-Kommissionspräsidentin hat einen umfassenden und für alle Bürger spürbaren Wandel in Europa versprochen.

## „EIN EUROPÄISCHER GREEN DEAL“

Von der Leyen will Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Der europäische „Green Deal“ soll die europäische Wirtschaft bis 2050 klimaneutral umbauen - bis dahin sollen alle Treibhausgase vermieden, gespeichert oder ausgeglichen werden.

## „EINE WIRTSCHAFT, DEREN RECHNUNG FÜR DIE MENSCHEN AUFGEHT“

Von der Leyen will innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit die Grundlage dafür legen, dass jeder Arbeitnehmer in der EU künftig einen gerechten Mindestlohn erhält. Zudem kündigt sie einen Vorschlag für eine europäische Arbeitslosenrückversicherung sowie die Unterstützung einer EU-Garantie gegen Kinderarmut an.

## „EIN EUROPA, DAS FÜR DAS DIGITALE ZEITALTER GERÜSTET IST“

Von der Leyen will zügig ein Konzept für den Umgang mit künstlicher Intelligenz vorschlagen. Um sich besser gegen Gefahren der Netzwelt zu wappnen, soll eine

## Union Européenne

gemeinsame Cyber-Unit geschaffen werden. Zudem will sie sich für gemeinsame Normen für neue Technologien einsetzen.

### „SCHÜTZEN, WAS EUROPA AUSMACHT“

Von der Leyen will einen ergänzenden Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in der EU unterstützen, der unionsweit greift und eine jährliche objektive Berichterstattung durch die Europäische Kommission vorsieht. Zudem

unterstützt sie den Vorschlag, die Vergabe von EU-Mitteln künftig an die Einhaltung von Rechtsstaatsstandards zu knüpfen. In der Flüchtlingspolitik wirbt sie für starke Grenzen und ein Neuanfang in der Migrationspolitik.

### „EIN STÄRKERES EUROPA IN DER WELT“

Von der Leyen will eine globale Führungsrolle für EU und dazu energisch auf eine

echte europäische Verteidigungsunion hinarbeiten.

### „NEUER SCHWUNG FÜR DIE DEMOKRATIE IN EUROPA“

Von der Leyen will die Bürger bei einer Konferenz zur Zukunft Europas zu Wort kommen lassen. Sie soll 2020 beginnen und zwei Jahre laufen. Zudem sichert sie dem Europaparlament eine stärkere Mitwirkung zu.

LJ



## Vorreiter Luxemburg

Großherzogtum verbietet als erstes Land in Europa ab dem 1. Januar 2021 den Einsatz von Glyphosat

Von Klimawandel über den Verlust von Biodiversität bis zur Wasserqualität, es gab in den vergangenen Monaten und Jahren kaum eine Diskussion im Umweltbereich, bei welcher die Landwirtschaft nicht im Fokus gestanden hätte. Oftmals wurde und wird dabei mit dem Finger auf die Bauern als Verursacher der Probleme gezeigt.

Vor diesem Hintergrund verkündete Landwirtschaftsminister Romain Schneider (LSAP) gestern auf einer Pressekonferenz, dass Luxemburg ab dem 1. Januar 2021 als erstes Land in Europa den Einsatz und Verkauf des Pflanzen-

schutzmittels Glyphosat verbieten wird. Dies sowohl für Privatpersonen, Unternehmen als auch landwirtschaftliche Betriebe. Händler und Hersteller seien im Oktober 2019 informiert worden.

Der Minister hob die konstruktive und offene Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Akteuren aus dem Landwirtschaftssektor hervor. Eine Mehrheit der Betriebe, 592 von 1 005, verzichte bereits heute freiwillig auf den Einsatz von Glyphosat. Um sie dazu zu ermutigen, erhalten sie vom Ministerium im Rahmen der Landschaftspflegeprämie finanzielle Zuwendungen. Diese belaufen sich auf 30 Euro pro Hektar für Bauern

und 50 Euro pro Hektar für Winzer und 100 Euro für Obstbauern. Der Bereich des Weinbaus verzichte bereits jetzt komplett auf den Einsatz von Glyphosat. Dies bringt den Winzern eine zusätzliche Prämie von 500 bis 550 Euro pro Hektar, wobei die Steillage des Hangs entscheidend ist.

Schneider unterstrich auch, dass intensiv nach Alternativen geforscht werde. Diese bestünden sowohl in mechanischen Lösungen, wie dem verstärkten Einsatz von Pflügen, als auch in veränderten Fruchtfolgen.

Bisher werden in der luxemburgischen Landwirtschaft in et-

wa 13,6 Tonnen Glyphosat pro Jahr eingesetzt, was laut Schneider ungefähr dem europäischen Durchschnitt entspreche. Ob sich die Betriebe an das Verbot halten, wird ab kommendem Jahr im Rahmen der üblichen Kontrollen überprüft. Doch auch der Einsatz anderer Pestizide soll sinken. Bis 2030 wird eine Reduktion von 50 Prozent angestrebt.

Schneider äußerte die Hoffnung, dass andere Länder dem luxemburgischen Beispiel schnell folgen werden, im Fall von Belgien, Frankreich und Österreich sei dies auch realistisch. *MaH*

## Leitartikel

## Eine Partei im Umbruch

Von Dani Schumacher

**E**tienne Schneider zieht sich (vorerst) ins Privatleben zurück. Alex Bodry wechselt in den Staatsrat. Nicolas Schmit ist EU-Kommissar. Der LSAP sind innerhalb kürzester Zeit drei ihrer politischen Schwergewichte abhandengekommen. Und die Parteigranden Jean Asselborn und Mars Di Bartolomeo werden nicht mehr ewig dabei sein. Ob sie wollen oder nicht: Die Sozialisten müssen sich neu aufstellen.

Mit Franz Fayot als Wirtschaftsminister, Paulette Lenert als Gesundheitsministerin, Georges Engel als Fraktionschef und Francine Closener als möglicher Präsidentin steht eine neue Generation in den Startlöchern. Auf ihren Schultern liegt eine enorme Last. Denn die Sozialisten haben ein Problem. Ihr Spitzenpersonal war zwar laut Umfragen immer sehr beliebt, doch mit ihrer Politik konnten sie nur bedingt punkten. Trotz einer guten Bilanz mussten sie bei den Wahlen 2018 deutliche Verluste hinnehmen. Es ist der Partei nicht gelungen, die Wähler von ihren Verdiensten zu überzeugen. Die LSAP hat sich unter Wert verkauft.

Die Partei hat aber nicht nur ein Imageproblem. Zwischen Liberalen und Grünen wird die Luft für den Wahlverlierer LSAP in dieser Legislaturperiode dünn. Wenn die

Partei einen Ausweg aus der Zwickmühle finden will, muss sie ihr Profil schärfen. Die Wähler – aber auch die eigene Basis – wollen wissen, wofür die LSAP steht. Zurzeit ist dies kaum zu erkennen. Seit Oktober 2018 hat die Partei wenig

Spuren hinterlassen, einmal abgesehen von der Anhebung des Mindestlohns und den zusätzlichen Urlaubstagen.

An Möglichkeiten, sich zu profilieren, mangelt es in den kommenden Monaten wahrlich nicht. Die Steuerreform, die Wohnungsnot oder die Klimapolitik sind Themen, die sich hervorragend eignen, um eigene Akzente zu setzen. Doch es wird für die Sozialisten nicht einfach werden, der Politik in diesen drei Königsdisziplinen ihren Stempel aufzudrücken. In der Steuer- und in der Wohnungsbaupolitik tun sich zwischen Sozialisten und Liberalen abgrundtiefe Gräben auf, in der Klimapolitik lassen sich die grünen Platzhirsche nur ungern in die Suppe spucken.

Mit Dan Kersch als designiertem Vizepremier sitzt demnächst ein LSAP-Mann im Führungstrio der Regierung, dem die Quadratur des sozialistischen Kreises gelingen könnte. Er hat schon öfters bewiesen, dass er sich durchsetzen kann, dass er seine Projekte durchboxt, egal, wie stark ihm der Wind ins Gesicht bläst, Stichwort Rettungswesen, Gemeindefinanzen oder Kirchenfonds.

Kersch gehört dem linken Parteiflügel an, die LSAP könnte also durchaus einen Linksruck hinlegen. Doch sollte es der LSAP-Regierungsmannschaft unter seiner Regie in den kommenden Monaten gelingen, in den wichtigsten Dossiers klar erkennbare sozialistische Duftmarken zu setzen, tut sich ein neues Problem auf: Denn je schärfer das sozialistische Profil wird, desto größer wird auch die Gefahr, dass das eh schon labile Dreierbündnis Risse bekommt. Die LSAP muss also die richtige Balance zwischen Selbstfindung und Koalitionsraison finden, denn Steuern, Logement und Klima haben eine Sprengkraft, an der diese Regierung scheitern könnte.

# Etienne Schneiders Erben

Generalrat der LSAP segnet Personalvorschlag des Direktionskomitees ab: Kersch, Fayot, Lenert übernehmen

## Von Annette Welsch

Auf gleich drei Personen werden die Posten verteilt, die Vizepremier Etienne Schneider (48) Anfang Februar abgeben wird: Am 23. Dezember hatte das Direktionskomitee der LSAP entschieden, dem Generalrat vorzuschlagen, dass Franz Fayot (47) das Wirtschaftsressort und Paulette Lenert (51) das Gesundheitsministerium übernehmen sollen, Arbeitsminister Dan Kersch (58) soll derweil Vize-Premier werden. Gestern tagte das Gremium und nahm den Vorschlag mit 87 Prozent an.

Seit Etienne Schneider im Oktober ankündigte, dass er die Legislaturperiode nicht mehr beenden wird und seine Mandate früher abgeben wird, schossen die Spekulationen über den Zeitpunkt und das Wohin ins Kraut. Er beendete die Hängepartie nicht zuletzt auf internen und öffentlich von Außenminister Jean Asselborn geäußerten Druck am 23. Dezember, als er auf einer Pressekonferenz den 4. Februar als Termin nannte, an dem er offiziell von Großherzog Henri aus der Regierung entlassen wird.

## Turbulente Regierungsbildung

Acht Jahre war er Regierungsglied, zehn Jahre sollten es seiner Meinung nach höchstens sein. Einen Rückzug aus der nationalen Politik hatte Schneider schon nach den vergangenen Wahlen angeboten, als die LSAP mit ihm als Spitzenkandidat drei Sitze verlor. Er liebäugelte damals mit dem Posten des EU-Kommissars, der allerdings schon Nicolas Schmit versprochen war, der sich prompt diese Butter auch nicht mehr vom Brot stehlen ließ und erfolgreich in die Offensive ging.

Überhaupt verlief die Regie-

rungsbildung 2018 auf Seiten der LSAP turbulent. Verschiedene Minister kamen zu ihren Ressorts wie die Jungfrau zum Kind. Denn Dan Kersch wollte partout Paulette Lenert in der Regierung haben, obwohl sie gar nicht auf der Ost-Liste der LSAP kandidiert hatte. Er kannte und schätzte die hohe Staatsbeamtin aus seiner Zeit als Minister des öffentlichen Dienstes und wollte sie als Sozial- und Gesundheitsministerin platzieren. Romain Schneider hatte ohnehin schon angekündigt, das Sozialressort abgeben zu wollen, und Gesundheitsministerin Lydia Mutsch war nicht wiedergewählt.

## Lenert da, wo sie 2018 hin sollte

Sein Plan scheiterte am Widerstand der Jungsozialisten aus dem Osten, die die Zweitgewählte Tess Burton in der Regierung sehen wollten – aus Protest trat der Juso-Vorstand zurück. Man bot dann die beiden Ressorts Tess Burton an, die sich damit aber überfordert fühlte. Als man ihr Entwicklungszusammenarbeit und Konsumentenschutz vorschlug und sie sich Bedenkzeit ausbat, platzte Kersch der Kragen. Er rief Burton an, die sich nach diesem denkwürdigen Telefongespräch zurückzog, sodass Lenert den Zuschlag für diese Ressorts erhielt.

Romain Schneider übernahm wenig begeistert doch das Sozialressort und Etienne Schneider sprang spontan als Gesundheitsminister ein. Wenn also Lenert nun das Gesundheitsressort übernimmt und als delegierte Ministerin im Sozialministerium wirken wird, kommt das schlussendlich dem gleich, was 2018 ursprünglich gewünscht war – nicht nur personell, sondern auch in der Hinsicht, dass die beiden Ressorts nun doch

wieder in einer Hand sind.

Schon bei diesen Diskussionen nach den Wahlen, aus denen Etienne Schneider geschwächt hervorging, begann Dan Kersch, sich als neuer starker Mann der LSAP zu positionieren. Dass er nun den Posten des Vizepremiers für sich beanspruchte, wundert nicht: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen, und für die wird ein neuer Spitzenkandidat gebraucht. Kürzlich konnte man Kersch's Ambitionen gut erkennen, als er krankheitshalber ein Rundtischgespräch zur nachhaltigen Ausrichtung der Steuerreform absagen musste und weder die LSAP noch der Veranstalter, die Arbeitnehmerkammer, einen Ersatz für ihn finden wollten. Der LSAP-Steuerexperte Franz Fayot saß zwar im Publikum, das Wort für die LSAP durfte er nicht ergreifen – auf Kersch's Rückhalt in Partei und Gewerkschaften ist eben Verlass.

Gespannt sein darf man auf die Ausrichtung, die Fayots Wirtschaftspolitik nehmen wird: Setzt er auch bedingungslos auf Wachstum und Arbeitsplätze, oder gestaltet er sie nachhaltig? Eine schwere Bürde übernimmt dagegen Lenert in der Gesundheits- und Sozialpolitik. Etienne Schneider hat noch angekündigt, nicht in Berufung gegen das Scanner-Urteil mit seiner Stärkung einer liberaleren Medizin zu gehen, und es steht der Gesundheitstisch mit grundlegenden Diskussionen zum Gesundheitssystem an, sodass ihr wenig Schonfrist gegönnt ist.

Für die durch Fayots Wechsel in die Regierung frei werdende Parteipräsidenschaft hat bislang nur die Zentrumsabgeordnete Francine Cloeser ihren Hut in den Ring geworfen.

# Stuhlpolka

Das Personalkarussell dreht auf der Luxemburger Politbühne mit beachtlicher Geschwindigkeit. Nach den Grünen Ende letzten Jahres ist aktuell großes Stühlerücken bei der LSAP angesagt.

Text: **Hubert Morang** \ Foto: **Pixabay**

Durchhaltevermögen braucht man in so manchen Lebenslagen. Egal ob als Schüler beim Büffeln in der Schule, im Arbeitsalltag oder beim Sporttraining, es gilt vor allem die Devise, dass man am Ball bleiben sollte, wenn man auch nur ansatzweise etwas erreichen möchte. In der Parteienlandschaft ist dies nicht anders und derjenige, der sich schon in jungen Jahren in der Jugendsektion einer Partei ins Zeug legt, hat beste Chancen, mittel- oder längerfristig Karriere innerhalb der Partei zu machen und, je nach politischer Farbe, zu Abgeordneten- oder sogar zu Ministerehren kommen. Wer eine gewisse Reaktionsfreudigkeit an den Tag legt, zur richtigen Zeit am richtigen Ort ist, schafft es irgendwann auf einen mehr oder weniger wichtigen Posten.

Ein Beispiel: Die aktuelle Innenministerin Taina Bofferdung trat 2004 mit Anfang zwanzig der LSAP bei und machte sich innerhalb der Partei und bei den LSAP-Wählern langsam einen Namen. Man braucht eigentlich nur ihre Wahlergebnisse bei den Abgeordnetenwahlen 2009 und 2013 und den Gemeindewahlen 2011 und 2017 an Land zu ziehen, um dies zu bestätigen. Dass sie im Zuge der letzten Legislativwahlen zu Ministerehren kam, überraschte einige, hat aber auch damit zu tun, dass sich die Partei schon 2018 bewusst war, dass dringend neue LSAP-Gesichter benötigt sind, denen man die Möglichkeit geben muss, sich in der breiten Öffentlichkeit zu profilieren, vor allem mit Ausblick auf die nächsten Parlamentswahlen in drei Jahren.

Es ist zum Beispiel fraglich, ob im Südbezirk Stimmgaranten wie Mars di Bartolomeo (wird 2023 die 70 Jahre überschritten haben) oder Alex Bodry, der bekanntlich der Abgeordnetenkammer den Rücken gekehrt hat und in Zukunft im Staatsrat sitzen wird, sich noch einmal zu einer Kandidatur hinreißen lassen. Davon, dass Außenminister Jean Asselborn noch einmal kandidieren wird – aus LSAP-Sicht kann man schon fast sagen, muss – kann man fast ausgehen, denn er gehört seit Jahren zu den beliebtesten Politikern des Landes und war einer der Garanten dafür, dass die LSAP 2018 nicht mehr als nur einen Sitz eingebüßt hat.

Im Zuge des aktuell drehenden Personalkarussells erhalten noch weitere LSAP-Gesichter die Möglichkeit sich zu profilieren. Die Partei dürfte dies aus eigener wahltechnischer Sicht sicherlich begrüßen, ob es aus-

reicht, um beim Wähler zu punkten, wird sich zeigen. Weil Bodry sein Amt niederlegte, wurde Georges Engel neuer Fraktionschef (was aber schon bei der Regierungsbildung so vorgesehen war). Der langjährige Bürgermeister der Gemeinde Sanem ist zwar kein unbeschriebenes Blatt – immerhin steht er seit 2005 an der Spitze der Südgemeinde –, aber sein Bekanntheitsgrad strahlt auch nicht übermäßig stark über die Gemeindegrenzen hinaus. Zudem ist sein politisches Profil – zumindest für die breite Öffentlichkeit – ziemlich schwammig, auch weil er bis jetzt nicht großartig durch prägnante Initiativen auf politischer Landesebene glänzte. Die Fußstapfen, in die der 51-Jährige tritt sind jedenfalls groß, und es bleibt abzuwarten, wie er die Politik und die Arbeit der Sozialisten im Parlament in der breiten Öffentlichkeit verkaufen kann. Mit Simone Asselborn-Bintz profitiert eine zweite Politikerin aus der Gemeinde Sanem von Bodrys Abgang, weil sie für ihn ins Parlament nachrückt. Was schon in der vergangenen Legislaturperiode der Fall war, als sie für Roger Negri von April 2018 bis zu den Wahlen im gleichen Jahr nachrückte.

Auch die Postenrochade auf Regierungsebene bietet einigen LSAP-Mitgliedern die Chance sich neu oder erneut hervorzuheben. Weil Etienne Schneider bekanntlich „sein Leben zurück will“ – oder besser gesagt auch das Risiko nicht eingehen will, 2023 noch schlechter abzuschneiden als 2018 – darf Franz Fayot zeigen, welches Potenzial als Minister in ihm steckt. Ob er es schafft die gleiche Umtriebigkeit wie Etienne Schneider ausstrahlen und sich als Macher zu positionieren, werden die kommenden Monate zeigen. Doch er ist für seine Partei fast schon dazu verdammt, eine gute Figur beim Wähler abzugeben. Schließlich hatte Schneider bei den Wahlen 2018 trotz verhältnismäßig schlechtem Resultat immerhin noch über 7.500 Stimmen mehr zu Buche stehen als Fayot. Dass der Zweitgewählte der Liste im Zentrum, Marc Angel, sich in Richtung Europaparlament abgesetzt hat, macht das Unterfangen im Zentrum nicht einfacher, auch wenn mit der ehemaligen Staatssekretärin Francine Closener jetzt ein altbekanntes Gesicht ins Parlament nachgerückt ist und eventuell sogar das Amt des LSAP-Parteipräsidenten von Fayot beim kommenden Nationalkongress erben könnte. Entsprechende Medienpräsenz und geboosteten Bekanntheitsgrad gäbe es damit gratis obendrauf.

Die Übertragung von Schneiders Vizepremier-Funktion an Dan Kersch ist genauso wenig ein Zufall, wie die

Tatsache, dass Paulette Lenert mit dem Gesundheitsministerium ein publicityträchtigeres Ressort als die bisherigen übernimmt. Kersch muss – neben dem bereits erwähnten Asselborn – für die Sozialisten bei den nächsten Wahlen im Süden stimmentechnisch eine gewichtige Rolle spielen, vor allem dann, wenn di Bartolomeo und Bodry tatsächlich nicht kandidieren sollten. Es ist auf jeden Fall für alle Sozialisten, die jetzt im breiteren Fokus der Öffentlichkeit stehen, keine leichte Aufgabe. Manch ein politischer Beobachter geht schon jetzt davon aus, dass es 2023 für die sozialistische Partei sehr schwer bis unmöglich werden wird, den seit Jahrzehnten anhaltenden Abwärtstrend – 1984 gewann die LSAP noch 21 Mandate, 2018 waren es nur noch zehn – endgültig und entscheidend zu stoppen oder in die andere Richtung umzukehren.

Fakt ist: Nachdem Ende des letzten Jahres „déi gréng“ das Personalkarussell aufgrund der gesundheitlichen

Probleme von Félix Braz und der viel diskutierten Traversini-Gartenhäuschen-Affäre drehen lassen mussten, mit Henri Kox einen neuen Minister ins Rennen schicken und die eigene Fraktion im Parlament mit Chantal Gary und Semiray Ahmedova verjüngten, hat jetzt die zweite Regierungspartei eine ganze Reihe von Veränderungen vorgenommen.

Bei der dritten Regierungspartei DP ist es etwas gediegener. Lediglich Joëlle Elvinger hat ihr Mandat Ende 2019 abgegeben, um an den Europäischen Rechnungshof zu wechseln, wo sie den ehemaligen DP-Minister Henri Grethen beerbt, der mittlerweile sein Interesse an einem Posten im Verwaltungsrat vom Stahlgiganten ArcelorMittal angemeldet hat. Einen Posten, den auch pikanterweise Etienne Schneider im Visier hat. Die Welt ist eben klein, auch für Politiker...

**Weil Etienne Schneider bekanntlich „sein Leben zurück will“, darf Franz Fayot zeigen, welches Potenzial in ihm als Minister steckt.**



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# WIRTSCHAFT

# Das Netzwerk ist gespannt

Die Deutsch-Luxemburgische Wirtschaftsinitiative feiert 2020 ihr zehnjähriges Bestehen

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

**D**ie Vorstellung des Programms der Deutsch-Luxemburgischen Wirtschaftsinitiative (DLWI) gestern in der Handwerkskammer war nicht nur ein Verweis auf Termine, sondern auch ein Ausblick auf viele politische Dossiers, bei denen die stark vom rührigen deutschen Botschafter Dr. Heinrich Kreft unterstützte DLWI aktiv ist. Darunter befinden sich viele aktuelle Dossiers. Der Blick zurück und nach vorn erfolgte nicht zuletzt, weil die DLWI in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen feiert.

„Als wir die DLWI vor zehn Jahren gegründet hatten, waren wir uns nicht sicher, ob es eine Interessenvereinigung der deutschen Wirtschaft in Luxemburg geben muss, zumal es formal ja in Brüssel die Deutsch-Belgisch-Luxemburgische AHK DeBeLux gibt. Das wir mit der Gründung richtig lagen, belegen unter anderem die Mitgliederzahlen“, stellte DLWI-Präsident Ralf Britten fest.

## Wachsende Mitgliederzahlen

Tatsächlich zählt die DLWI 56 Unternehmen unter ihren Mitgliedern, 91 Personen und acht Ehrenmitglieder, darunter den deutschen Botschafter. Die Zahl der Mitglieder steigt seit der Gründung kontinuierlich. Das mag daran liegen, dass die DLWI ein Vakuum ausfüllt. Denn während es zwischen anderen Ländern und Luxemburg Außenhandelskammern oder Business Clubs gibt, existierte lange Richtung Deutschland trotz der engen Wirtschaftsverflechtungen gar nichts - und die Beiträge der in Brüssel ansässigen DeBeLux waren quasi inexistent. Daher stieß Krefts Vorvorgänger im Amt, Dr. Hubertus von Morr, die Gründung der DLWI an.

„Wir sind keine Handelskammer und das brauchen wir auch nicht zu sein, denn wir haben eine tolle Handwerkskammer hier“, stellte Britten klar. „Die DLWI ist eine Netzwerkplattform geworden“, sagte Dr. Kreft. Als solche veranstaltet sie mittlerweile im Monatsrhythmus Besichtigungen oder Diskussionen. 2019 standen Besuche beim Klavierbauer

und Kaffeeröster ebenso auf dem Programm wie Diskussionen, beispielsweise zu grenzüberschreitenden Themen. Rund 700 Menschen nahmen im vergangenen Jahr an den Veranstaltungen teil.

## Grenzüberschreitende Industrieflächen

In diesem Jahr stehen neben den festen Unternehmensbesichtigungen (s. Kasten) und dem heutigen Neujahrs-Empfang im neuen Gebäude von Deloitte in Gasperich jede Menge politischer Dossiers auf dem Plan. Themen wie Fachkräftesicherung, Entsenderichtlinie oder Öffentlicher Personennahverkehr sind Themen im Rahmen des zweimal jährlich stattfindenden Deutsch-Luxemburgischen Wirtschaftsabends im Frühjahr und Herbst. „Die Vernetzung mit Deutschland und der Großregion ist stark, daher ist auch die enge Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern in Trier und Saarbrücken sinnvoll“, unterstrich der deutsche Botschafter. Weitere Themen, die die DLWI beschäftigen,

sind grenzüberschreitende Industriezonen sowie das Doppelbesteuerungsabkommen. „Das besteht seit den 70er Jahren und muss auf staatlicher Ebene diskutiert werden“, meinte der Botschafter, der sich dankbar für die Existenz der DLWI zeigte.

Selbst ist er überaus rührig, um Fragen, die Deutschland und Luxemburg betreffen, an politische Entscheider heranzutragen. So steht schon fest, dass in den kommenden sechs Monaten drei Landtagsdelegationen sowie eine Bundestagsdelegation aus Deutschland nach Luxemburg kommen werden, dazu werden auch Landes- und Bundesminister erwartet. „Luxemburg ist auf der Agenda, auch in Landeshauptstädten in Deutschland weitab dieser Grenze. Das ist jetzt angesichts der Wirtschaftsschwäche in Deutschland noch wichtiger“, unterstrich der deutsche Botschafter in Anspielung auf die letzten Zahlen aus Deutschland, laut denen die Boomjahre in der Bundesrepublik vorbei sind.

Im Vorstand der DLWI sind Vertreter von Unternehmen und Verbänden beider Länder präsent, darunter die Luxair Tours, DKV, Union Investment sowie die Handelskammer Lu-

xemburg und die Handwerkskammer Luxemburg. Da Ralf Britten bislang Direktor des Trifolion in Echternach ist - eine Position, die er noch bis Juni inne haben wird - hat dies der DLWI ebenfalls genützt. Britten wird jedoch auch nach seinem beruflichen Wechsel - vermutlich in die deutsche Politik - Präsident und Vorstandssprecher der DLWI bleiben, da dieses Ehrenamt ihm sehr am Herzen liegt.

🌐 [www.dlwi.lu](http://www.dlwi.lu)

## „Ein Erfolg“

DR. HEINRICH KREFT, Botschafter, über die DLWI

### ZUM PROGRAMM

#### Elf Termine für 2020

Die DLWI veranstaltet auch 2020 wieder zahlreiche Besichtigungen, Empfänge und Diskussionen. Monatlich - mit Ausnahme des Dezember - findet eine Veranstaltung statt. Wir stellen einige vor:

**13.02. um 12.00 LuxairServices Catering** Luxair verfügt über eine eigene Küche. Wie dort Millionen von Mahlzeiten entstehen, erzählt Alberto Kunkel bei einem Blick hinter die Kulissen.

**12.03. um 18.00** Besichtigung des **House of Training**, das jährlich rund 850 Kurse veranstaltet

**23.04. um 18.30** Die IEE Gruppe in Echternach ist von einem 1989 gegründeten Unternehmen zum Weltmarktführer in Sicherheitssensorsystemen geworden

**07.05. um 18.30** Deutsch-Luxemburgischer Wirtschaftsabend in Trier zum Arbeitgeber-Branding

**14.05. um 18.30** Geistige Gesundheit und körperliche Aktivität als Erfolgsfaktor:

Die Lunex University

**04.06. von 11.30 - 14.00** Betriebsbesichtigung beim Logistikunternehmen

Kühne & Nagel in Contern

**24.09. von 12.00 bis 14.00** Das Kalkwerk Contern, seine Geschichte und Betonwaren aus Luxemburg, erzählt von Präsident Robert Dennewald im Rahmen einer Betriebsbesichtigung

**01.10. um 18.30** Deutsch-Luxemburgischer Wirtschaftsabend zur grenzüberschreitenden Verkehrssituation

**29.11. um 13.00** Besichtigung der Moutarderie de Luxembourg in Munsbach

**19.11. um 18.30** Zusatzrentenversicherungen für Selbständige und Freiberufler bei der lalux

# Netzwerk der Superrechner

## Luxemburg investiert massiv in Hochleistungscomputer

Von Thomas Klein

**Luxemburg.** Was passiert im Gebäude, wenn es brennt? Diese Frage ist nicht nur für die Genehmigung eines Bauvorhabens entscheidend, sondern auch für Hersteller von Gebäudekomponenten wie den Stahlproduzenten ArcelorMittal.

Um diese Komponenten im Hinblick auf die Feuersicherheit zu verbessern, erstellt die Forschungsingenieurin Marion Charlier für den Stahlriesen Szenarien, die darstellen, wie sich das Feuer in offenen Großbauten ausbreitet, wie sich der Rauch verteilt und welche Bauelemente der größten Hitzebelastung ausgesetzt sein werden. „Wir haben zunächst eine Reihe von Feuerexperimenten durchgeführt. Das kann aber nicht beliebig wiederholt werden und führt aber zu limitierten Resultaten“, erklärt sie. Daher entwickelte sie Computermodelle, mit denen sie verschiedene Feuerszenarien berechnen konnte. Das brachte umfangreiche Resultate hervor, überforderte aber die vorhandenen Rechenkapazitäten des Unternehmens. „Die ersten Simulationen, die wir durchgeführt haben, dauerten zum Beispiel drei Wochen – für ein einziges Szenario“, erklärt Charlier. Deshalb entschloss sich das Entwicklungsteam, seine Modelle über den Hochleistungsrechner der Universität Luxemburg laufen zu lassen. Damit verkürzten sie die Rechenzeit für jedes Szenario auf gerade mal drei Tage.

### Digitale Prototypen

Das Beispiel macht deutlich, in welche Richtung sich Forschung und Entwicklung in Unternehmen entwickeln werden. Immer mehr Forschungsabteilungen werden in den kommenden Jahren ihre Arbeit „digitalisieren“. Beispiele gibt es heute in Luxemburg bereits genügend: Der Hartmetallproduzent Ceratizit nutzt ebenfalls die Plattform der Universität, um virtuelle Prototypen einiger ihrer Schlüsselprodukte anzufertigen und die Eigenschaften neuer Materialkonfigurationen zu testen. „Die Umstellung auf digitale Prototypen

und der Einsatz von Hochleistungsrechnern ab dem Jahr 2019 stellte für uns einen Durchbruch dar“, erklärt Gabriele Pozzetti, Projektleiter bei Ceratizit. „Mit dem neuen Verfahren konnten wir 2019 innovative Konfigurationen einiger unserer Produkte testen. Verglichen mit den herkömmlichen Tests war das Virtual Prototyping bis zu zwanzig Mal billiger und fünfzig Mal schneller.“

Ein weiteres Beispiel ist Goodyear, das sogar eigene Kapazitäten im Bereich der Hochleistungsrechner (High-Performance Computing, HPC) aufgebaut hat. Während das Unternehmen in der Vergangenheit durchschnittlich vier Jahre benötigte, um neue Reifen vom Prototypen bis zur Marktreife zu entwickeln, konnte diese Zeit mit Hilfe von HPC-Anwendungen etwa halbiert werden.

### Beschleunigte Entwicklungszyklen

„In allen Bereichen, wo man es mit großen Datenmengen zu tun hat, kann HPC die Entwicklungszeiten massiv verkürzen“, sagt Jean-Marie Spaus, der beim luxemburgischen Wirtschaftsministerium das Thema HPC koordiniert. „Sehr große Maschinen werden zum Beispiel für die Klimaforschung oder die Gensequenzierung benötigt. Beispielsweise in der Medikamentenentwicklung kann HPC ein enormes Wachstum herbeiführen. Heute werden die Wirkstoffe oft über zehn Jahre erforscht und getestet. Wenn man digital simulieren kann, wie ein Medikament auf den Körper wirkt, spart man viel Zeit und kann hoffentlich irgendwann auch Tierversuche ersetzen.“

Entsprechend stark wird die Technologie auch von den Forschungseinrichtungen im Land genutzt. Sebastien Varrette, verantwortlich für die HPC-Plattform der Universität Luxemburg, schätzt, dass derzeit etwa 500 Forscher aktiv die Möglichkeiten des Hochleistungsrechners der Uni nutzen, um komplexe Simulationen durchzuführen. „Manche unserer Physiker könnten ihre Forschung ohne Zugang zu Hochleistungsrechnern gar nicht mehr durchführen“, er-

klärt er. Entsprechend investierte die Universität gerade drei Millionen Euro in den Ausbau ihrer HPC-Plattform, die dann mit einer Geschwindigkeit von bis zu 2,7 Petaflop operieren kann, das bedeutet 2 700 000 000 000 000 Rechenoperationen in der Sekunde.

### Europäischer Nachholbedarf

Da der Bedarf an Hochleistungsrechnern sowohl in der Forschung als auch in der Industrie stetig steigt, werden auch immer höhere Investitionen in die Infrastruktur notwendig. Eine Entwicklung, die in Europa verschlafen wurde, denn China und die USA haben sich im letzten Jahrzehnt einen enormen Vorsprung erarbeitet. So taucht in der Liste der schnellsten Supercomputer weltweit mit dem deutschen Leibniz-Rechenzentrum nur ein einziger Rechner aus der Europäischen Union auf.

Die neue Initiative „EuroHPC“ soll allerdings einen Aufholprozess einleiten. Das Konzept sieht Investitionen von etwa einer Milliarde Euro in Hochleistungsrechner vor. Davon kommen 486 Millionen Euro aus existierenden Programmen der Union wie „Horizon 2020“. Zusätzliche 422 Millionen Euro sollen von der Industrie eingeworben werden. „Das erste Konzept hierzu wurde von vier Ländern zusammen entwickelt. Das waren damals Frankreich, Spanien, Italien und Luxemburg. Luxemburg hatte damals die Leitung in diesem Gremium“, erklärt Mario Grotz, der an der Spitze der Generaldirektion Forschung, geistiges Eigentum und neue Technologien des Wirtschaftsministeriums steht.

Das Konzept sieht ein europäisches Netzwerk von Großrechnern vor, die bei Bedarf gegenseitig Rechenkapazitäten „leihen“ können. „Man kann das vielleicht mit einem Stromnetz vergleichen. Man hat einzelne Rechner, die über Breitbandkonnektivität untereinander vernetzt sind, und die Rechenkapazität ist europaweit verfügbar“, erklärt Jean-Marie Spaus. „Dazu baut man über diese Infrastruktur eine Cloud, eine Zugangs-

software, zu dieser Rechenkapazität. Der Nutzer wird nicht einmal unbedingt wissen, auf welcher physikalischen Maschine er seine Software oder seine Daten gerade verarbeiten lässt.“

Das europäische Hauptquartier von EuroHPC hat seinen Sitz in Luxemburg-Stadt im Stadtteil Cloche d'Or. Zu seinen Aufgaben zählen neben der Koordination der Rechenzentren und der Förderung von Projekten in diesem Bereich auch die Weiterentwicklung der Technologie und der europäischen HPC-Strategie.

#### Luxemburgische Superrechner

Zu dieser Strategie gehört eine mehrstufige Struktur: Zum einen sollen langfristig HPC-Rechner der nächsten Generation auf europäischer Ebene mit etwa einer Trillion Operationen pro Sekunde entstehen. Diese würden sich dann nach der Einschätzung von Pascal Bouvry, Professor für Informatik an der Universität Luxembourg, der auch die luxemburgische Regierung bei ihren HPC-Aktivitäten berät, unter den fünf schnellsten Computern der Welt befinden. Auf der nächsten Stufe soll bis Ende des Jahres ein Netzwerk von Rechnern mit hoher Leistungsfähigkeit entstehen. Unter ihnen Meluxina, ein HPC-Rechner, der in Bissen gebaut wird. „Dieser wird über eine Rechenleistung von zehn Petaflop verfügen und dürfte sich damit im

Vergleich zwischen den 20 und 30 schnellsten Rechnern der Welt befinden“, erklärt Bouvry. „Die dritte Stufe sind dann Rechner einzelner Institutionen, wie die Plattform der Universität. Mit den neuen Rechenkapazitäten dürften wir auch noch unter den schnellsten 500 Rechnern landen.“ Der Bau von Meluxina in einem bereits existierenden Rechenzentrum von Luxconnect wird zu 30 Prozent aus Mitteln von EuroHPC bezahlt, der Rest wird vom Luxemburger Staat beigesteuert.

„Die Kosten für den Betrieb werden auch von den jeweiligen Staaten getragen. Als Gegenleistung für die Förderungen müssen die nationalen Rechenzentren 30 Prozent ihrer Kapazitäten für Projekte von Euro-HPC reservieren“, erklärt Mario Grotz. „Der Gesamtfinanzbedarf in Luxemburg sollte zwischen 30 und 35 Millionen Euro liegen.“

Der neue Superrechner wird von der neu gegründeten Gesellschaft „Luxprovide“, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft von Luxconnect verwaltet. Daher leitet Roger Lampach, der Chef von Luxconnect, derzeit auch übergangsweise die Geschicke von Luxprovide, bis dort ein eigener Geschäftsführer gefunden wurde.

#### HPC-Kompetenzzentrum

Meluxina soll allen Firmen und Forschungseinrichtungen aus der

Großregion offenstehen, die Bedarf an großen Rechnerkapazitäten haben. „Naturgemäß haben die Unternehmen unterschiedliche Voraussetzungen“, sagt Grotz. „Größere Unternehmen wie Goodyear, die schon Erfahrungen mit HPC-Projekten haben, benötigen wahrscheinlich nur Zugang zu den Maschinen, um ihre Modelle berechnen zu können. Wir wollen uns aber auch an kleine und mittlere Unternehmen richten und ihnen helfen, die Technologien zu nutzen.“ Daher soll im Rahmen von Luxprovide ein Kompetenzzentrum gegründet werden, das Unternehmen dabei berät, wie sie ihre Projekte in entsprechende digitale Modelle übersetzen, die entsprechende Software bedienen und die Resultate interpretieren können. „Viele Unternehmen werden zunächst nur mit einem Problem kommen, das sie lösen möchten. Dann werden die Mitarbeiter im Kompetenzzentrum schauen, ob es schon ein passendes Modell oder eine Software gibt oder ob diese eigens programmiert werden muss. Für solche Firmen würde es sich nicht lohnen, eigene HPC-Kompetenzen aufzubauen oder sogar die Rechner anzuschaffen“, erklärt Spaus. Mario Grotz schätzt, dass abhängig von der Art der Nachfrage im Kompetenzzentrum zwischen 30 und 40 Mitarbeiter beschäftigt sein werden.

## Die schnellsten Rechner der Welt

Die beiden schnellsten Computer der Welt kommen aus den USA. Der Spitzenreiter mit einer Geschwindigkeit von 148,6 Petaflops steht am „Ridge National Laboratory“ in Tennessee. Der zweite Platz geht an das „Lawrence Livermore National Laboratory“ in Kalifornien mit 94,6 Petaflops. Beide Anlagen wurden vom amerikanischen Technologieunternehmen IBM hergestellt. Danach fol-

gen zwei chinesische Anlagen in Wuxi und Guangzhou. Der schnellste europäische Rechner ist auf Platz 6 der Supercomputer der ETH Zürich. Das Leibniz-Rechenzentrum in Garching bei München landet auf dem neunten Platz. Das geht aus der aktuellen Liste „TOP 500“ hervor, ein Ranking der schnellsten Supercomputer weltweit, das halbjährlich erstellt wird.

# Luxemburg hält Spitzenposition

Das Großherzogtum erreicht im internationalen „Digital Readiness Index“ den zweiten Platz

Von Nadia Di Pillo

Viele Luxemburger sehen den Fortschritt in Sachen Digitalisierung hierzulande kritisch. Eine Studie bescheinigt Luxemburg dagegen eine Spitzenposition. Das Großherzogtum erreicht im internationalen „Digital Readiness Index“ des Netzwerkanbieters Cisco unter 141 Ländern Platz 2 – nur Singapur erzielt höhere Werte. Auf Luxemburg folgen die USA, Dänemark, die Schweiz, die Niederlande, Schweden und Südkorea.

Entscheidend ist hier die Frage, was man genau unter Digitalisierung versteht. Cisco bewertet dabei die sogenannte „Digital Readiness“. Damit soll abgebildet werden, wie gut ein Land auf die digitale Zukunft vorbereitet ist und inwiefern es wirtschaftlich von der Digitalisierung profitieren kann. Die Studie basiert auf sieben Kategorien, darunter Technologieaspekte wie Infrastruktur und Nutzungsgrad, aber auch Maßnahmen zum Bürokratieabbau, die Weiterentwicklung der Fachkräfte, Investitionen von Unternehmen und Regierungen, der allgemeine Lebensstandard und die Start-up-Umgebung.

**Luxemburg fördert Start-ups**

Besonders gut schneidet Luxemburg nach Angaben von Cisco bei den Investitionen von Politik in die Digitalisierung und bei der einfachen Übernahme von Technolo-

gien innerhalb des Landes ab. Zudem bietet Luxemburg die besten Rahmenbedingungen für Start-ups – Luxemburg erreicht hier sogar den ersten Platz weltweit.

Romain Siebenaler, Country Manager von Cisco Luxemburg, hebt hervor, dass die Agilität und die Flexibilität bei der Anpassung an neue Marktbedingungen in Luxemburg hervorragend sind. Positive Punkte sind aber auch die Unterstützung der Regierung bei den Neugründungen, der Venture-Capital-Markt und die Investitionsfähigkeit des Landes. Auch im Bereich des geistigen Eigentums hat Luxemburg zahlreiche Vorteile zu bieten.

Verbesserungspotenzial hat Luxemburg insbesondere im Bereich „Easy of Doing Business“ (Leichtigkeit der Geschäftstätigkeit). „Auch wenn Luxemburg unter den Top 20 ist, ist das ein Punkt, der noch verbessert werden könnte“, stellt Romain Siebenaler fest. Auch beim Humankapital müsse es noch bergauf gehen.

Laut Romain Siebenaler bestätigen die Ergebnisse in gewisser Weise die Strategie „Digital Lëtzebuerg“. Mit dieser Initiative, unter der direkten Aufsicht von Premier Xavier Bettel, hatte die Regierung 2013 eine föderative Bewegung geschaffen, um den digitalen Wandel anzukurbeln und zu begleiten. Der IT-Experte begründet den Erfolg nun damit, dass das

Land wie ein Unternehmen geführt wird: Luxemburg wartet nicht auf die endgültige Genehmigung von multinationalen Konzernen, die Investitionsprojekten durchführen wollen oder auf konkrete Geschäftsideen von Entwicklungsprojekten. „Wir setzen alles daran, um die Ankunft von multinationalen Unternehmen und die Umsetzung von Projekten zu erleichtern. Digital Lëtzebuerg ist genau der richtige Rahmen, um diese Projekte zu beschleunigen.“

**Die dritte große Phase**

Luxemburgs Premier Xavier Bettel hatte im Januar 2018, zusammen mit Chuck Robbins, dem CEO von Cisco, am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos ein Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet. Die Mission der Partnerschaft: die Digitalisierung Luxemburgs beschleunigen. Durch das MoU hat die Regierung Zugang zu rund 250 innovativen Projekten weltweit bekommen und konnte mit Cisco auch selbst neue Initiativen starten, die auf das Großherzogtum zugeschnitten sind. Cisco ist nun offiziell in die dritte Phase des Projektes gestartet. „Im vergangenen Jahr haben wir in Luxemburg intensiv investiert“, sagt Romain Siebenaler. Die Bereiche Cybersicherheit, Fintech und Bildung bilden die Schwerpunkte in diesem Projekt.

# Weltraumfonds geht an den Start

Wirtschaftsminister Schneider stellt nationalen Aktionsplan vor

Von Jörg Tschürtz und Mara Bilo

Mit einer millionenschweren Risikokapitalinvestition will Luxemburg innovativen Raumfahrttechnologien zum Durchbruch verhelfen. Das bestätigte Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) gestern bei einer Sitzung der Wirtschaftskommission der Chamber. Die Regierung beteiligt sich gemeinsam mit weiteren Partnern an dem Risikokapitalfonds „Orbital Ventures“, heißt es in einer Mitteilung der Regierung. Der 70 Millionen Euro schwere Fonds soll in Start-ups aus der Weltraumbranche investieren, die „bahnbrechende Ideen und Technologien“ entwickeln.

Schneider hatte bereits angekündigt, einen Risikokapitalfonds

gründen zu wollen, an dem sich der Luxemburger Staat, aber auch private Investoren – unter anderem aus den USA – beteiligen würden. Amerikanische Partner hat er bei Promus Ventures gefunden. Der aus Chicago stammende Risikokapitalfonds zählt zu den Investoren des in Luxemburg angesiedelten „Orbital Ventures“.

Der Fonds wurde als Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor entwickelt. Neben dem Wirtschaftsministerium und Promus Ventures sind auch die BCEE, die BGL BNP Paribas, die BIL, OHB, Post Luxembourg, SES und die staatliche Förderbank SNCI als Kapitalgeber für den „Weltraumfonds“ an Bord. „Um den Anlegern eine Rendite zu

ermöglichen, gibt der Fonds innovativen Firmen den Vorzug, die bereits Gewinne erzielen oder kurz davor stehen“, heißt es in der Mitteilung der Regierung. Damit soll offenbar ein Fiasko wie mit dem US-Unternehmen Planetary Resources vermieden werden.

**Knapp 200 Millionen Euro**

Bei der Sitzung der Wirtschaftskommission der Chamber stellte Wirtschaftsminister Schneider auch den nationalen Aktionsplan für Weltraumwissenschaften und -technologien für den Zeitraum 2020-2024 vor. Die erste Strategie für die Luxemburger Weltraumaktivitäten wurde bereits im Jahr 2008 ausgearbeitet; damals war Luxemburg seit drei Jahren Mit-

glied der Europäischen Weltraumorganisation (ESA).

Hauptziel des Aktionsplans ist es, Luxemburg für die technologische Zukunft zu wappnen sowie das Ökosystem zu entwickeln, wie es in einer Mitteilung der Regierung heißt. Vor allem in den Bereichen Telekommunikation und Nutzung der Weltraumressourcen will Luxemburg sich starkmachen.

Die für die Umsetzung des Aktionsplans erforderlichen öffentlichen Investitionen belaufen sich auf knapp 200 Millionen Euro – davon gehen mehr als 130 Millionen Euro an verschiedene Programme der ESA und 68 Millionen Euro an nationale, bilaterale und multilaterale Initiativen.

*Der Fonds soll in Start-ups aus der Weltraumbranche investieren.*

# „2019 war ein schwieriges Jahr“

ArcelorMittal lädt zum Neujahrsempfang nach Differdingen - Luxemburger Werke schlagen sich wacker

Von Marco Meng

Überkapazitäten auf dem Markt, Billigstahl aus Fernost und die künftige Wettbewerbsfähigkeit seiner Werke in Luxemburg, das sind die Themen, die ArcelorMittal derzeit beschäftigen.

„2019 war ein schwieriges Jahr“, sagte zum Auftakt beim gestrigen Neujahrsempfang des Stahlkonzerns im Werk Differdingen, Michel Wurth, Präsident von ArcelorMittal Luxembourg. Die Situation für die europäische Stahlbranche ist seit 2009 angespannt. Verschärft hat sich das durch die auf dem Weltmarkt herrschenden Überkapazitäten an Stahl im Volumen von 450 Millionen Tonnen. Die Hälfte davon kommt aus China. Zum Vergleich: Die Luxemburger Werke mit ihren rund 3 800 Mitarbeitern produzieren jährlich 2,2 Millionen Tonnen Stahl.

Vor allem Europa wird von Stahl aus Fernost geflutet. Zwar hat die Europäische Union vor wenigen Jahren auf bestimmte Stahlimporte aus China Zölle erhoben, die Importquoten wurden inzwischen aber wieder erhöht. „Das verursacht enorme Probleme“, sagt Wurth. Während in Europa und den USA der Stahlkonsum zurückging - der neue Eigner des Stahlwerks Düdelingen, Liberty Steel, hat jüngst in Großbritannien einen Stellenabbau angekündigt - konnte ArcelorMittal zumindest von einer zunehmenden Stahlnachfrage in Brasilien profitieren. Dem Werk Differdingen, wo vor allem Stahlträger produziert werden, kommt

die gut laufende Baukonjunktur zugute.

## Kritik an EU-Politik

Wurth stößt sich an einer „inkohärenten europäischen Industriepolitik“. Er verweist dabei auf die verweigerte Fusion zwischen ThyssenKrupps Stahlsparte und Tata Steel im Besonderen und den europäischen Emissionshandel im Allgemeinen: Die Kosten pro Tonne CO<sub>2</sub>, die bei der Produktion entsteht, machen die europäische Produktion teuer, während für außerhalb Europas produzierten Stahl keine CO<sub>2</sub>-Abgabe anfällt. Dieser Stahl kann deswegen billig nach Europa importiert werden. Aus diesem Grund sinkt auch der Anteil, den europäischer Stahl auf dem globalen Markt hat.

„Diese Industriepolitik ist absurd“, sagt Wurth und hofft, dass bei dem „Green Deal“ der neuen EU-Kommission auch für Importstahl eine CO<sub>2</sub>-Abgabe Anwendung findet. Das Problem bei der europäischen Industriepolitik sei, wie am Rande des Neujahrsempfangs zu erfahren war, dass nicht alle EU-Länder an einem Strang ziehen; die Länder, die keine Stahlindustrie haben, seien ganz froh über den importierten Billigstahl.

## Klimaneutral bis 2050

Angesichts der Klimaproblematik hat sich auch ArcelorMittal einen Plan gegeben, bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral zu werden. Die Stahlherstellung verursacht sieben bis neun Prozent des Treibhausgases. Gleichwohl sei Stahl zu 100

Prozent wiederverwertbar - die Luxemburger Werke stellen neuen Stahl mit Stahlschrott als Ausgangsmaterial her - und in der CO<sub>2</sub>-Bilanz besser als beispielsweise die Aluminium- oder Betonproduktion.

Letztes Jahr hat ArcelorMittal darum einen ersten „Klimarapport“ herausgegeben und will nun jährlich mit einem solchen Rapport publizieren, mit welchen Maßnahmen Karboneinsparungen erreicht werden konnten.

„Wir forschen darum auch mit einem Budget von 250 Millionen Euro an neuen Wegen, Stahl herzustellen“, sagt Wurth. Ohne politische Unterstützung sei eine CO<sub>2</sub>-neutrale Technologie aber nicht durchsetzbar, auch brauche es dafür genügend „grünen Strom“.

## Differdingen soll digitaler werden

Was die einzelnen Werke in Luxemburg betrifft, so Roland Bastian, der seit November 2016 Generaldirektor von ArcelorMittal Luxembourg ist, hat Belval letztes Jahr einen Produktionsrekord mit 804 000 Tonnen aufgestellt, während das Werk in Rodange den Stahl für den weltgrößten Kran lieferte und Differdingen 21 000 Tonnen für das höchste Gebäude Russlands. Auch das Werk Bissen läuft gut und konnte letztes Jahr seinen Umsatz um fünf Prozent steigern.

Für die Werke Differdingen und Belval läuft ein Programm, um sie mit Digitalisierung (verbesserte Lieferkette und Produktionspro-

zess) zukunftsfähig zu machen, zudem wurden in den letzten beiden Jahren 27 neue Produkte entwickelt, die beispielsweise bis zu 44 Prozent leichter sind als vergleichbare Produkte.

„Hier im Werk Differdingen zum Beispiel“, sagt Werksleiter Thomas Georges, „stellen wir einzigartige Produkte her.“ Unter anderem werden in Differdingen die schwersten und größten Stahlträger der Welt produziert. Der Burj Khalifa in Dubai, das One World Trade Center in New York, aber auch die neue Firmenzentrale von Cargolux wurden mit Trägern aus Differdingen gebaut: da jedes Jahr 200 Wolkenkratzer fertiggestellt werden, bleiben die Produkte aus Differdingen auf längere Sicht gefragt.

Was das Jahr 2020 bringt, meint Wurth, das erste Semester dürfte noch schwer werden, obwohl sich, so Bastian, der Markt zu erholen scheine. Allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Auch der Kauf des Werks Ilva in Italien ist noch nicht vom Tisch, seitdem am 7. Januar ein Gericht in Italien erklärte, dass ArcelorMittal 14 Monate Zeit bekommt, den Industrieplan für das Werk umzusetzen. Ob es letztlich doch noch zum Kauf kommt, bleibt aber vorerst ungewiss. Gewiss hingegen ist: In Luxemburg beginnen in diesem Jahr die Bauarbeiten an der neuen Konzernzentrale des weltgrößten Stahlherstellers.

# „ArcelorMittal hat sich dem Pariser Abkommen verpflichtet“

## RÜCK- UND AUSBLICK Konzern will sich der Umweltproblematik stellen

Christian Muller

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2019 war ein schwieriges für den Luxemburger Stahlhersteller ArcelorMittal. Die Handelsstreitigkeiten haben weltweit die Unsicherheiten erhöht.

„Dementsprechend wurde weniger investiert, was wiederum die Nachfrage nach Stahl dämpft“, erklärte ArcelorMittal-Verwaltungsratspräsident Michel Wurth gestern vor Journalisten. Auch die Krise in der Automobilindustrie habe schlimme Folgen.

Weltweit seien die Überkapazitäten in der Branche immer noch beachtlich, so Wurth weiter. „Vor allem in China.“ Trotz stagnierender Nachfrage sei dort immer weiter in die Produktion investiert worden. Mittlerweile stehe China für die Hälfte der weltweiten Stahl-Herstellungskapazität. Das habe Angebot und Nachfrage durcheinandergebracht. Die Regierung sei das Problem zwar angegangen, aber die Überkapazität bestehe weiter.

Eine weitere Schwierigkeit für den Stahlhersteller waren seit einem Jahr die Einkaufskosten von Eisenerz. Nach dem Unfall mit dem Staudamm in Brasilien waren die Preise am Markt stark gestiegen. „Also steigende Kosten bei fallenden Verkaufspreisen“, unterstrich Wurth. In den ersten neun Monaten von 2019 habe sich das operative Ergebnis halbiert.

Auch in Europa ist es derzeit nicht einfach, Stahlhersteller zu sein. Um zu vermeiden, dass Stahl

wegen Zöllen in den USA nach Europa verkauft wird, sollten Maßnahmen ergriffen werden. Doch schlussendlich seien die Import-Quoten erhöht worden.

Gleichzeitig reichen die CO<sub>2</sub>-Verschmutzungszertifikate nicht mehr aus, um die bestehenden Marktanteile zu finanzieren. „Wir müssen hinzukaufen“, so Wurth. Diese „Steuer“ müssten Importeure von Stahl nicht zahlen. Schlussendlich riskiere Europa, dass nur so viel Stahl hier produziert wird, wie Verschmutzungszertifikate verteilt werden. „Das ist gut für die Umweltstatistik – aber wirtschaftlicher Schwachsinn.“ Hohe Qualität werde durch Importe ersetzt.

### Unzufrieden mit Industriepolitik

Unzufrieden ist ArcelorMittal mit der Wettbewerbspolitik der EU. Den Stahlmarkt dürfe man nicht regional betrachten, sagt Wurth. „Es ist ein globaler Markt.“ Dass der Konzern gezwungen war, das Werk in Düdelingen zu verkaufen, um Ilva in Italien erwerben zu dürfen, habe man „sehr bedauert“.

Im laufenden Jahr rechnet die Gruppe weiterhin mit schwachem Wachstum, da die Unsicherheiten weiter bestehen. Nach einem schwierigen ersten Quartal hoffe man aber, dass die Talsohle durchschritten sei und es wieder besser

gehe. „Mit dem Verbrauch und den Erzpreisen.“

Der Konzern will sich der Umweltproblematik stellen: „ArcelorMittal hat sich dem Pariser Abkommen verpflichtet“, so Wurth. Stahl jedenfalls sei nicht Teil des Problems, sondern der Lösung. „Stahl bleibt auch weiterhin das beste Material, um die Züge, Schiffe und Windmühlen von morgen zu bauen.“ Zudem werde bereits heute 80 Prozent des Stahls recycelt. Problematisch bleibe derweil der hohe CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Die Branche steht weltweit für sieben bis neun Prozent des Ausstoßes.

Der Stahlriese arbeite derzeit gleich an mehreren Technologien, die eine CO<sub>2</sub>-neutrale Stahlproduktion ermöglichen. „Die notwendige Technologie existiert“, betonte Wurth. „Bis 2050 können unsere Fabriken in der EU karbonneutral sein.“ Die Technologien seien aber viel teurer: „Es kostet etwa das Doppelte.“

Damit sich der Einsatz der Technologie rechnen würde, müssten die Preise von CO<sub>2</sub>-Verschmutzungszertifikaten auf über 100 Euro pro Papier steigen, so Wurth. „Auch für Stahlimporte.“ Heute liegen die Preise bei etwa 25 Euro. „Damit haben wir die Zahlen auf den Tisch gelegt und gesagt, was wir brauchen.“ Zudem brauche es genügend grünen Strom und natürlich Finanzierungen. „Nun brauchen wir die Politik.“

WO STEHEN WIR?

# Der Gigant

## ArcelorMittal ist der weltweit größte Stahl- und Bergbaukonzern - und eng mit Luxemburg verbunden

Wer sich mit dem Namen ArcelorMittal beschäftigt, befindet sich mitten in der Industriegeschichte Luxemburgs und der Großregion wieder. Denn eines der Vorgängerunternehmen war die ARBED, ein Akronym für „Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange“, zu deutsch „Vereinigte Stahlhütten Burbach-Eich-Düdelingen“. Der luxemburgische Stahlkonzern machte das Land reich und die Region der roten Erde bekannt. Seine Orte standen für Burbach, heute ein Stadtteil Saarbrückens, Eich, heute ein Viertel von Luxemburg-Stadt, sowie Düdelingen im Süden des Großherzogtums. Das Unternehmen entstand 1911 durch eine Fusion und seine Vorgängerunternehmen reichten bis ins Jahr 1882 zurück. Es war der Stolz des Landes.

Durch weitere Fusionen ergaben sich nicht nur Verbindungen zur saarländischen Stahlindustrie, sondern auch zu jener im Ruhrgebiet. 2002 verschmolz der Konzern mit dem spanischen Stahlkonzern Aceralia und der französischen Usinor zur Arcelor. Lange war der Konzern, der an der Avenue de Liberté im historischen Prachtgebäude saß, nach Umsatz der größte und nach Tonnage der zweitgrößte Stahlkonzern der Welt. Doch das änderte sich, als der indische Stahlmagnat Lakshmi Mittal 2006 eine feindliche Übernahme begann, die in Luxemburg zu zahlreichen Diskussionen und noch mehr Ängsten führte, als die beiden Riesen 2007 zu ArcelorMittal fusionierten.

Tatsächlich handelte die Luxemburger Regierung, die auch größter Einzelaktionär war, heraus, dass der Sitz des Konzerns in Luxemburg bleibt, obwohl CEO Mittal und sein Sohn Aditya, Finanzchef des Konzerns, in London leben. Das ist allein wegen der Steuern und der Symbolik schon wichtig. Andere Symbole fielen. So

verkaufte ArcelorMittal das alte Arbed-Gebäude an die „Spuerkeess“ und will sich einen neuen Sitz neben dem „European Convention Center“ auf Kirchberg bauen. Mit den Arbeiten soll in diesem Jahr begonnen werden.

In Luxemburg sorgt ArcelorMittal immer noch für Schlagzeilen. Beispielsweise geht es um die Neubesetzung des Aufsichtsrates, ein lukrativer Posten, auf den in der Regel der Wirtschaftsminister hoffen darf. So meldete denn auch Noch-Wirtschaftsminister Etienne Schneider Interesse an einer Nachfolge seines LSAP-Parteikollegen und Amtsvorgängers Jeannot Krecké an. Doch auch Henri Grethen (DP), der von 1999 bis 2004 Wirtschaftsminister war, hat im Radio 100,7-Interview sein Interesse bekundet. Wirklich zu sagen hat jedoch vor allem ein Aktionär. Das ist die Familie von Lakshmi Mittal, die 42,2 Prozent der Stimmrechte und über 40 Prozent der Aktien hält. Der nächstgrößte Einzelaktionär ist der Luxemburger Staat mit 2,5 Prozent. Mittal hat es nicht so einfach, wie er es vielleicht angesichts der Größe gehofft hat.

Vor allem die von Peking stark protegierte Konkurrenz aus China macht ihm aktuell zu schaffen. Hierher kommt der Konkurrent „Hebei Iron and Steel Group“. Besonders verärgert ist Mittal darüber, dass für europäische Hersteller strenge Umweltauflagen gelten, für ihre ausländische Konkurrenz hingegen nicht. In den vergangenen Jahren sorgten Werksschließungen, Verkäufe und Strafzahlungen für negative Schlagzeilen.

Größe allein ist nicht alles, wie die jüngsten Probleme beim Kauf des italienischen Werks Ilva zeigen, der sich weit schwieriger zeigt, als zunächst angenommen. Heute ist ArcelorMittal ein Weltmarktführer - mit allen Vor- und Nachteilen, der hierzulande noch einige Werke hat - und über 3.800 Mitarbeiter.

CORDELIA CHATON

## DER STAHLRIESE

### ARCELORMITTAL WELTWEIT



**209.000**

Mitarbeiter in 60 Ländern



**54**

Hochöfen in 18 Ländern

**92,5**

Millionen Tonnen Rohstahl/Jahr  
(2018)

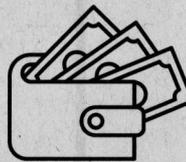


**58,5**

Millionen Tonnen Eisenerz  
(2018)

**76**

Milliarden Dollar Umsatz  
(2018)



### ARCELORMITTAL IN LUXEMBURG



**3.851**

Mitarbeiter mit 64 Nationalitäten

**2,2**

Millionen Tonnen Rohstahl/Jahr  
(2018)



**490**

Millionen Euro/Jahr fließen in die Wirtschaft

Auswahl an Eckdaten zu ArcelorMittal

Quelle: ArcelorMittal

# Heiße Zeiten

ArcelorMittal ist der weltweit größte Stahlhersteller – und hat mit vielen Problemen zu kämpfen – Ein Blick hinter die globalen Kulissen

DIFFERDINGEN

CORDELIA CHATON

**M**ülldeponie, Ilva, Handelsabkommen – der Stahlriese ArcelorMittal hat mit einer Menge Problemen zu kämpfen, aber auch Erfolge zu verzeichnen. Wo steht der größte industrielle Arbeitgeber Luxemburgs? Wir haben bei den Verantwortlichen während des traditionellen Neujahrsempfangs nachgefragt.

Michel Wurth redet Klartext: „2019 war ein schwieriges Jahr“, sagt der Verwaltungsratspräsident von ArcelorMittal Luxembourg. Der weltweit größte Stahlhersteller, der seinen Sitz hier hat, leidet zum einen unter einer steigenden Stahlproduktion, die die Preise drückt. Darüber hinaus macht sich der Handelskrieg zwischen den USA und China bemerkbar. Denn die Chinesen versuchen ihren Billigstahl in andere Märkte zu drücken. „Von 440 Millionen Tonnen Überkapazität entfallen 50 Prozent nur auf China“, rechnet Wurth vor. Er ärgert sich: „Diese Überkapazität bleibt trotz der Versprechen der chinesischen Regierung, sie abzubauen.“ Hinzu kommt die Krise in der Automobilindustrie, aber auch hohe Anforderungen an europäische Unternehmen was den CO<sub>2</sub>-Ausstoß angeht. Diese gelten jedoch nicht für den chinesischen Billigstahl. Das Resultat ist ein völlig verzerrter Wettbewerb. „Es gibt kein level playing field“, fasst Stahlexperte Wurth die Situation zusammen.

## Inkohärente Industriepolitik

Er ärgert sich über das, was er eine „total inkohärente Industriepolitik der EU“ nennt. Diese habe nach Trumps Auflagen nicht gewollt, dass der EU-Markt überschwemmt würde – und Quoten eingeführt, die mit hohen Auflagen verbunden waren. EU-Stahlhersteller beispielsweise müssen Verschmutzungsrechte kaufen. Da kostet eine Tonne CO<sub>2</sub> rund 25 Euro, zwei Tonnen braucht man für eine Tonne Stahl. Aber nur als EU-Unternehmen. „Importeure können so schmutzig produzieren, wie sie wollen“, geißelt Wurth. Die Folge: In Europa wird weniger CO<sub>2</sub> bei der Stahlproduktion verbraucht, aber beim Import ist es das Gegenteil. „Das ist absurd“, ärgert sich Wurth. Hinzu kommt, dass die EU nicht mit einer Stimme spricht. Vielen Ländern, die selbst keine Stahlproduktion haben, kommt der chinesische Billigstahl gerade recht.

Auf dem europäischen Stahlmarkt machen sich auch andere Faktoren negativ bemerkbar:

So scheiterte die Fusion zwischen Tata Steel und ThyssenKrupp. Was mit den Konzernen – und den 6.000 Mitarbeitern – passiert, ist unklar. British Steel meldete Insolvenz an und erhält seither reichlich Hilfe von der Regierung – was sich nach dem Brexit kaum verbessern dürfte. Konkurrent Liberty House gab erst vergangene Woche 355 Entlassungen bekannt. Dazu kommen volatile Energiepreise und Unsicherheit angesichts des grünen Kurses der EU-Kommission und seiner praktischen Auswirkungen.

Immerhin: Der Stahlriese hat erstmals einen Klimaaktionsplan veröffentlicht und will das demnächst jährlich tun. Dass 90 Prozent des Stahls recycelt werden und Gebäude daraus zurückgebaut werden können, wird darin natürlich ausgiebig betont. Auch auf neue Technologien für grünere Produktionsmethoden verweist der Stahlriese, der sich an mehreren Standorten zertifizieren lassen will und sich mit den Pariser Klimazielen voll und ganz einverstanden erklärt. Die grünen Ambitionen der neuen EU-Kommission beäugt Wurth kritisch: „Da muss ein level playing field her, sonst verschwindet die Stahlindustrie hier.“

Dennoch: ArcelorMittal ist der einzige Stahlhersteller weltweit, der führend in Nord- und Südamerika, Europa und Afrika ist. „In Indien sind wir jetzt nach dem Kauf von 60 Prozent von Essar gemeinsam mit Nippon Steel, die 40 Prozent halten, einer der vier Großen auf einem vielversprechenden Markt und in China sind wir ebenfalls dabei“, sagt Wurth. Das Problem: Auf den wichtigsten Märkten in Europa und den USA sank die Nachfrage. Auch andere Märkte leiden. In Brasilien brach vergangenes Jahr der Damm einer Eisenerz-Mine, die Schlammlawine riss rund 250 Menschen in den Tod. Ein Untersuchungsausschuss stellte fest, dass der Bergbaukonzern Vale do Rio Dolce die Mängel nicht ordnungsgemäß gemeldet hatte. Die Folge: andere Minen arbeiten gebremst – und auf dem Weltmarkt fehlt Eisenerz. Dadurch sind die Preise von 60 Dollar/Tonne auf 120 Dollar/Tonne hochgeschnellt. In den Luxemburger Elektroöfen wird pro Tonne rund 1,5 t Eisenerz benötigt. Wenn die Preise sacken und die Kosten steigen, drückt das aufs Ergebnis. „Wir hatten einen Gewinneinbruch. Das Ergebnis hat sich halbiert“, stellt Wurth fest. Er geht davon aus, dass die Talsohle erreicht ist. Doch aus ihr zu kommen, ist nicht so einfach. ☹

# Betriebe schnuppern Landluft

Auch in kleineren Gemeinden brummt die Wirtschaft - doch der Boom hat Schattenseiten

Von Jörg Tschürtz

Vom kleinen Handwerksbetrieb bis zum multinationalen Konzern: Mehr als 36 000 Unternehmen hatten sich zum Stichtag 1. Januar 2019 auf Luxemburger Territorium niedergelassen - das sind um 10 000 mehr als noch vor zehn Jahren, wie aus einer Statec-Erhebung hervorgeht. Das Register erhebt allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Das Statec-Register liefert auch Einblicke, welche Gemeinden in den vergangenen Jahren besonders viele Betriebe anlocken konnten. Wenig überraschend findet sich Luxemburg-Stadt an vorderster Stelle. Wie aus einer 2018 veröffentlichten Studie des staatlichen Forschungsinstituts Liser über die ländliche Entwicklung hervorgeht, vereinen die Hauptstadt und der umliegende Speckgürtel mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Arbeitsplätze im Land auf sich.

## Boomtown des Nordens

Im hohen Norden Luxemburgs mauserte sich die Kommune Weiswampach zur wichtigsten Job-Drehmaschine. Die 1900-Einwohner-Gemeinde an der Grenze zu Belgien zählt mittlerweile mehr als 4 000 Arbeitsplätze und stellt andere Nord-Städte in den Schatten. Der Boom in Weiswampach erklärt sich unter anderem durch das florierende Shopping Center Massen Wemperhardt und zahlreiche neu errichtete Bürogebäude. Henri Rinnen, Transportunternehmer und seit 1995 Bürgermeister von

Weiswampach (DP), erklärt das Erfolgsrezept der Boomtown im Ösling: „Als Gemeinde waren wir stets offen dafür, dass sich neue Betriebe bei uns ansiedeln.“ Die Frage war: „Wollen wir eine verschlafene Gemeinde bleiben oder eine moderne und attraktive Gemeinde werden?“ Weiswampach entschied sich für Zweites.

Das frühere von Ackerbau und Waldwirtschaft geprägte Weiswampach hat laut Rinnen von einem „Schneeballeffekt“ profitiert: Die Vorteile des Standorts - niedrige Immobilienpreise, wenige administrative Hürden - hätten sich bei Investoren aus Belgien und Deutschland schnell herumgesprochen. Kein Nachteil für die wirtschaftliche Expansion war auch, dass Weiswampach sich als einzige Gemeinde an der Nordspitze des Landes nicht am Naturpark Our beteiligte. Die pulsierenden Gewerbegebiete und modernen Wohnhaus- und Büroviertel in ihrer Gemeinde gefallen allerdings nicht jedem Einheimischen. „Vielleicht müssen wir uns jetzt gemäßigter entwickeln“, gibt sich der Bürgermeister nachdenklich.

Auch im verschlafenen Tal der sieben Schlösser dreht der Wirtschaftsmotor auf Hochtouren: Mit dem Ecoparc in Windhof, wo allein 2 000 Menschen arbeiten, hat sich die kleine Gemeinde Koerich ein lukratives wirtschaftliches Standbein geschaffen. Auch in Sassenheim und Hesperingen ließen sich seit 2009 hunderte neue Betriebe nieder.

Bei der Ansiedlung von Unternehmen spielt die Gewerbesteuer eine nicht zu unterschätzende Rolle. Zwischen den Gemeinden gebe es beim Impôt commercial communal (ICC) einen regelrechten Wettbewerb, sagt der Liser-Forscher Antoine Decoville, Koautor einer Studie über ländliche Entwicklung in Luxemburg. Tatsächlich besteht in Gemeinden mit niedrigem ICC-Multiplikationsfaktor eine Tendenz zu einer höheren Unternehmensdichte. Paradox: Ausgerechnet die Hauptstadt, wo sich ohnehin schon zehntausende Unternehmen drängen, lockt mit den niedrigsten Steuersätzen. Decoville und Mitautorin Valérie Feltgen betonen in ihrer Studie aber, dass auch Faktoren wie Lage, Grundstückspreise und die Art der unternehmerischen Tätigkeit bei der Standortwahl mitspielen.

Die Goldgräberstimmung in den Gemeinden geht jedoch häufig zu Lasten der ländlichen Entwicklung. Die blau-rot-grüne Regierung arbeitet seit mehreren Jahren an einer Aktualisierung der übergeordneten Leitlinien für die Raumplanung. Die vier sektoriellen Leitpläne für die Bereiche Transport, Wohnungsbau, Grünlandschaften und Gewerbezone liegen derzeit zur Begutachtung beim Staatsrat. Das „Programme Directeur d'aménagement du territoire“ aus dem Jahr 2003, das ebenfalls eine Neuauflage erhalten soll, ist mittlerweile zum Papierträger degradiert worden. „Die

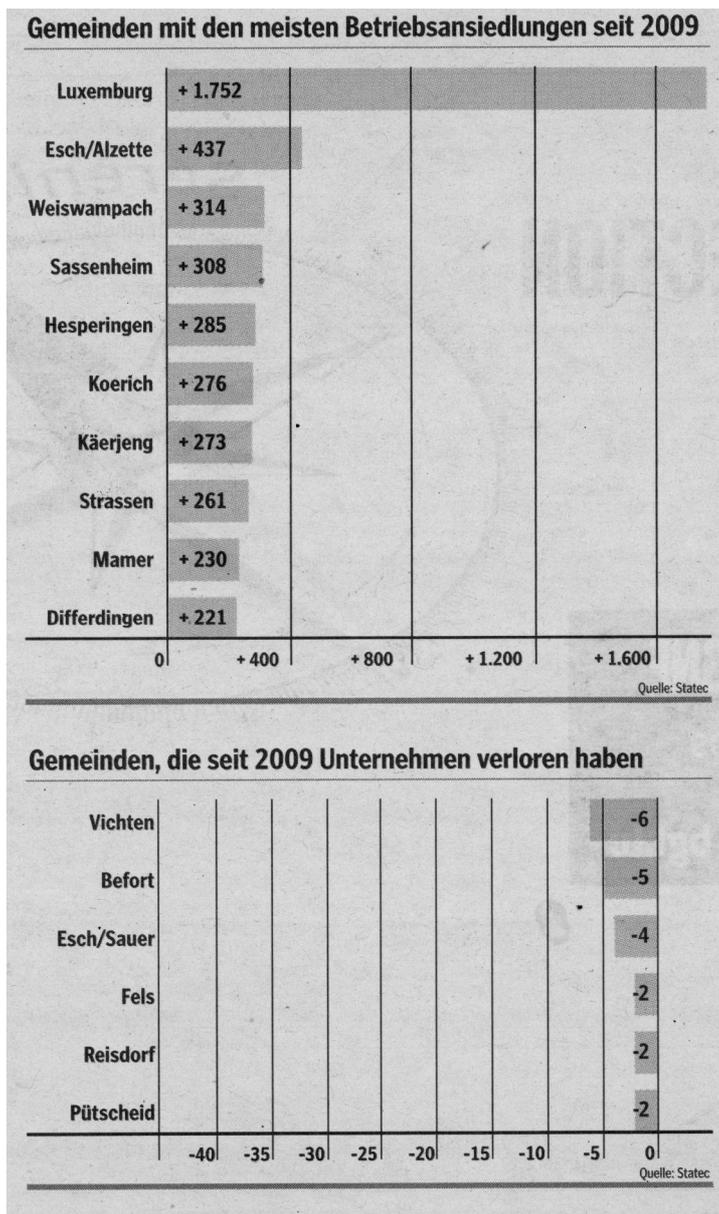
Theorie auf dem Papier wird durch die Praxis vor Ort widerlegt“, sagt Decoville. Die kommunale Autonomie sei in Luxemburg „extrem stark“ ausgeprägt, sagt der Wissenschaftler. „Es gibt derzeit keine Instrumente, um die Gemeinden zu zwingen, sich räumlich in die eine oder andere Richtung zu entwickeln.“

## Die Probleme von morgen

„Wenn Gemeinden wie Weiswampach, Winseler oder Schengen Einkaufszentren mitten in der Landschaft errichten, dann schaffen wir dadurch die Probleme von morgen: Leere Stadtzentren, mehr Verkehr, Abhängigkeit vom Auto, Vernachlässigung der Ökosysteme und anarchisch hochgezogene Wohnviertel, die nur unzureichend Zugang zu Schulen, Kulturzentren und anderen öffentlichen Einrichtungen bieten.“

Wenn es um Flächennutzung geht, sei das Vorausdenken enorm wichtig: „Man sollte sich schon vor dem Spatenstich Gedanken über die räumliche Entwicklung machen.“ Eine Binsenweisheit, die aber offenbar nicht wirklich ernst genommen wird.

Die Debatte über qualitatives Wachstum und nachhaltige Entwicklung, die seit den Parlamentswahlen 2018 etwas eingeschlafen zu sein scheint, „muss weiter geführt werden“, sagt Decoville. Schließlich komme der Landesplanung etwa bei der Bekämpfung des Klimawandels eine Schlüsselrolle zu.



ERNEUERBARE ENERGIE IN LUXEMBURG

## *Die Dynamik ist da*

CHRISTIAN BLOCK

Vor einigen Jahren hätte man vermutlich noch darüber gelacht und auch wenn es am Ende nicht ohne etwas Unterstützung anderer Staaten geht, wird Luxemburg sein 2020-Ziel von elf Prozent erneuerbaren Ener-

gien trotz aller anfänglicher Zweifel wohl erfüllen. Das ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass die Regierung in den vergangenen Jahren die richtigen Hebel in Bewegung gesetzt und eine Entwicklung ausgelöst hat, die auch etwa durch neue Einspeise-

tarife in den kommenden Jahren noch ihre Dynamik entfalten dürfte. Doch die nächste große Herausforderung wartet längst mit Blick auf das Ziel für 2030. Die Begleitung und Förderung wird in Zukunft wohl noch eine wichtigere Rolle spielen, wenn man davon ausgehen kann, dass es bislang viele bereitwillige Pioniere gab, die sich für die Förderung von Erneuerbaren begeistern konnten.

# Auf dem Vormarsch

Das Ziel von elf Prozent erneuerbarer Energie im Jahresverbrauch könnte 2020 erreicht werden

Von Morgan Kuntzmann

„Luxemburg ist auf dem besten Weg, sein Ziel von elf Prozent erneuerbarer Energie beim Endenergieverbrauch bis 2020 zu erreichen.“ Dies bekräftigt Energieminister Claude Turmes (Déi Gréng) in seiner Antwort auf eine parlamentarische Frage zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Luxemburg. Das Land stellt selbst mehr und mehr „grünen Strom“ her, greift aber auch auf den „Import“ von alternativen Energien aus Estland und Litauen zurück.

So besteht seit 2017 zwischen dem Großherzogtum und den beiden baltischen Staaten ein Kooperationsabkommen über den statistischen Transfer erneuerbarer Energien. Luxemburg kaufte den beiden Staaten in den Jahren 2017 und 2018 für 16,5 Millionen Euro insgesamt 1100 Gigawattstunden Energie ab, die allerdings nur statistisch verbucht wurden. Dies entspricht einem Viertel der nationalen Energieproduktion aus alternativen Quellen.

Litauen und Estland decken bis zu 30 Prozent ihres Energieverbrauchs mit Erneuerbaren und können anderen europäischen Ländern ihre Überschüsse zum Verkauf anbieten. Somit wird der Transfer aus den beiden baltischen Staaten, der zwei Prozent des Jahresverbrauchs Luxemburgs ausmacht, zum erklärten Ziel des Landes beitragen, elf Prozent erneuerbare Energien im Jahresenergieverbrauch bis 2020 zu erreichen.

## Nationale Produktion erneuerbarer Energie steigt

Aber neben diesen so genannten Ausgleichsregelungen, die fast ein Viertel der nationalen Anstrengungen ausmachen, scheint die Förderung neuer nachhaltiger Quellen zur Kilowatt-Produktion

(Wasser, Sonne, Wind, Biomasse) Früchte zu tragen. Dieser Optimismus seitens der Regierung beruht in erster Linie auf einer Tatsache: Das Großherzogtum hat in der Tat das für den Zeitraum 2017-2018 festgelegte Zwischenziel erreicht. Die Zielquote betrug 7,47 Prozent, die erreichte Menge lag bei 7,67 Prozent. Allein 2018 wurde mit 9,06 Prozent eine Steigerung beim Anteil der grünen Energie im Energiemix erreicht. Zur Erinnerung: 2013 betrug der Prozentsatz nur 3,66 Prozent.

Der Energieminister unterstreicht die Fortschritte, die 2018 erzielt wurden, das letzte Jahr, zu dem noch statistische Daten mit Gültigkeit zur Verfügung stehen. Gemessen wird der erneuerbare Anteil am gesamten Bruttoendenergieverbrauch, also nicht nur Strom.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Verbrauch im Sektor „Strom“ liegt bei über neun Prozent, im Sektor „Heizungs- und Kühlungssektor“ bei 8,78 Prozent und im Sektor „Transport“ bei 6,54 Prozent. Anzumerken ist, dass Luxemburg beim letztgenannten Bereich, durch den Tanktourismus an Prozentpunkten verliert. „Deshalb sind auch Prognosen für das Jahr 2020 immer noch schwierig“, so Claude Turmes, „die große Unbekannte ist der Endenergieverbrauch, auf dem der Prozentsatz basiert, der in den vergangenen drei Jahren gestiegen ist. Zum Teil aufgrund des gestiegenen Kraftstoffverkaufs.“

Beeindruckend ist die Entwicklung der Energieerzeugung durch Windenergieanlagen. So stieg die Zahl der Windräder zwischen 2013 und 2018 von 51 auf 69 „nur“ um 35 Prozent an. Da jedoch verschiedene Windkraftanlagen mit leistungsfähigeren Rotorblättern ausgestattet wurden, verdreifachte sich im Jahr 2018 die jährliche

Stromgewinnung von etwa 83 000 MWh auf rund 254 600 MWh. Gab es 2013 in Luxemburg noch 4 454 Fotovoltaikanlagen mit einer Leistung von 95 MW, so stieg deren Anzahl 2018 auf knapp 7 000 mit einer Leistung von rund 131 MW.

## Entwicklung in den EU-Staaten sehr unterschiedlich

Zwischen den EU-Mitgliedern bestehen erhebliche Unterschiede beim Ausbau der erneuerbaren Energie. Dies erklärt sich durch die unterschiedlichen Ausgangssituationen, das topografische Potenzial im Bereich Ökostrom und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. EU-Klassenbeste waren für 2018 Schweden mit 54,6 Prozent nachhaltiger Energie, gefolgt von Finnland mit 41,2 Prozent und Lettland mit 40,3 Prozent. Die schwächsten Werte der Europäischen Union hatten Luxemburg mit 9,06 Prozent, Malta mit acht Prozent und die Niederlande mit 7,4 Prozent.

Wenn man jedoch die Spezifität Luxemburgs berücksichtigt, ein kleines dicht bebautes Land, erscheint das Großherzogtum in einem besseren Licht.

Wie bereits erwähnt ist innerhalb von fünf Jahren die Anzahl der Solarstromanlagen um 57 Prozent gestiegen. Genug, um das Großherzogtum „auf Platz sieben in der Europäischen Union bei der Fotovoltaikkapazität (222,6 W pro Kopf)“ zu platzieren, hält Claude Turmes fest.

Wenn man die Windkraftanlagen pro 1 000 Einwohner misst, so ist Luxemburg für das Jahr 2018 auf dem 15. Platz von 28 mit 196,4 kW. Damit befindet sich Luxemburg in der Nähe von Ländern, die die Möglichkeit von Offshore-Windparks besitzen, wie Frankreich (Platz 14) oder die Niederlande (Platz elf).

# „Ein Land mit unbegrenztem Potenzial“

## WIRTSCHAFTSMISSION Werbung für den Standort Luxemburg in Dubai

Christian Muller

Der zweite Tag der Wirtschaftsmission in den Vereinigten Arabischen Emiraten stand ganz im Zeichen der Geschäftsbeziehungen beider Länder. Ein Kooperationsabkommen wurde zwischen den Wirtschaftsministerien unterzeichnet.

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind Luxemburgs wichtigster Handelspartner am persischen Golf. Doch das war nicht immer so. Noch bis vor fast zehn Jahren hatte die damalige Regierung den Golfstaat Katar als wichtigsten Partner erkoren. Ein katarischer Staatsfonds erwarb die BIL und die KBL. Auch ein Drittel der Anteile an der Cargolux hatte man nach Katar verkauft. Doch diese Beziehung verlief nicht wie geplant. Die Anteile an der Cargolux kaufte Luxemburg zurück – und verkaufte sie weiter nach China. Auch die BIL wurde bereits an einen chinesischen Konzern weiterverkauft.

Mit den VAE hingegen boomen die Wirtschaftsbeziehungen. In Dubai hat die BIL mittlerweile ein Büro mit 15 Mitarbeitern und die Cargolux hat ein Partnerschaftsabkommen mit Emirates Airlines. Auch für den Luxemburger Sektor der Investmentfonds sind die VAE ein wichtiger Absatzmarkt. Drei von vier Fonds, die den Kunden in den VAE angeboten werden, sind in Luxemburg registrierte Investmentfonds.

Um die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter zu „institutionalisieren“, unterzeichnete Luxemburgs Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) ein Kooperationsabkommen mit dem Wirtschaftsminister der VAE, Sultan bin Saeed Al Mansouri. Beide verpflichten sich zu jährlichen gegenseitigen Besuchen mit Unternehmensvertretern. Im Abkommen werden zudem Themen für eine engere Zusammenarbeit, beispielsweise Fintech und Logistik, festgelegt, wie der Minister aus den VAE erläuterte.

### Eine Frage des Vertrauens

Eine von den Regierungen institutionalisierte Beziehung schaffe Vertrauen bei den Unternehmen, unterstrich Etienne Schneider. „Jedes Jahr begegnen sich dieselben Personen wieder. Das fördert die Zusammenarbeit und schafft Vertrauen.“ Auch der Wirtschaftsminister aus den VAE freut sich über die neuen Verpflichtungen. Noch vor Kurzem war er zu Besuch in Luxemburg. Ganz besonders schätze er die geografische Lage des Landes sowie die Flexibilität und Unkompliziertheit der Regierung.

Weiter ging es zur Handelskammer in Dubai. Während eines Seminars wurden einerseits die wirtschaftlichen Vorzüge Luxemburgs der Geschäftswelt der VAE vorgestellt und andererseits den hiesigen Unternehmen die Geschäftsmöglichkeiten in den VAE. Beide Länder sehen sich als echtes Tor zu ihren jeweiligen Regionen.

Erbgroßherzog Guillaume hob hervor, dass er die VAE seit zehn Jahren regelmäßig besuche. Und jedes Mal sei er von Neuem beeindruckt über die rasante Entwicklung. Nach wie vor schießen in den Emiraten immer mehr neue glitzernde Hochhäuser aus dem Boden. „Die VAE sind ein ganz besonderer Partner“, unterstrich er. Er lobte die Anstrengungen des Landes, Tradition, neue Ideen und die wirtschaftliche Entwicklung unter einen Hut zu bringen.

Die Emirate haben derweil noch viel geplant: „In 97 Jahren wollen wir eine Kolonie auf dem Mars haben“, so Omar Kahn von der Handelskammer aus Dubai. Zudem habe man 545 Initiativen gestartet, um zur ersten echten „smart city“ zu werden. Bis 2030 sollen 25 Prozent der Autos in Dubai keinen Fahrer mehr benötigen. Zudem sollen bis dahin 25 Prozent des verbrauchten Stroms von der Sonne kommen. Ein „Museum der Zukunft“ wird gerade gebaut. Man setze auf Nischenprodukte mit hohem Mehrwert, nicht auf

Massenproduktion mit günstigen Arbeitskräften. Und für alle diese Projekte werde nach kompetenten Partnern gesucht.

Finanzminister Pierre Gramegna (DP) unterstrich, dass sich die Beziehungen im Laufe der Jahre in Freundschaft gewandelt haben. Dann warb er für Luxemburg als Standort für grüne – und islamische Finanzen. Weiter hob er hervor, dass Post-Brexit-London den Zugang zum EU-Binnenmarkt für Finanzprodukte verlieren werde. Mit anderen Worten: Über Luxemburg gibt es Zugang zu dem europäischen Markt.

### Letzte Rede von Minister Schneider

Carlo Thelen, Direktor der Luxemburger Handelskammer, fügte hinzu, dass Luxemburg „ein Land mit unbegrenztem Potenzial“ sei. Gegenüber Journalisten erklärte er: „Der Aufbau von Beziehungen in Dubai geht nur selten von heute auf morgen. Es ist wichtig, oft herzukommen.“ Dem schloss sich Schneider an: „So etwas dauert oft Jahre. Auch beispielsweise bei Google. Wir müssen oft vorbeikommen, ehe sie anbeißen.“

Für Etienne Schneider ist diese Wirtschaftsmission seine letzte als Minister. Zur Eröffnung der Weltausstellung werde er trotzdem kommen. „Als Freund“, wie er sagt. Auch seine gestrige Rede vor den Unternehmern aus Dubai und Luxemburg war seine letzte als Minister. Insgesamt sei er während seiner Mandatszeit sechsmal mit Handelsdelegationen in die VAE gekommen. Er sei ein „Bewunderer“ des Landes. Gleichzeitig hob er hervor, dass Luxemburg als erstes Land für die Expo 2020 unterzeichnet habe. Die VAE waren dabei die Ersten, die ein Kooperationsabkommen mit Luxemburg im Weltraumbereich eingegangen sind. Das Tätigen von Geschäften funktioniere gut zwischen beiden Ländern.

Während die Unternehmensver-

treter beider Länder sich nach den Reden auf die Suche nach neuen Kontakten und Geschäftsmöglichkeiten für ihre Firma machten, zog ein anderer Teil der Delegation weiter zur größten Medizin-Messe der Region, Arab Health. Die Veranstaltung zählt mehr als 4.200 Aussteller und gilt als eine der weltweit wichtigsten Plattformen

für die Gesundheitsbranche. Das Großherzogtum nimmt bereits zum zweiten Mal mit einem nationalen Pavillon an der Messe teil. 15 Unternehmen aus dem Großherzogtum sind vertreten.

Der dritte und letzte Tag der Wirtschaftsmission wird ganz im Zeichen der Weltausstellung 2020 stehen. Für den Handelspartner

ist eine Luxemburger Beteiligung an der Expo wichtig. Sie soll unter anderem auch genutzt werden, um die wirtschaftlichen Beziehungen weiter auszubauen. „Wir hoffen, dass dadurch der Handel zwischen beiden Ländern weiter angetrieben wird“, so Majid Saif Al Ghurair, Präsident der Handelskammer Dubai.

# Das Tor zu Europa

Was Unternehmen aus den Emiraten nach Luxemburg lockt, zeigt das Beispiel des Porzellanherstellers RAK

Von Mara Bilo

Ob in Hotels, Restaurants oder gar Krankenhäuser – weltweit sind die Teller, Tassen und Gläser des Porzellanherstellers RAK bekannt. Die Produktionsstätte befindet sich in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) – genauer genommen in Ras al-Khaimah, eines der sieben Emirate. Dafür steht auch der Firmename: „RAK“ ist die Abkürzung von „Ras al-Khaimah“. Pro Jahr produziert das Unternehmen 28 Millionen Porzellanteile, davon werden mehr als ein Drittel in Europa verkauft. Und zwar vom europäischen Hauptsitz aus – Luxemburg.

Angefangen hat das Europageschäft der Firma mit Claude Peiffer. Der 1951 geborene Luxemburger blickt auf mehr als 20 Jahre Berufserfahrung beim Keramikhersteller Villeroy & Boch zurück. Als er Anfang der 2000er-Jahre als Berater arbeitete, kam er in Kontakt mit der Geschäftsleitung der Firma RAK, die in den europäischen Markt einsteigen wollten. „Es ging alles sehr schnell“, erinnert sich Peiffer. „Ich wurde gefragt, ob ich nicht das Europageschäft übernehmen möchte. Eigentlich wollte ich etwas weniger arbeiten – daraus wurde nichts“, sagt er schmunzelnd.

Im Jahr 2006 eröffnete RAK ein 60 Quadratmeter großes Büro in Alzingen mit nur drei Mitarbeitern. „Wir haben bei Null anfangen“, sagt Peiffer. „Die Konkurrenz war hart; auch chinesische

Firmen sind zu diesem Zeitpunkt in das Porzellangeschäft eingestiegen.“ Aber es hat geklappt – nur ein Jahr später zog das Unternehmen in ein neues Bürogebäude von 200 Quadratmetern um; damals war die Mitarbeiterzahl schon auf zehn gestiegen: „Unsere Büros wurden schnell zu eng.“ Im Jahr 2010 musste das Unternehmen aufgrund des fehlenden Büros wieder umgesiedelt werden. „In Windhof, neben der belgischen Grenze, haben wir unser erstes selbstverwaltete Lager gemietet“, erklärt der Chef der europäischen Niederlassung.

Im Jahr 2017 kam schließlich der letzte Umzug in der kurzen Geschichte der Firma: RAK kündigte bei einer Wirtschaftsmission in den VAE eine Investition von 7,5 Millionen Euro an, um ein eigenes Logistikzentrum in Bettemburg zu bauen. Das Grundstück in der Aktivitätszone Kraelshaff wurde der Firma von der Regierung vermietet. Die Bauarbeiten dauerten etwa ein Jahr; das nagelneue Gebäude konnten die RAK-Mitarbeiter im Oktober des vergangenen Jahres beziehen. Letztendlich musste mehr Geld in den Neubau fließen; die gesamten Kosten belaufen sich auf etwa zwölf Millionen Euro. „Die Lagerhalle ist 5 500 Quadratmeter groß, die Bürofläche 800 Quadratmeter“, so Peiffer.

Heute beschäftigt die Firma 60 Mitarbeiter, davon mehr als die

Hälfte in der Lagerhalle. Für das laufende Jahr wird RAK voraussichtlich zehn Millionen Porzellanteile über Luxemburg abwickeln. Ein rasantes Wachstum: 2015 waren es noch sieben Millionen Stücke, 2010 fünf Millionen. RAK stellt Porzellan insbesondere für die Hotel- und Gastronomiebranche her – in Europa ist Frankreich der größte Markt für die Firma, danach folgt Polen.

„RAK hat sich damals für den Standort Luxemburg entschieden, weil das Großherzogtum schlicht ein attraktiver Wirtschaftsstandort ist“, erklärt Claude Peiffer den Schritt, das Europageschäft von Luxemburg aus aufzubauen. „In weniger als 500 Kilometern befinden sich die wichtigsten Knotenpunkte für den Handel.“ Die aktive Wirtschaftspolitik Luxemburgs, die gute geografische Lage, die politische und soziale Stabilität, die qualifizierten und mehrsprachigen Arbeitskräfte sowie die Tatsache, dass Luxemburg zu einer Drehscheibe im Frachtverkehr geworden ist – das sind nur einige Gründe, die die Firma nennt, um den Standort Luxemburg als Europasitz zu begründen. „Auch die Lage in Bettemburg ist besonders vorteilhaft für uns“, sagt Peiffer. Jeden Tag kommt ein Container mit 40 000 Porzellanstücken im Hafen Antwerpen in Belgien an. „Von dort aus werden die Waren meist per Zug nach Bettemburg gebracht“, erklärt der Firmenchef die Transportlogistik.

In der Zukunft will Claude Peif-

fer das Europageschäft weiter ausbauen. Sein Ziel ist es, 13 bis 14 Millionen Porzellanteile in Europa pro Jahr zu verkaufen. An Platz mangelt es in Bettemburg nicht; dort können 10 000 Paletten gleichzeitig gelagert werden.

## Sponsor bei der Expo

An den Kosten für den nationalen Pavillon, der derzeit für die Weltausstellung Expo2020 in Dubai gebaut wird, beteiligen sich verschiedene Firmen. So auch RAK: Der Porzellanhersteller stellt das Tafelgeschirr zur Verfügung und sponsert den Auftritt zusätzlich finanziell. Auch im Fliesen- und Sanitärbereich wird RAK bei der Expo2020 zeigen, was die Firma kann. Denn neben Teller und Tassen aus Porzellan stellt der Mutterkonzern von RAK Porcelain, RAK Ceramics, auch Keramikfliesen und -sanitärprodukte her, die im Luxemburger Pavillon eingebaut werden.

RAK Ceramics ist einer der führenden Keramikhersteller; weltweit beschäftigt die Firma etwa 15 000 Mitarbeiter. Seit Anfang der 2000er-Jahre ist RAK im Porzellanmarkt eingestiegen, unter dem Namen RAK Porcelain. Die europäische Niederlassung für das Porzellangeschäft, RAK Porcelain Europe, gehört zu neun Prozent Claude Peiffer, 91 Prozent sind in den Händen von RAK Porcelain geblieben. Das europäische Geschäft für Fliesen und Sanitärprodukte wird von Deutschland und Italien aus gesteuert. mbb

- Die Lage in
- Bettemburg ist besonders vorteilhaft für uns.

Claude Peiffer

# Gesunde Geschäfte

Bei der „Arab Health“-Messe in Dubai steht intelligente Medizintechnik aus Luxemburg im Fokus

Von Mara Bilo (Dubai)

Es geschah vor einigen Jahren: Nach einem schweren Unfall ist der Bruder von Maxim Krasnoperov querschnittsgelähmt. „In Russland ist die Überlebenschance bei einem solchen Krankheitsbild nur sehr gering“, erzählt Krasnoperov. Heute geht es seinem Bruder allerdings besser – dank intelligenter Medizintechnik.

Maxim Krasnoperov ist für das „Business Development“ der in Luxemburg angesiedelten Firma ExoAtlet zuständig: „Wegen des Unfalls meines Bruders wollte ich genau für eine solche Firma arbeiten.“ Denn: ExoAtlet entwickelt Exoskelette – „mechanische, maschinelle, sprich: robotische Stützstrukturen“. Krasnoperov: „Konkret geht es darum, Menschen, die beispielsweise nach einem Schlaganfall oder einer Wirbelsäulenverletzung nicht mehr laufen können, zu helfen, wieder beweglich zu sein.“ Die Entwicklungsarbeit für die Exoskelette begann vor etwa zehn Jahren in Russland; seit 2019 ist das Unternehmen in Luxemburg vertreten. Bislang wurden bereits annähernd 140 solcher Exoskelette verkauft, der Preis für die Kliniken liegt bei etwa 65 000 Euro.

Ein Gemeinschaftsstand für Luxemburg

ExoAtlet ist eine der Firmen aus Luxemburg, die derzeit bei der „Arab Health“-Messe in Dubai präsent sind. Mehr als 4 000 Unternehmen aus 64 Ländern haben die Reise in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) angetreten, um ihr Know-how bei der

größten Fachmesse für Gesundheit und Medizin internationalem Publikum vorzustellen. Das Großherzogtum ist mit einem Gemeinschaftsstand vertreten, auf dem sich sechs Firmen präsentieren – Ceodeux Meditec, SciPharm, Ai Mediq, BioMind, ExoAtlet und Ima-x. Die Kosten für den Gemeinschaftsstand werden von der Handelskammer und dem Wirtschaftsministerium getragen, wie Edith Stein, Beraterin für internationale Angelegenheiten bei der Handelskammer, erklärt.

Für die Unternehmen lohnt sich die Reise nach Dubai – das zeigt die Erfahrung des vergangenen Jahres. „Es ist wirklich eine gute Gelegenheit, neue Geschäfte zu machen und bestehende auszubauen. Wir können und dürfen solche Veranstaltungen nicht verpassen; neben der ‚Medica‘-Messe in Düsseldorf, die sich ebenfalls Innovationen in der Medizintechnik widmet, ist die ‚Arab Health‘-Messe die wichtigste in der Branche“, stellt der „Global Sales Manager“ der Firma Ceodeux, Philippe Lardenais, fest. Das Unternehmen, das er vertritt, arbeitet unter dem Namen Rotarex – die aus Luxemburg stammende Firma beschäftigt weltweit derzeit 1 500 Mitarbeiter, davon 600 im Großherzogtum, und ist in der Gasregelungsbranche aktiv. „Wir haben ein intelligentes Ventil für Sauerstoffflaschen entwickelt“, sagt Lardenais, „unser Produkt wird vorwiegend in Krankenhäusern eingesetzt und gibt über den jeweiligen, oftmals

lebenswichtigen Füllstand der Sauerstoffflaschen aktuell Auskunft.“

Auch Alexey Platonenko, Geschäftsführer der Firma Ai Mediq, ist bereits zum dritten Mal in Dubai wegen der Fachmesse für Gesundheit und Medizin. „Unsere Anwesenheit hilft es uns, unser Produkt international bekannt zu machen“, erklärt er. Seine Firma verkauft medizinische Geräte zur kardialen Rehabilitation. Ein Gerät, das im Übrigen auch im Centre hospitalier de Luxembourg (CHL) derzeit getestet wird. Luxemburgs Handelskammer organisiert diesen Gemeinschaftsstand auf der „Arab Health“-Messe bereits zum zweiten Mal; im vergangenen Jahr waren ebenfalls sechs Firmen aus dem Großherzogtum vertreten, wie Edith Stein erklärt. Und die Handelskammer plant auch im Jahr 2021 erneut einen solch geballten Auftritt: „Wir haben schon erste Anfragen“, freut sich die Beraterin.

● *Wir können und dürfen solche Veranstaltungen nicht verpassen.*

Philippe Lardenais, Ceodeux

Zahl des Tages

75

Laut Finanzminister Pierre Gramegna sind 75 Prozent der Fonds, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) vermarktet werden, in Luxemburg angesiedelt.

# Ein „sehr sauberes“ Land

**KAMPF GEGEN KORRUPTION** Luxemburg landet unter 180 Staaten auf Platz neun

Eric Hamus

Im neuesten Korruptionsindex von Transparency International landet Luxemburg wie im Vorjahr wieder auf dem neunten Platz. Damit gehört das Großherzogtum zu den weltweit „saubersten“ Staaten, was die öffentliche Wahrnehmung angeht. Auf EU-Ebene besteht aber noch Nachholbedarf.

Die Kriminologie definiert Korruption als „Missbrauch eines öffentlichen Amtes, einer Funktion in der Wirtschaft oder eines politischen Mandats zugunsten eines anderen, auf dessen Veranlassung oder in Eigeninitiative, zur Erlangung eines Vorteils für sich oder einen Dritten, mit Eintritt oder in Erwartung des Eintritts eines Schadens oder Nachteils für die Allgemeinheit oder für ein Unternehmen“. Eine Definition, die so undurchsichtig ist wie die Strukturen, in denen Korruption geschieht.

Transparency International versucht es mit einer einfacheren Definition: Korruption sei der Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. So heißt es zumindest im aktuellen Bericht des gemeinnützigen Vereins, der sich der weltweiten Bekämpfung der Korruption verschrieben hat. Anlass der Mitteilung ist die Veröffentlichung des jüngsten Korruptionsindex, der das wahrgenommene Korruptionsniveau im öffentlichen Sektor von 180 Staaten vergleicht. Laut diesem Index landet das Großherzogtum erneut auf einem hervorragenden neunten Platz.

Der Index geht von 0 bis 100 und stützt sich auf Umfragen und Untersuchungen, die von zwölf Institutionen durchgeführt wurden. Dazu wurden nicht nur Geschäftsleute und Länderanalysten befragt, sondern auch Umfragen mit Experten aus dem jeweiligen In- und Ausland einbezogen, wie etwa der Weltbank und des Weltwirtschaftsforums. Somit spiegelt

das Resultat vielmehr persönliche Wahrnehmungen wider als eine Tatsache. Objektive Indikatoren zur Messung von Korruption gibt es laut der Vereinigung nämlich nicht. Luxemburg kommt im aktuellen Index auf 80 Punkte. Zwar verliert das Großherzogtum gegenüber dem Vorjahr einen Punkt, bleibt dem neunten Platz aber erhalten. Gegenüber 2017 ist es sogar ein Verlust von zwei Punkten, nachdem das Land in den Jahren zuvor etwas zulegen konnte. 82 war bisher denn auch die höchste Punktzahl, die das Großherzogtum seit der Einführung der neuen Tabellenrechnung im Jahr 2011 erreichen konnte. Nichtsdestotrotz wird Luxemburg von Transparency International weiter als „very clean“ eingestuft.

Den neunten Platz muss sich das Großherzogtum dieses Jahr mit der Bundesrepublik Deutschland teilen, die gleich zwei Plätze gegenüber dem Vorjahr gutmachen konnte.

Überhaupt schneiden die Staaten der Europäischen Union mit einem Durchschnittswert von 66 Punkten recht gut ab im internationalen Vergleich. Der weltweite Schnitt liegt nämlich nur bei 43. Mit nur 32 Punkten ist die Region von Subsahara-Afrika Schlusslicht.

## Dänemark und Neuseeland Spitze

Den Spitzenplatz im Ländervergleich belegen Dänemark und Neuseeland mit jeweils 87 Punkten. Es folgen Finnland (86), Singapur (85), Schweden (85) und die Schweiz (85). Norwegen (84) und die Niederlande (82) runden zusammen mit Luxemburg und Deutschland die Riege der „sehr sauberen“ Staaten ab. Belgien landet mit 75 Punkten auf Rang 17, während sich Frankreich (69) den 23. Platz mit den Vereinigten Staaten teilen muss und nur knapp vor Chile und Bhutan liegt.

Am härtesten scheint die Korruption in Venezuela (16), Jemen (15), Syrien (13), Südsudan (12) und Somalia zu wüten. Der Staat am Horn von Afrika landet mit nur neun Punkten abgeschlagen auf dem letzten Platz. Von den europäischen Staaten hingegen liegen Rumänien und Ungarn mit jeweils 44 Punkten nur knapp über dem weltweiten Schnitt. Bulgarien schneidet von allen EU-Staaten mit 43 Punkten am schlechtesten ab und landet mit Jamaika und Tunesien auf Platz 74.

„Auch wenn Europa mit 66 von 100 Punkten den besten Durchschnitt aller Regionen aufzeigt, ist die EU nicht immun gegen Korruption“, heißt es im aktuellen Bericht. Lob gibt es aber für Griechenland und Italien. Beide Länder hätten mit konkreten Verbesserungen wie etwa der Gründung einer Anti-Korruptionsbehörde einen deutlichen Sprung nach oben machen können. Innerhalb der letzten sieben Jahre konnte Italien somit elf Punkte aufholen und landet dieses Jahr mit 53 Punkten auf Platz 51. Griechenland (48) konnte in der gleichen Zeit sogar zwölf Punkte gutmachen.

„Dafür aber haben die ehemaligen kommunistischen Staaten in der EU Probleme, die Korruption im Land wirksam zu bekämpfen“, schlussfolgert Transparency International. Polen (58), Ungarn und Rumänien wurden etwa Bestrebungen zum Verhängnis, die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben. „Damit sind diese Staaten kaum in der Lage, Korruption auf höchster Ebene zu bekämpfen“, so das Fazit der Vereinigung. In Tschechien sei hingegen Premierminister Andrej Babis negativ aufgefallen, als er öffentliche EU-Gelder in Unternehmen lenkte, die sich in seinem Besitz befanden.

Transparency International betont aber auch, dass eine hohe Punktzahl nicht vor Korruption schützt. Luxemburg wird in dieser Hinsicht zwar nicht namentlich genannt, jedoch werden die

Schweiz, Island und Dänemark als Beispiele angeführt. Diese Staaten zeigten, dass zwar die öffentliche Hand größtenteils sauber, die Wirtschaft aber nicht frei von Korruption und Geldwäsche sei. „Integrität zu Hause ist nicht immer gleich Integrität im Ausland“, schlussfolgert die Vereinigung in ihrem Bericht. Jüngste Vorfälle hätten gezeigt, dass Unternehmen aus den vermeintlich sauberen Staaten im nördlichen Teil Europas im Ausland aber gerne mit schmutzigen Tricks arbeiten.

# Vom Angestellten zum Unternehmer

Wie René Elvinger aus ELTH in Steinsel das Familienunternehmen Cebi formte

Von Marco Meng

**Steinsel.** In einem Alter, in dem andere in Rente gehen; kaufte René Elvinger 2011 die Elektronikfirma Elth. Zu dieser Zeit hatte er schon mehr als 30 Jahre in dem Unternehmen gearbeitet, deren Generaldirektor er seit 1985 war. Elvinger war damals 60 Jahre alt, als er damit beauftragt wurde, das Werk in Luxemburg zu verkaufen – mit allen Gefahren, die das für die Mitarbeiter bedeutet hätte. Warum nicht selbst übernehmen, sagte sich Elvinger. Um die Gruppe zusammenzuhalten und nach kurzer Überlegung – und einiger Überzeugungsarbeit bei Banken – kaufte Elvinger die ganze Unternehmensgruppe selbst. „Es war

## HIDDEN CHAMPIONS

damals keine leichtfertige Entscheidung“, sagt der Unternehmer, „aber heute kann ich sagen, es war eine gute und richtige Entscheidung.“

Obwohl jeder irgendwie ein Cebi-Produkt besitzt, sei es im Auto oder eingebaut in einem Haushaltsgerät, ist das Unternehmen nur den wenigsten ein Begriff. Wer ein europäisches Auto fährt und sein Auto verschließt, der schließt mit ziemlicher Sicherheit auch ein Tankklappenschloss und Heckklappenschloss, das von Cebi hergestellt wurde. Bei Waschsyste-men, Temperatursensoren oder Schließsystemen für Tank- und Heckklappen ist Cebi europäischer Marktführer und gehört auch weltweit zu den größten Anbietern.

Plötzlich nicht nur Chef, sondern auch Eigentümer

Vom Angestellten zum Chef und Eigentümer war es ein gewaltiger Sprung. Elvinger konnte dabei von seiner Erfahrung zehren, schließlich hatte er bis dahin schon einige Werke der Elth-Gruppe aufgebaut.

„Dann aber das alles zu übernehmen, das war schon anders“, gibt Elvinger zu. Doch der Übergang sei fast lautlos vonstatten gegangen, so Elvinger, sodass man im Werk Luxemburg eigentlich wenig spürte, dass ein Eigentümerwechsel stattfand.

Was mit einer kleinen Fabrik in Steinsel 1976 für elektromechanische Komponenten begann, ist inzwischen eine Weltfirma mit Werken in Luxemburg, Brasilien, Italien, Schweiz, Polen, Spanien, Mexiko und bis nach China und insgesamt 3 500 Mitarbeitern, davon etwas mehr als 600 in Luxemburg. Als neuer Eigentümer taufte Elvinger das Unternehmen in Cebi um. Das Unternehmen beliefert die gesamte europäische Automobil- und Haushaltsgeräteindustrie mit elektromechanischen Komponenten: Abnehmer sind Volkswagen, der größte Kunde, bis zu Herstellern von Kühlschränken, Öfen oder Waschmaschinen. Wichtigster Kunde bleibt aber die Autoindustrie: mit ihr macht Cebi 87 Prozent seines Umsatzes von zuletzt 471 Millionen Euro (2018). Auf Haushaltsgeräte entfallen neun Prozent, auf Ventilation drei Prozent des Umsatzes. Bislang macht Elektromobilität ein Prozent der Geschäftstätigkeit aus.

Allein das Werk in Steinsel stellt jeden Tag 300 000 Fertigprodukte her. Unter anderem produziert die Cebi-Gruppe Öldruckschalter, Thermostatventile, Umlaufpumpen, Vakuumpumpen, Lüftermotoren für Öfen und Kühlschränke, Temperatursensoren für Wasser, Diesel oder Öl, Expansionsbehälter für Kühlwasser und Behälter für Bremsflüssigkeiten.

Elvingers Kinder Paul und Lynn sind inzwischen in das Unternehmen eingestiegen. Erst Paul, der Wirtschaft studierte, dann 2012 Lynn, die Jura studiert hat und gerade erste Erfahrungen als Rechtsanwältin sammelte. „Es war ja bei uns nicht so wie bei einem Familienunternehmen, wo es den Kindern schon früh klar ist, dass sie vielleicht in die Fußstapfen der Eltern treten.“ Als Kind, gibt Lynn zu,

hatte sie nie den Berufswunsch, Unternehmerin zu werden. „2011 kam das dann natürlich etwas plötzlich für uns, aber wir wurden nicht gezwungen, ins Unternehmen zu kommen, wir waren frei in unserer Entscheidung.“ Elvinger tritt zwar allmählich kürzer; ein konkretes Datum für seinen Rückzug verrät er allerdings nicht.

Millioneninvestition in den Standort Steinsel

Beim Gang durch die Werkshallen fällt gleich auf: Man sieht deutlich mehr Frauen als Männer an den Maschinen. Und der Schein trügt nicht: Insgesamt arbeiten in Luxemburg rund 100 Frauen mehr als Männer, wobei die meisten Mitarbeiter, mehr als 300, aus Luxemburg selbst kommen. In Steinsel hat Cebi jetzt zwölf Millionen Euro investiert, unter anderem in ein neues Forschungs- und Entwicklungszentrum mit einer Fläche von 2 400 Quadratmetern.

Auch in China, wo Cebi immerhin neun Prozent seines Umsatzes macht, entsteht gerade ein neues Gebäude. Die beiden größten Märkte für Cebi sind Deutschland und Frankreich. 15 Prozent des Umsatzes erwirtschaftet das Unternehmen außerhalb Europas und Chinas. Da Cebi auch Teile herstellt, die für Dieselmotoren gebraucht werden, spürt das Unternehmen die derzeitige Unsicherheit auf dem Automarkt. „Es herrscht eine große Ungewissheit“, sagt Elvinger. „Das hat nicht nur mit der Elektromobilität zu tun, sondern insgesamt mit der Frage, welche Antriebe künftig gebraucht werden.“ So baue Toyota beispielsweise zwar Hybridautos, aber keine reinen Elektroautos, und forsche am Wasserstoffantrieb. Die große Frage sei deswegen, welcher Antrieb in zehn Jahren Vorrang habe.

Für die Cebi-Gruppe bedeutet dabei E-Mobilität nicht unbedingt weniger Geschäft: Zwei Teile, die direkt im Verbrennungsmotor verwendet werden, zum Beispiel Temperaturschalter, könnten wegfallen und ersetzt werden von zehn Temperaturgebern für die Kühlung von Batterien. Und die Elektromotoren für Fensterheber, die Cebi herstellt, werden auch im E-Auto gebraucht. Bei Pumpen für Scheibenwischenanlagen ist Cebi ebenfalls führend. Auch dieses Geschäft könnte wachsen: Denn kommt das selbstfahrende Fahrzeug, müssen die ganzen Kameras, die ein solches Auto hat, ge-

reinigt werden. Das Kompetenzzentrum für Waschsysteme hat Cebi in Luxemburg. Auch die Klimaanlage wird bleiben.

„80 Prozent unserer Produktion findet in Westeuropa statt“, sagt Elvinger. Liegt denn nicht die Verlockung nah, in günstige Länder wie Vietnam oder Indien die Produktion zu verlagern? „Wir sind hier nahe am Kunden“, sagt Elvinger, gibt aber gleichzeitig auch zu bedenken: „Polen liegt aber näher an vielen Autoproduktionsstätten als Luxemburg.“ Elvinger weiter: „Wenn wir nichts mehr fertigen in Europa, wenn keine Autos mehr in Europa gebaut werden, wird das Ganze schwierig.“ Die Initiative der EU-Kommission für einen europäischen Mindestlohn begrüßt Elvinger, der 2013 vom Luxemburger Industrieverband Fedil zum „Unternehmer des Jahres“ gekürt worden war.

Einige der Anlagen in den Cebi-Werkshallen in Steinsel laufen im

*Die Gruppe zu kaufen, war eine richtige Entscheidung.*

Drei-Schicht-System. Die Leuchtschrift über der Produktionslinien verrät, für wen gerade etwas hergestellt wird: Hier Ford, dort Daimler, und an der nächsten Linie für Chrysler. Neben elf Fabriken verfügt Cebi auch über ein Werk, wo das Unternehmen seine eigenen Spezialwerkzeuge und Fertigungslinien entwickelt und herstellt. So bleibt wichtiges Know-how im Haus.

„Man braucht eine bestimmte Menge, die man herstellt, um automatisieren zu können“, erklärt Elvinger. Und da die Sensoren, die in Steinsel produziert werden, leicht sind, kann man sie von hier aus auch einfach in alle Welt verschicken. Bei größeren Produkten wie Wasserbehälter muss man hingegen nah am Abnehmer sein. Sie werden darum nur noch zum Teil in Luxemburg hergestellt, aber auch in Polen, Spanien und Italien, Brasilien, China und

Mexiko. „Es gibt auch Teile, für die wir die Produktion nicht automatisieren können.“ Das liegt auch an den Fahrzeugherstellern, die für bestimmte Stecksysteme keinen gemeinsamen Standard haben.

*Forschung und Entwicklung an sieben Standorten*

Neuerungen in Autoindustrie wie auch in der Haushaltsgeräteindustrie bedeuten für Cebi, neue Teile und modifizierte Teile, während andere wegfallen. „Alles ist in Bewegung, und das ist auch gut so“, sagt Elvinger. Waren in Waschmaschinen früher sechs Bimetallschalter eingebaut, läuft heute alles über einen Elektroniksensor. Das Teil, das übrigens von Cebi am häufigsten produziert wird - 14 Millionen Exemplare pro Jahr -, ist ein Temperatursensor für die Fahrzeugindustrie.

## Auf einen Blick

Aus der 1976 von ausländischen Investoren in Steinsel gegründeten Aktiengesellschaft Elth (das Kürzel stand für Electro-Thermostat) machte René Elvinger 2011 Cebi - ein Fantasienamen, der sich leicht merken lässt. 2013 wurde Elvinger vom Unternehmerversband Fedil als „Unternehmer des Jahres“ ausgezeichnet. Cebi ist unter anderem europäischer Marktführer für Thermostate, die in

Autos, Klimaanlagen, Waschmaschinen und Geschirrspülern eingebaut sind. Thermostate, Pumpen und Heizungen gehören unter anderem zur Produktpalette des Konzerns, der 3 500 Mitarbeiter weltweit hat (600 in Luxemburg) und elf Produktionsstandorte. Neben sieben Forschungs- und Entwicklungszentren besteht auch ein Entwicklungszentrum für die eigenen Fertigungslinien. 2018 erwirtschaftete Cebi einen Umsatz von 471 Millionen Euro.

# Villeroy & Boch verkauft Grundstück

**LUXEMBURG** Urbanes Viertel soll zwischen Rollingergrund und Mühlenbach entstehen

Pascal Gillen

Der Keramikhersteller Villeroy & Boch hat einen weiteren Teil seines Geländes in Luxemburg verkauft. Auf dem ehemaligen Fabrikgelände soll ein neues Stadtviertel entstehen.

Villeroy & Boch verkauft einen weiteren Teil seines Geländes in Luxemburg. Der Keramikhersteller hat sich mit dem Immobilienentwickler ICN über den Verkauf einer Immobilie im Rollingergrund geeinigt. Das meldete die im Saarland ansässige Firma gestern.

Schloss Septfontaines  
wird nicht verkauft

In Partnerschaft mit Tralux Immo-

bililer und Besix Red, einer in Belgien und Luxemburg aktiven Baufirma, erwirbt ICN Development das rund 36.000 Quadratmeter große, ehemalige Werksgelände Usine 1 sowie den nördlichen Teil des historischen Carrés. Dieser Teil des Geländes grenzt direkt an das Schloss Septfontaines.

„Wir freuen uns, mit ICN Development und deren Partnern einen Erwerber gefunden zu haben, der das ehemalige Industriegelände zu einem attraktiven, lebendigen Viertel mit Schwerpunkt Wohnen entwickelt, wie wir es gemeinsam mit der Stadt Luxemburg geplant und vorbereitet haben“, erklärt Dr. Markus Warncke, CFO des deutschen Unternehmens. Auf dem Gelände der ehemaligen Usine 1 soll nun ein kleines urbanes Stadtviertel er-

richtet werden: Shops, Gastronomie und Büroflächen sollen mit attraktiven Wohnflächen kombiniert werden.

Das Schloss Septfontaines und der südliche Teil des historischen Carrés werden nicht verkauft und bleiben langfristig Eigentum der Traditionsfirma. „Wir werden das Schlossgelände sowie den südlichen Flügel des Carrés langfristig erhalten und in die Entwicklung der Immobilie investieren – denn das Schlossgelände bleibt auch weiterhin ein wichtiger Teil der Unternehmenskultur von Villeroy & Boch“, sagt Warncke.

Das Gelände der Usine 2 wurde bereits 2016 an die Stadt Luxemburg verkauft. Das Produktionsgelände wurde seitdem zurückgebaut und saniert.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# FINANZEN

## AcatuS erhält Luxemburger Verbriefungslizenz

### Fintech damit startklar für EU-weiten Betrieb

Börsen-Zeitung, 15.1.2020  
bg Frankfurt – Das Berliner Fintech AcatuS hat mitgeteilt, dass man jüngst eine Verbriefungslizenz von der Luxemburger Finanzaufsicht CSSF erhalten hat. Lizenznehmer ist die luxemburgische Verbriefungsgesellschaft AcatuS Securities SA, die Teil der Plattform ist. Nun will man den Aufbau einer paneuropäischen digitalen Plattform für Einzelverbriefungen weiter vorantreiben.

Gegenüber den etwa 1 400 nicht

voll regulierten Verbriefungsgesellschaften allein in Luxemburg hat das Fintech nun einen strategischen Vorteil, kann man doch die über die Plattform emittierten Wertpapiere „fortlaufend an alle Arten von Anlegern in der gesamten EU grenzüberschreitend anbieten“, heißt es. Notifiziert wurde der Wertpapierbasisprospekt bereits nach Deutschland, Frankreich, Österreich und Großbritannien – die ersten Zielländer für den Vertrieb der Dienstleistung von-

Verbriefungen auf Einzelbasis in Echtzeit. Man habe „die erste paneuropäische digitale Debt-Capital-Markets-Plattform gebaut, die es Banken und anderen Originatoren ermöglicht, Kredite und sonstige Assets in Echtzeit digital auszu-platzieren und zugleich Investoren als Fixed Income Bond anzubieten“.

AcatuS kann nun als eine von 33 voll regulierten Verbriefungsgesellschaften 28 nationale Kapitalmärkte über ihre Plattform für Verbriefungen verbinden. Als Partner für die Wertpapierabwicklung an Bord ist Société Générale Securities Services. Auf juristischer Seite leisteten Linklaters und GSK Beistand.

# SaarLB strebt nach Luxemburg

Saarländische Sparkassen-Mutter möchte Kunden aus dem Großherzogtum gewinnen

Von Hans Giessen

**Trier/Saarbrücken.** Die Landesbank des Saarlandes (SaarLB) definiert sich als Mittelstandsbank, die grenzüberschreitend aktiv ist. Aus diesem Grund sollen in Zukunft verstärkt Firmenkunden aus Luxemburg angesprochen werden. In einem ersten Schritt sind die Saarländer noch vorsichtig und eröffnen eine Dependence in Trier, von wo aus man, wenn die Luxemburg-Pläne scheitern sollten, immer noch eine gleichzeitig angeordnete Expansion in Richtung Moselraum, Hunsrück und Eifel weiterführen kann.

Expansion bedeutet, die kleinste deutsche Landesbank möchte wachsen: Gerade einmal 3 000 Privatkunden haben neusten Daten zufolge ihr Geld bei der SaarLB angelegt, davon sind etwa ein Drittel Mitarbeiter und Ehemalige der Bank – allerdings gibt es auch besonders wohlhabende Kunden, die sich die SaarLB bewusst aussucht haben, weil diese Adresse exquisiter erscheint als die lokale Sparkasse.

*Suche nach kreativen Nischen*

Um zu überleben, muss die Bank aber verstärkt kreative Nischen suchen – und so effizient wie möglich agieren. Ein Schritt in diese Richtung: Im Frühjahr 2019 hat die Bank angekündigt, das Privatkundengeschäft weitgehend aufgeben zu wollen. Alle Privatkunden – außer einigen sehr wohlhabenden

Spezialkunden – werden an die lokale Sparkasse übergeleitet, die dafür umgekehrt auch eine angemessene Vergütung an die SaarLB gezahlt hat. Das geht im Einzelfall nicht ohne böses Blut, zumal Landesbank-Kunden das Besondere suchen und in der Regel sehr selbstbewusst sind – sie wollen nicht, dass man mit ihnen umspringt, als seien sie Verhandlungsmasse. Dennoch schien der SaarLB dieser Schritt notwendig zu sein.

Dem der Entschluss, unabhängig zu bleiben, erforderte einen Strategiewechsel. Wo sich die großen Landesbanken als „global player“ etablieren wollten, entschied sich die SaarLB gezielt, in die Region zu gehen. Weil der Osten Frankreichs von Paris aus zu abseitig und wohl auch zu krisenbelastet erschien, nutze die SaarLB Nischen, die sich dort aufboten. Heute ist sie mit dem Lothringengeschäft, wo gezielt Firmenkunden angesprochen werden, offenbar recht erfolgreich. Deutlich mehr als ein Drittel des Umsatzes wird im grenzüberschreitenden Geschäft erwirtschaftet.

Die Ausweitung auf andere Gebiete der Großregion scheint daher folgerichtig. Dies sind das benachbarte deutsche Bundesland Rheinland-Pfalz sowie Luxemburg. Dass nun eine Filiale in Trier eröffnet wird, zielt auf beide Märkte. Thomas Bretzger, Vorstandsvorsitzender der SaarLB,

betont, dass die Bank „grenzüberschreitend neben Frankreich jetzt auch Richtung Luxemburg unterwegs“ sei. Das Großherzogtum wohlgerne nicht als Standort, um etwa Fonds aus dem Saarland zu verwalten, sondern als Markt. Explizit will man luxemburgische Firmen ansprechen, die Kredite benötigen. Und natürlich auch deutsche Firmen, die nach Frankreich und Luxemburg streben. So steht nach wie vor die Frankreich-Kompetenz im Vordergrund, und die Trierer Dependence richtet sich auch stark an diese Klientel. Neben Trier werden übrigens auch neue Filialen in Koblenz und Mannheim eröffnet. Auf der anderen Seite will die SaarLB nach dem Grand Est nun auch die Region Dijon ins Visier nehmen.

Fraglich ist, ob die spezifischen Chancen, die Lothringen geboten hat (und immer noch bietet), auch auf Luxemburg zutreffen. Zumindest dürfte der Luxemburger Markt für die Saarländer ungleich schwieriger werden.

Die SaarLB hatte 2018 eine Bilanzsumme von 15,3 Milliarden Euro; das Vorsteuerergebnis lag bei 42,4 Millionen Euro. Derzeit hat die Bank rund 520 Mitarbeiter – davon auch Saarländer, die zuvor bei luxemburgischen Banken gearbeitet haben und nun die langen Anfahrtswege und morgendlichen Staus vermeiden können.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# TRANSPORT UND LOGISTIK

# Rekordjahr auf dem Automarkt

## In Luxemburg wurden noch nie so viele Fahrzeuge zugelassen wie 2019

Von Jörg Tschürtz

Die heimische Autobranche blickt auf ein Rekordjahr zurück: Mehr als 55 000 Autos wurden 2019 neu zugelassen, so viele wie noch nie zuvor. Das geht aus aktuellen Zahlen des Stater hervor. Bereits Anfang Dezember hatte sich abgezeichnet, dass 2019 in die Geschichtsbücher eingehen könnte. 2018 lag die Zahl der Neuanmeldungen noch bei 52 800. Die beliebtesten Hersteller bei Luxemburger Autokäufern waren auch 2019 die deutschen Marken Volkswagen (6 643 Fahrzeuge), Mercedes (5 058) und BMW (4 856).

Sondereffekte durch EU-Vorgaben

Auch Fahrzeuge mit alternativen Antrieben finden mehr und mehr Abnehmer. So wurden vergangenes Jahr 461 Elektroautos der Marke Tesla in Luxemburg angemeldet, fünfmal mehr als noch 2018. Laut einem Bericht der Europäischen Umweltagentur, der im April 2019 veröffentlicht wurde, schaffen sich die Konsumenten in Luxemburg häufig schwere und PS-starke Autos an. Große Autos mit starken Motoren und hohem Spritverbrauch wie SUVs oder Geländewagen führen jedoch zu einem höheren Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids. Für Philippe Mersch, den Chef des Autohändlerverbands Fedamo hat

das positive Jahresergebnis mehrere Gründe: „Natürlich treiben das anhaltende Bevölkerungswachstum und die gute wirtschaftliche Entwicklung die Nachfrage nach Autos an“, so Mersch.

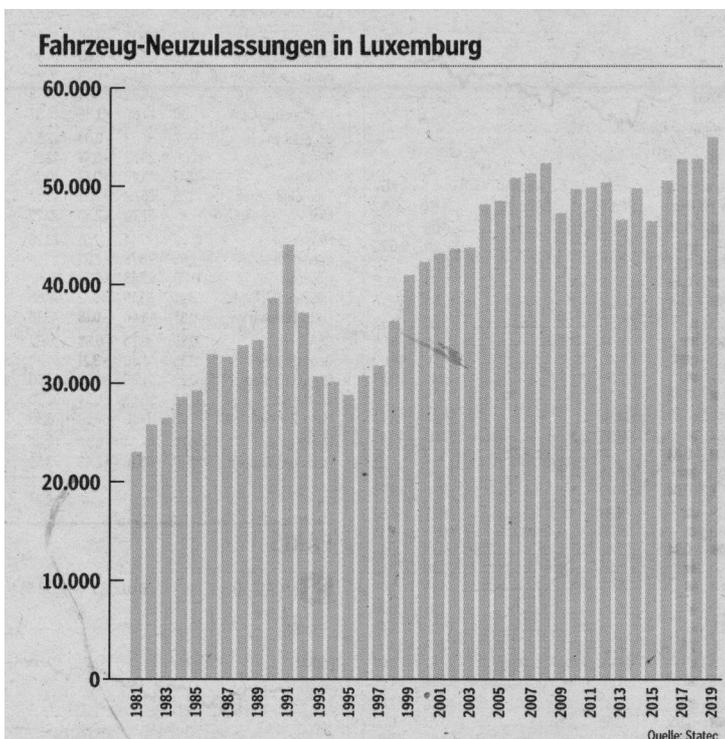
Daneben sieht er auch einen Sondereffekt durch die EU-weite Regelung, die vorsieht, dass die durchschnittlichen Emissionen der neu zugelassenen Fahrzeuge eines Herstellers den gesetzlich fixierten Grenzwert von 95 Gramm CO<sub>2</sub> pro gefahrenen Kilometer ab 2021 nicht überschreiten dürfen. Da nur Fahrzeuge, die nach dem 1. Januar 2020 zugelassen wurden, in diese Berechnung einfließen, war die Motivation der Hersteller groß,

möglichst viele Autos vor dem Stichtag zu verkaufen, zum Beispiel durch die Gewährung von Rabatten.

Entsprechend erfolgreich verlief der Dezember. Mersch ist vorsichtig optimistisch für das kommende Jahr. „Aber ob die Entwicklung anhält, kann man noch nicht sicher sagen. Wenn Firmenwagen, die 2020 angemeldet werden, tatsächlich bald durch eine Gesetzesänderung in eine höhere Steuerklasse fallen werden, kann sich das negativ auf die Verkaufszahlen auswirken“, sagt er.

*Gesetzesänderung könnte sich für Händler negativ auswirken.*

Philippe Mersch

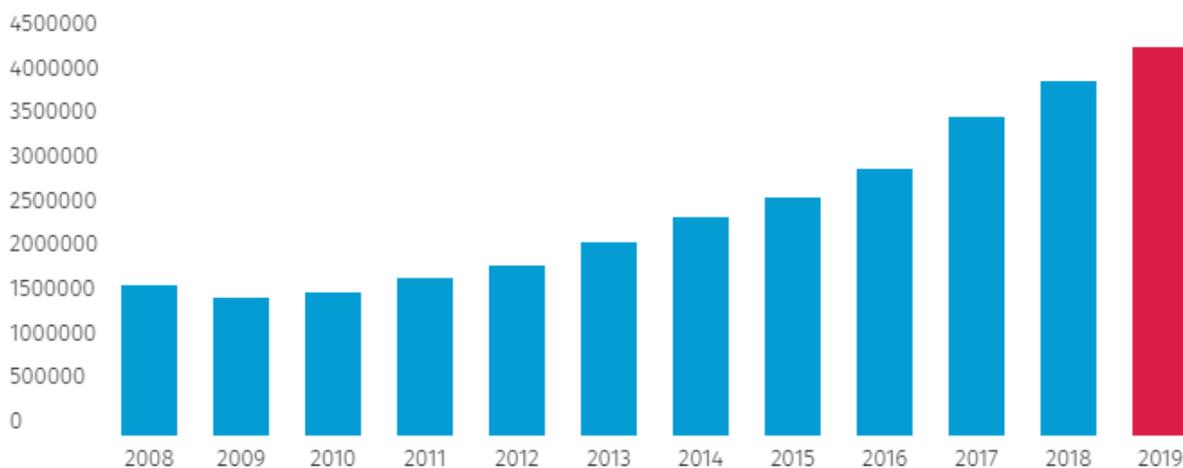


## Flughafen Luxemburg verzeichnet erneut Passagier-Rekord

**Der Flughafen Luxemburg hat 2019 abermals einen neuen Rekord aufgestellt. Mehr als 4,4 Millionen Passagiere wurden verzeichnet.**

(jt) - Der Flughafen Luxemburg hat 2019 abermals einen Passagierzuwachs verzeichnet. Im Vorjahr kamen 4,4 Millionen Passagiere am Findel an oder flogen von dort weg. **Das ist ein Plus von neun Prozent gegenüber 2018.** Rekordmonat war der Juli mit insgesamt 430.000 Fluggästen.

### Passagieraufkommen am Flughafen Luxemburg



Quelle: Lux-Airport



Die Verantwortlichen von Lux-Airport führen den neuerlichen Zuwachs bei der Passagierzahl auf neue Flugverbindungen unter anderem nach Marseille, Stockholm oder Edinburgh zurück. 2020 kommen weitere neue Routen hinzu. Unter anderem will Luxair dieses Jahr Brindisi, Florenz, Montpellier und Nantes in seinen Flugplan aufnehmen. **Dadurch dürfte das Passagieraufkommen abermals steigen.**

Insgesamt werden am Flughafen Findel mittlerweile 89 Destinationen angeboten. **In den kommenden Jahren soll zudem eine neue "Airport City" sowie eine Tram-Haltestelle im Umkreis des Flugfelds entstehen.**

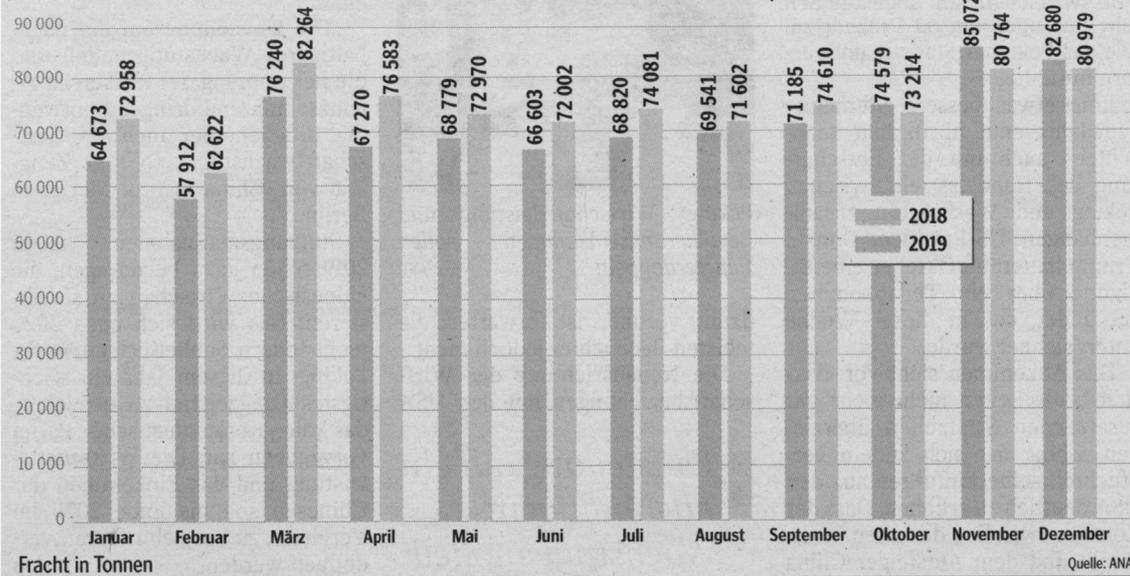
## Grafik der Woche Trendwende

**Luxemburg.** Während das Passagieraufkommen am Luxemburger Flughafen im letzten Jahr in jedem Monat deutlich über den Zahlen von 2018 lag, schwächelte der Frachtverkehr. Das zeigen die gestern veröffentlichten Zahlen der Administration de la navigation aérienne (ANA). Wurden 2018 noch 895 000 Tonnen Fracht

nach Luxemburg eingeflogen oder von hier abgeflogen, so waren es 2019 laut ANA-Angaben nur 853 000 Tonnen, ein Rückgang um 4,7 Prozent. Zu erkennen ist die Trendwende zu Ende des Jahres 2019: Ab da überstiegen die Frachtzahlen die des Vorjahres. Passagiere zählte der Flughafen am Findel derweil letztes Jahr 4,4 Millionen gegenüber 4,04 Millionen im Vorjahr. *MeM*

### Umschwung im Oktober

2019 wurde am Luxemburger Flughafen Monat für Monat weniger Fracht umgeschlagen als 2018 - bis es sich ab Oktober umkehrte.



## Passagier-Rekord am Flughafen

2020 kommen weitere neue Routen hinzu

Der Flughafen Luxemburg hat 2019 abermals einen Passagierzuwachs verzeichnet.

Im Vorjahr kamen 4,4 Millionen Passagiere am Findel an oder flogen von dort weg. Das ist ein Plus von neun Prozent gegenüber 2018. Rekordmonat war der Juli mit insgesamt 430 000 Fluggästen. Die

Verantwortlichen von Lux-Airport führen den Zuwachs auf neue Flugverbindungen unter anderem nach Marseille, Stockholm oder Edinburgh zurück. 2020 kommen weitere neue Routen hinzu. Unter anderem will Luxair dieses Jahr Brindisi, Florenz, Montpellier und Nantes in ihren Flugplan aufneh-

men.

Insgesamt werden am Flughafen Findel mittlerweile 89 Destinationen angeboten. In den kommenden Jahren soll zudem eine neue „Airport City“ sowie eine Tram-Haltestelle im Umkreis des Flugfelds entstehen. jt

# Neu aufgestellt

## Luxport weitet Aktivitäten weit über Hafen hinaus aus

MERTERT  
CORDELIA CHATON

**L**ange war es still um Luxemburgs einzigen Binnenhafen in Mertert, Luxport. Seit Januar führt Jürgen Helten dort die Geschäfte. Der 57-jährige Logistikprofi hat eine Menge vor, darunter spannende Projekte aber auch eine Ausweitung der Nischen. Denn zur Luxport-Gruppe mit seinen insgesamt rund 300 Mitarbeitern gehören keineswegs nur Schiffe oder Hafenanlagen. Die rund 80 Millionen Euro Umsatz jährlich werden mit unterschiedlichen Geschäftsbereichen erwirtschaftet, die über die Jahre gewachsen sind.

**Herr Helten, was wollen Sie bei Luxport bewegen?**

**JÜRGEN HELTEN** Zunächst muss man sehen, wo wir herkommen. Luxport ist eine Gruppe, die sich über die Jahre gebildet hat, um wirtschaftliche Schwächen des einen oder anderen Sektors abzufangen. Alle sind miteinander verzahnt. Die Luxport-Gruppe vereint die Unternehmen Lorang, einem Fuhrunternehmen mit rund 120 eigenen Zugmaschinen, TheSiLux, die Strahl- und Beschichtungsarbeiten hier vor Ort und eventuell extern durchführen, MMS, den Multi Modal Shuttle, der Containerverkehr per Schiff und/oder Zug anbietet und Metz mit Antwerpen oder Dünkirchen verbindet, sowie TCT, dem Container- und Schwerlastterminal in Mertert. Ein Beispiel: Wenn wir Spundbohlen oder Stahlträger erhalten, können wir sie vor Ort schweißen und lackieren und dann selbst in ein Binnenschiff laden und europaweit verschiffen. Wir haben hier einiges vor. In diesem Jahr soll

vor allem der Containerbereich ausgebaut werden. Wir können nicht nur Binnenschifffahrt anbieten, sondern durch Lorang auch das Verladen mit LKW. Wir halten eine spezialisierte Aufliegerflotte vor. Das ist eng miteinander verbunden.

**Wer sind Ihre Kunden?**

**HELTEN** Rund die Hälfte des Geschäfts machen wir mit der Stahlindustrie. Neben ArcelorMittal gehören auch deutsche Produzenten und Händler dazu, die unser 150.000 m<sup>2</sup> großes Freilager nutzen wollen. In unserer Logistikhalle können wir auch Lebensmittel mit besonderen Ansprüchen - beispielsweise an die Temperatur oder Sicherheit - lagern. Darüber hinaus suchen wir derzeit noch nach anderen Produkten, die wir hier umschlagen und lagern sowie verarbeiten können. Neben Massengütern wie Schrott, Dünger, Salzen oder Sand sind wir auf Metallprodukte wie Lang- oder Flachstahl spezialisiert. Im Hafen können wir mit einem unserer zwölf Kräne eine große Schiffsladung von beispielsweise 2.500 Tonnen Schrott innerhalb von 48 Stunden entladen. Der wird dann per Waggon oder Lkw in die Stahlwerke gebracht. Aber wir können auch Schwerlastgüter wie beispielsweise Betonelemente von Windkraftanlagen oder Kollis mit einem Gewicht von bis zu 130 Tonnen umschlagen. Wichtig ist uns, dass die Umschlag- und Lagergüter zueinander passen und wir keine Beschädigungen oder Kontaminierungen haben. Wir wollen uns diversifizieren und sehen uns als europaweiten Dienstleister. Daher ist es durchaus vorstellbar, dass wir unseren Logistikservice auch in Polen, Holland oder in Südeuropa anbieten. In Trier haben wir übrigens auch 35 Lkw von Lorang stehen. Dort fahren oder lagern wir vor allem Konsumgüter. In Zukunft wollen wir auch verstärkt Baustellenverkehre anbieten. Erste Spezialauflieger befinden sich be-

reits im Einsatz.

**Vom Hafen aus?**

**HELTEN** Nein, dies sind Straßentransporte. Momentan verfügen wir über eine ausreichende Anzahl von Fahrern und Disponenten sowie speziellen Fahrzeugen. Die sind gut ausgelastet und in diesem Bereich werden wir weiter investieren, beispielsweise wollen wir noch zusätzliche Auflieger anschaffen und verfügen über eine eigene Werkstatt. Darüber hinaus denken wir an die Zukunft des Transports.

**Wie muss man sich das vorstellen? Doch wohl kaum elektrisch...**

**HELTEN** Nein, wir prüfen, ob wir wasserstoffbetriebene Zugmaschinen anschaffen können. Da gibt es mittlerweile interessante Modelle. Und in Luxemburg wird auch eine Wasserstofftankstelle eingerichtet. Generell wollen wir alte Zugmaschinen ersetzen und neue anschaffen. Ferner wird uns die angespannte Fahrersituation noch weiter beschäftigen.

**In Luxemburg wurde der CFL Multimodal in Bettemburg immer wieder herausgestellt. Ist das eine Konkurrenz**

**oder ein Partner?**

**HELTEN** Wir führen Gespräche mit CFL Cargo und anderen, denn hier bietet sich eine Zusammenarbeit an. Möglich wäre beispielsweise, dass wir gemeinsam kombinierte Schiff/Bahnmodelle entwickeln, wobei wir uns Richtung Norden und Osten konzentrieren und Bettemburg auf den Süden und Westen. Natürlich spielt der Preis auch eine Rolle und die Möglichkeiten. Die Wasserführung des Rheins kann bei Niedrigwasser Grenzen setzen. In jedem Fall kommt die Hafenverbindung Metz - Mertert - Antwerpen gut an. Wir befördern in den Containern so ziemlich alles, aber auch hier vor allem Konsumgüter. ●

## Neue Zugverbindung nach Kiel

**Düdelingen.** CFL multimodal hat gestern den Start einer neuen Zugverbindung zwischen dem Intermodalen Terminal Bettemburg-Düdelingen und dem Terminal Schwedenkai im Port of Kiel angekündigt. „LKW WALTER, Stena

Line, Port of Kiel und CFL multimodal schlossen mit Erfolg eine Vereinbarung zur Erweiterung des bestehenden Leistungsangebots ab“, heißt es in der Pressemitteilung. Die neue intermodale Verbindung wird drei Mal wöchentlich die Hin- und Rückfahrt von kranbaren Sattelauflegern und Containern zurücklegen. Die Ge-

schäftspartner sind überzeugt, dass dieser reguläre, intermodale Service, mit Verbindungen in der Region Luxemburg sowie bestehenden Zügen (Lyon, Le Boulou und Barcelona) zum Port of Kiel und seinen Fähren nach Göteborg, „die globale Entwicklung europäischer, intermodaler Lösungen verstärken wird“.

C.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

## Darauf haben die Studenten nur gewartet

• VON JOCHEN ZENTHÖFER



Ein Lesevergnügen Foto © Bibliothèque du Luxembourg

**Nun hat auch Luxemburg einen beeindruckenden Neubau für seine Nationalbibliothek. Der Service und die Wertschätzung gegenüber dem Gedruckten ist beeindruckend. Hochschulen sollten sich diese Institution genau anschauen.**

Trotz der fortschreitenden digitalen Verfügbarkeit von Texten werden weiterhin neue Gebäude für Nationalbibliotheken gebaut. So eröffnete Ende 2018 in Helsinki die Zentralbibliothek „Oodi“ (deutsch: Ode), deren offene Architektur eine lichtdurchflutete Landschaft fürs Lesen, Lernen und Miteinanderkommunizieren bietet. Kurz zuvor war die neue Athener Bibliothek eingeweiht worden, in Jerusalem wird eine neue Bibliothek gerade gebaut, ebenso in Oslo, beide entstehen im Zentrum der Städte. Alle Neubauten haben das erklärte Ziel, Menschen anzuziehen und einzuladen – nicht nur zum Bücherentleihen, sondern ebenso zum Verweilen.

Auch in Luxemburg wurde jetzt ein neues Gebäude für die „Bibliothèque nationale“ geschaffen, es befindet sich auf dem Kirchberg und entwickelt sich zu einem kulturellen Leuchtturm zwischen Banken, Investmentgesellschaften und EU-Institutionen. In der Nähe der Bibliothek befinden sich auch Teile der Universität Luxemburg, deren Hauptcampus in Esch-Belval städteplanerisch missglückt ist, sowie das Max-Planck-Institut für internationales, europäisches und regulatorisches Verfahrensrecht. Wer das Gebäude betritt, sieht auf den verschiedenen Etagen und in den elf reservierbaren schalldichten Kommunikationsräumen viele **Studenten**. Sie belegen auch die Audiokabinen, in der sie Lernhilfen abhören. Von der obersten Ebene haben sie einen spektakulären Blick auf die Umgebung, unter anderem auf das vom deutschen Architekten Gottfried Böhm entworfene Bürogebäude der Deutschen Bank – vielleicht ihr künftiger Arbeitgeber.

### Die Besucher werden geradezu aufgesaugt

Neben luxemburgischen Unternehmen waren vor allem deutsche Architekten und Ingenieurbüros für den Bau des neuen Gebäudes verantwortlich, das städtebaulich geschickt in die Umgebung eingepasst wurde. Hinter den Theken zur Information und zur Buchausleihe warten freundliche Mitarbeiter, die, allesamt fließend viersprachig,

helfen und unterstützen. Warteschlangen sind selten. In den ersten 13 Wochen hatte das neue Gebäude schon 75.000 Besucher. Es gab Hunderte neuer Anmeldungen zur kostenfreien Bibliotheksnutzung.

Viele Bücher und Fachzeitschriften stehen in Freihandmagazinen, thematisch geordnet, aber sprachlich gemischt, in Französisch, Deutsch, Englisch und Luxemburgisch. Im Erdgeschoss finden sich Zeitungen und Magazine aus diesen und anderen Sprachen. Das Leitsystem besteht aus einem Stecksystem modularer Schriftwürfel, das an die Setzkästen des frühen Buchdrucks erinnert. Gelochte, weiß emaillierte Ziegel wirken schallabsorbierend und unterstützen zugleich die Wärmespeicherung.

An solchen Orten hat man das Gefühl, dass Buch und Zeitung auch in gedruckter Form und als haptisches Erlebnis noch eine Zukunft haben – und dass gerade Studenten das genauso sehen und fühlen. Man kann das kleine Großherzogtum zu diesem großartigen Bau nur beglückwünschen.

# Kulturschmiede Belval

Finanzierungsgesetz für Infrastrukturen für Esch 2022 soll im Februar verabschiedet werden

Von Nicolas Anen

**Belval.** Es kommt Bewegung in die Akte „Esch 2022“. Während Kulturaffine gespannt auf die Pressekonferenz am 20. Februar warten, in der erste inhaltliche Neuigkeiten für das Kulturjahr erwartet werden, war Esch 2022 nun auch im Parlament Thema. Ende vergangener Woche erfolgte die Ernennung des Abgeordneten Carlo Back (Déi Gréng) zum Berichterstatter der Gesetzesvorlage zur Finanzierung der Infrastrukturen, die für das Kulturjahr vorgesehen sind. Insgesamt 35,3 Millionen Euro sollen in Belval investiert werden. Unter anderem soll das Gebäude der Hauptverwaltung – dem sogenannten Headquarter – von Esch 2022 errichtet werden. Derzeit arbeitet die Mannschaft noch von der Kreativfabrik in der Rue Emile Mark in Differdingen aus.

Doch die Zeit drängt. Bis zum offiziellen Startschuss des Kulturjahres am 22. Februar 2022 bleiben zwei Jahre. Das Gesetz soll demnach noch vor den Faschingsferien verabschiedet werden, so Carlo Back auf LW-Nachfrage.

„Wir haben das Gutachten des Staatsrats vorliegen, es enthält keine ‚Opposition formelle‘. Und in der Kommission gibt es auch einen Konsens zum Vorhaben“, sagt er. Dank der Vorarbeit, die durch den Fonds Belval geleistet wurde, zeigt Carlo Back sich optimistisch, dass die Arbeiten nach der Abstimmung zügig beginnen können. Tatsächlich hat der Fonds Belval bereits einige Ausschreibungsverfahren veröffentlicht. Diese sind allerdings mit der Klau-

sel versehen, dass die Abstimmung des Gesetzestextes als Voraussetzung gilt, präzisiert der Direktor des Fonds Belval, Luc Dhahmen.

## Headquartier und Möllerei

Die Liste der in Belval vorgesehenen Arbeiten ist lang. Eine Priorität stellt die Errichtung der Büros für die Mannschaft von Esch 2022 dar, so Luc Dhahmen weiter. Er hofft sich, dass diese bis Ende des Jahres, spätestens Anfang 2021, funktionstüchtig sind.

Die Räumlichkeiten sind vor der Gebläsehalle, zur Seite des Hochofens A, geplant. Als „hoch und schlank“, beschreibt sie Luc Dhahmen. Sie sollen gut sichtbar sein und die Präsenz von Esch 2022 vor Ort unterstreichen. Das Erdgeschoss wird für öffentliche Veranstaltungen genutzt werden. Die Module werden nach dem Kulturjahr wiederverwendet, versichert der Fonds-Belval-Direktor.

Eine weitere Priorität stellt die Instandsetzung des verbleibenden Teils der Möllerei dar. „Es wird ein spektakulärer Ort“, verspricht Luc Dhahmen. In diesem Gebäude, Baujahr 1910, wurden einst die Ladungen mit Eisenerzpräparaten und Koks vorbereitet, die in den Hochöfen gefördert wurden. Der Großteil dieses Gebäudes wurde bereits zur neuen Universitätsbibliothek umgebaut.

Im verbleibenden Teil ist unter anderem ein Digital Space vorgesehen. Dabei handelt es sich laut Gesetzesvorlage um eine Art Inkubator für „neue kulturelle For-

men“. Dort soll auf Projektoren, LED-Schirme und andere Lichtinstallationen zurückgegriffen werden. Luc Dhahmen hofft, dass die Restaurierungsarbeiten bis Herbst 2021 abgeschlossen sind, damit danach das künstlerische Konzept eingerichtet werden kann. Zudem soll eine Brücke die Möllerei und die Gießhalle des Hochofens A verbinden. Dort ist eine Bühne für Spektakel vorgesehen.

Nach 2022 wird die Möllerei ein Teil des Besucherwegs des Hochofens A werden. Das wird dazu beitragen, das Funktionieren des Hochofens besser zu dokumentieren, erklärt Luc Dhahmen. Denn viel vom Inneren soll erhalten bleiben.

## Skip vor Umzug nach Belval

Weiterhin soll der Skip, das gelbe Gebäude mit gewelltem Dach, das sich derzeit beim Kreisverkehr Raemerich befindet, umziehen. Abbau und Wiederaufbau in Belval sollen sechs Monate dauern. Dort werden Workshops oder Konferenzen stattfinden können.

Weitere Arbeiten sind unter anderem in der Ausstellungshalle Massenoire oder noch am Fundament des Hochofens C vorgesehen. Dieser war nach seinem Verkauf nach China 1996 abmontiert worden. Geblieben ist ein grober Betonsockel, der vom Fonds Belval zugänglich gemacht werden soll. Was dort stattfinden wird, ist allerdings noch nicht bekannt. Man darf demnach gespannt sein.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Horesca / Tourisme / Loisirs - Relations internationales

## Für mehr Zusammenarbeit

Letztes Jahr haben sich 12 Gemeinden aus Deutschland, Frankreich und Luxemburg am Europatag (9. Mai) dazu entschlossen, im Bereich Tourismus enger zusammenzuarbeiten. Hierfür unterschrieben sie eine Absichtserklärung. Um diese Zusammenarbeit zu erleichtern, wird eine sogenannte EWIV (Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung) gegründet. Dieser Beschluss wurde am Freitag um 11 Uhr im Europamuseum in Schengen unterschrieben. Nach der gestrigen Unterschrift folgt nun das Einreichen eines Antrags beim „Registre de commerce et des sociétés“ in Luxemburg. Steht die EWIV, dann können anfallende Kosten wie z.B. jene einer Web-

seite (ist im Aufbau und wird voraussichtlich Anfang März gelauncht), des Logos und weiterer Projekte künftig ohne weitere Umwege bezahlt werden – und zwar mit gesammelten Geldern (Jahresbeiträgen). Durch die EWIV werden viele Schritte vereinfacht und verkürzt, da sie dann grenzübergreifend ist. Teilgenommen haben die Bürgermeister folgender Gemeinden:  
Gemeinde Apach (F):  
Patrick Gutiérrez  
Gemeinde Contz-les-Bains (F):  
Yves Licht  
Gemeinde Dalheim (L):  
Jos Heisbourg  
Gemeinde Merzig (D):

Marcus Hoffeld  
Gemeinde Mettlach (D):  
Rainer Borens, Erster Beigeordneter,  
vertrat Daniel Kieffer  
Gemeinde Mondorf-les-Bains (L):  
Steve Reckel  
Gemeinde Perl (D): Ralf Uhlenbruch  
Gemeinde Remich (L): Jacques Sitz  
Gemeinde Rettel (F): Rémi Schwenck  
Gemeinde Schengen (L):  
Michel Gloden  
Ebenso: Schengen Asbl.:  
Jean-Paul Kieffer  
Office de tourisme du Bouzonvillois  
Pays de Sierck: André Del Pizzo  
Die Gemeinden Sierck-les-Bains (F)  
und Rustroff (F) waren nicht vertreten.  
(Foto: Gemeinde Schengen)

Horesca / Tourisme / Loisirs - Relations internationales

## Zusammenarbeit im Tourismus

### Europäische Interessenvereinigung Dreiländereck unterzeichnet

**SCHENGEN** Symbolisch im Europamuseum in Schengen haben zwölf Gemeinden aus Deutschland, Frankreich und Luxemburg gestern eine Absichtserklärung unterzeichnet, um im Tourismusbereich enger zusammenzuarbeiten. Um diese Zusammenarbeit zu erleichtern, wird eine sogenannte europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) gegründet, teilt die Gemeinde Schengen mit. Die Entscheidung einer engeren Kooperation wurde anlässlich des Europatags am vergangenen 9. Mai getroffen. Beteiligt sind folgende Gemeinden: Apach, Contz-les-Bains, Rettel, Rustroff und Sierck-les-Bains in Frankreich, Merzig, Mettlach, Perl in Deutschland und Dalheim, Mon-

dorf-les-Bains, Remich und Schengen in Luxemburg. Gestern dabei waren ebenfalls die Schengen asbl sowie das „Office de Tourisme du Bouzonvillois Pays de Sierck“.

Nach der Unterschrift folgt nun das Einreichen eines Antrags beim „Registre de Commerce et Sociétés“ in Luxemburg. Steht die EWIV, könnten in Zukunft mit gesammelten Geldern (Jahresbeiträgen) anfallende Kosten wie beispielsweise einer Webseite, des Logos und weiterer Projekte ohne weitere Umwege bezahlt werden. Durch die EWIV, da grenzübergreifend, würden viele Schritte vereinfacht und verkürzt. Ein Webauftritt ist derweil bereits in Planung. Der Launch ist für Anfang März geplant. LJ

Lëtzebuurger Journal du 18.01.2020 / page 8

## So nah und doch nur wenig bekannt

Zwölf Gemeinden im Dreiländereck wollen gemeinsam um Besucher werben – auch in den Nachbardörfern

**Schengen.** „Wir leben in guter Nachbarschaft, aber eher nebeneinander als miteinander“, fasste es der Schengener Bürgermeister Michel Gloden zusammen. Damit sich das ändert, wollen die zwölf Gemeinden im Dreiländereck in Zukunft viel enger zusammenarbeiten und mehr Gemeinschaft zwischen den Bürgern stiften.

Um die Zusammenarbeit auf solide Füße zu stellen, haben die Bürgermeister der zwölf Gemeinden eine Gesellschaft gegründet, dies in Form einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung. Bei der Unterzeichnung der Gründungsurkunde am Freitag im Europamuseum war die Stimmung erwartungsvoll. Bürgermeister Gloden kündigte an, dass auch die Einwohner der Ge-

meinden in Luxemburg, Deutschland und Frankreich etwas von dem touristischen Angebot haben werden. So soll eine Internetseite die Veranstaltungen der Gemeinden publik machen und somit auch Gäste von jenseits der Grenze anlocken.

Viele Bewohner seien kaum informiert, welche Veranstaltungen und kulturelle Angebote es auf der anderen Seite der Grenze gebe – selbst wenn die Orte nur wenige Kilometer entfernt sind, meinte Bürgermeister Gloden. Die Internetseite wird voraussichtlich Anfang März an den Start gehen. Auch ein jährliches gemeinsam organisiertes Bürgerfest ist geplant.

Von Luxemburger Seite sind die Gemeinden Schengen, Remich,

Bad Mondorf und Dalheim in der wirtschaftlichen Vereinigung vertreten, außerdem die deutschen Gemeinden Merzig, Mettlach und Perl und in Frankreich Apach, Contz-les-Bains, Rettel, Rustroff und Sierck-les-Bains.

Ralf Uhlenbruch, Bürgermeister von Perl, wies auf das neue Logo hin, das in Zukunft auf allen Publikationen erscheinen soll. Sein Amtskollege aus Apach, Patrick Gutières, regte an, in Zukunft könne man ein grenzüberschreitendes Angebot für Kinder ausarbeiten.

„Leidenschaft und Dynamik“

Der Bad Mondorfer Bürgermeister Steve Reckel drückte seine anfängliche Skepsis aus. Er habe zunächst gezögert, einer weiteren Gesellschaft beizutreten, deren

Wirkung ungewiss sei. „Hier ist es aber anders, hier spüre ich Leidenschaft und Dynamik“, meinte Reckel.

Der Remicher Bürgermeister Jacques Sitz unterstrich die Rolle, die der Tourismus gerade für seine Stadt spielt. Für sich genommen seien die Gemeinden aber zu klein, um über die Region hinaus eine Strahlkraft zu entwickeln. „Jetzt haben wir die Möglichkeit, gemeinsam aufzutreten“, meinte Sitz.

Die Europäische wirtschaftliche Vereinigung finanziert sich über Jahresbeiträge der Mitgliedsgemeinden und bestreitet daraus die Kosten, beispielsweise für die Internetpräsenz oder für Öffentlichkeitsarbeit. vb



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# VERSCHIEDENES

# „Wir müssen uns auch den unbequemen Wahrheiten stellen“

Ein Gespräch mit Mil Lorang,

dem Autor von „Luxemburg im Schatten der Shoah“

LUXEMBURG

CLAUDE KARGER

**L**uxemburg im Schatten der Shoah“ heißt das Buch des Publizisten und ehemaligen OGBL-Pressesprechers Mil Lorang, das Ende vergangenen Jahres bei Editions Phi erschien. Auf rund 200 Seiten behandelt Lorang die Geschichte der Judenverfolgung im Großherzogtum. Wir haben uns mit dem Autor über das Werk unterhalten.

**Herr Lorang, wie kamen Sie dazu, ein solches Buch zu machen?**

**MIL LORANG** Nachdem ich im März 2016 dem Verwaltungsrat von MemoShoah Luxembourg beigetreten war, habe ich damit begonnen, die Verfolgung der Juden hierzulande unter der Nazi-Okkupation aufzuarbeiten. Aus dieser Recherche sind eine Reihe Artikel entstanden, die im „Tageblatt“ veröffentlicht wurden. Da in diesen Beiträgen Themen behandelt wurden, die der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt waren, wurde mir von Mitgliedern des MemoShoah-Komitees nahegelegt, aus den Artikeln ein Buch zu machen, an dem ich über drei Jahre gearbeitet habe.

**Wie schwierig waren die Recherchen?**

**LORANG** Der damalige Präsident von MemoShoah, Henri Juda, hat mir sehr viel Material ausgeliehen, auch Bücher, die längst vergriffen waren. Im Rahmen von MemoShoah habe ich Personen kennengelernt, die ich wahrscheinlich sonst nie kennengelernt hätte, etwa den langjährigen Verwalter des Archivmaterials des jüdischen Konsistoriums. Über diese Kontakte habe ich Zugang zu Archivmaterial und zu weiterführenden Quellen bekommen. Andere Personen haben mir private Archivadokumente zur Verfügung gestellt, die sonst nirgends zu finden sind. Die Deportationslisten habe ich neu erstellt, aber natürlich die wertvolle Arbeit von Paul Cerf aus den 1970er und 1980er Jahren sowie von anderen Historikern zum Vergleich herangezogen. Die Listen wurden aber auch mit den Datenbanken und zum Beispiel Ghettoeingangslisten abgeglichen, die den früheren Forschern noch nicht zugänglich waren, da es damals noch kein Internet gab. Ohne den Kontext MemoShoah hätten also die Artikel und auch das Buch nicht entstehen können. Aber natürlich muss man die Recherchearbeit und die Verfassung der Artikel selbst durchführen. Und das nimmt hunderte von Stunden in Anspruch, in diesem Fall weit über tausend.

**Welches Gesamtbild ergeben Ihre Recherchen denn zur Einstellung der Luxemburger gegenüber der Judenverfolgung?**

**LORANG** Das ist schwer zu sagen. Man kann ja gar nicht wissen, was jeder Einzelne so denkt. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, dass die Menschen, die sich schon von sich aus für das Thema interessieren, natürlich offen sind für neue Erkenntnisse auf diesem Gebiet. Andererseits gibt es viele Menschen, die sich noch

nie mit dem Thema auseinandergesetzt haben, die vielleicht auch noch nie in ihrem Leben einer jüdischen Person begegnet sind. Dort können die Reaktionen von tiefer Betroffenheit über Relativierung bis hin zu Skepsis reichen.

**Was ist zu tun, um die Erinnerung an das Unvorstellbare aufrecht zu erhalten?**

**LORANG** So wichtig periodische Holocaust-Gedenkfeiern auch sind, werden sie nicht ausreichen, um die Singularität dieses unglaublichen Verbrechens gegen die Menschlichkeit im kollektiven Bewusstsein wach zu halten. Das ist übrigens auch wahr für die klassische Gedenkkultur generell. Im Falle des Holocaust müssen die jungen Menschen im Geschichtsunterricht an dieses Thema herangeführt werden, aber auch, wenn es geht, die noch bestehenden Lager besuchen. Es geht in allererster Linie darum, den jungen Menschen die Mechanismen nahezubringen, die zu einem Genozid führen können. Denn wenn man die Geschichte vergisst, kann sie sich wiederholen. Besonders in einer Zeit, in der wiederum weltweit autoritäre nationalradikale Bewegungen entstehen, die versuchen, die Gesellschaft in echte und unechte Bürger aufzuteilen, ist es wich-

tiger denn je, in Erinnerung zu rufen, zu was solch segregierende Ideologien führen können.

**Rezente Recherchen von Historikern beweisen, dass auch Luxemburger am Holocaust beteiligt waren. Die Geschichte der Shoah ist also längst nicht vollständig aufgearbeitet?**

**LORANG** Es liegt in der Tat noch vieles im Dunkeln, obwohl sich sehr viele Forscher dem Thema gewidmet haben. Es ist Fakt, dass 14 Luxemburger im Reserve-Polizei-Bataillon 101 dienten und dazu noch in der besonders einsatzfähigen 1. Kompanie. Von 150 Angehörigen dieser Kompanie gehörten sie zu den 28 aktiven Polizisten, also eindeutig zum harten Kern.

Die guten Führungszeugnisse der Beteiligten zeigen, dass sie ihren Dienst in vollster Zufriedenheit ihrer NS-Hierarchie ausübten. Nun ist auch Fakt, dass das RPB 101 an der Vernichtung der polnischen Juden beteiligt war. Ich finde es extrem wichtig, dass die Forschung darüber weiter getrieben wird, im Interesse der Wahrheit über eines der dunkelsten Kapitel der Menschheit. Wir müssen uns dieser Wahrheit stellen, auch wenn sie für

manche sehr unbequem ist.

☉ Am 29. Januar organisiert der OGBL, in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Resistenzmuseum (MNR) und MemoShoah Luxembourg, eine Veranstaltung zum Thema „Luxemburg im Schatten der Shoah“. Um 19.30 im Festsaal des OGBL („Maison du Peuple“). Dabei stellt Mil Lorang auch sein Buch vor.

## „Es liegt in der Tat noch vieles im Dunkeln“

MIL LORANG, Publizist

Nécrologies - Luxembourg

## DP-Politiker Eugène Berger ist tot

**Luxembourg.** DP-Fraktionspräsident Eugène Berger ist im Alter von 59 Jahren verstorben. Die traurige Nachricht vom Ableben des liberalen Politikers wurde gestern während der Parlamentsdebatte verkündet.

Berger war 1994 erstmals ins Parlament gewählt worden und gehörte diesem 17 Jahre lang an. Von 1999 bis 2004 war er in der damaligen CSV-DP-Regierung Staatssekretär im Umweltministerium. 1992 hatte er als erster Luxemburger den Mount Everest, den höchsten Berg der Welt, bestiegen. *MaH*

Luxemburger Wort du 22.01.2020 / page 1

Nécrologies - Luxembourg

# Eugène Berger verstorben

DP-Fraktionspräsident unerwartet im Alter von 59 Jahren verschieden

Von Marc Hoscheid

Die Nachricht vom Ableben von DP-Fraktionspräsident Eugène Berger traf das Parlament gestern mitten ins Herz. Ausgerechnet während einer Debatte über den Index des Wohlbefindens musste der stellvertretende Parlamentspräsident Mars Di Bartolomeo (LSAP), sichtlich emotional ergriffen, die Sitzung mit dem Verweis auf den Tod des liberalen Politikers unterbrechen.

Anschließend war es Chamberpräsident Fernand Etgen (DP), der die Sitzung wiedereröffnete und die zuvor verkündete Nachricht bestätigte. Mit tränenerstickter Stimme sprach er der Familie im Namen des gesamten Parlaments sein „tiefstes Mitgefühl“ aus. Danach bat er alle Anwesenden, dem Verstorbenen mit einer Schweigeminute zu gedenken und sich zu erheben. Sofort danach hob Etgen die Sitzung auf.

Eugène Berger war am 16. Januar unerwartet mit schweren gesundheitlichen Problemen ins Krankenhaus eingeliefert und seitdem auf der Intensivstation behandelt worden.

### Erster Luxemburger auf dem Gipfel des Mount Everest

Das erste Mal war der am 4. Dezember 1960 in Bettemburg geborene Politiker 1994 für die Liberalen in das Parlament gewählt worden. Bekannt geworden war der als Lehrer tätige Berger zuvor, weil er am 1. Oktober 1992 als erster Luxemburger den Mount Everest, den höchsten Berg der Erde, erfolgreich bestiegen und dafür im

selben Jahr den Titel „Sportler des Jahres“ erhalten hatte.

Nach den Wahlen 1999 gingen DP und CSV eine Regierungskoalition ein und Eugène Berger wechselte von der Chamber in die Regierung. Er war dort bis 2004 Staatssekretär im Umweltministerium.

2004 erlebte er seinen ersten und gleichzeitig größten politischen Rückschlag. Bei der Wahl Niederlage der Liberalen verlor er seinen Sitz im Abgeordnetenhaus. Auf der Südliste musste er dem damaligen Bürgermeister von Differdingen Claude Meisch, der 1702 Stimmen mehr erhielt, den Vortritt lassen.

Am 20. Dezember 2007 konnte er dann seine Rückkehr ins Parlament feiern. Dort ersetzte er Henri Grethen, der zum Europäischen Rechnungshof wechselte. Von diesem Moment an gehörte er dem Parlament ununterbrochen etwas mehr als zwölf Jahre lang an. Während er 2009 und 2013 direkt wiedergewählt wurde, rückte er 2018 für Pierre Gramegna nach, der in der Neuauflage der Gambia-Regierung erneut Finanzminister wurde.

### Berichterstatler des ersten Haushalts von Blau-Rot-Grün

Nachdem er 2009 zu einem der beiden Vizepräsidenten der DP-Fraktion bestimmt worden war, übernahm Berger 2013 den Chefposten, den er eigentlich zur Hälfte der laufenden Legislaturperiode an Gilles Baum abgeben sollte. 2014 war er unter anderem Berichterstatler zum ersten Haushalt

von Blau-Rot-Grün.

Eugène Berger, der 59 Jahre alt wurde und in Peppingen lebte, hinterlässt zwei Kinder.

In zahlreichen Reaktionen zeigten sich politische Institutionen, Parteien und einzelne Politiker betroffen über die Nachricht. Auf ihrer Internetseite spricht die Chamber der gesamten Familie von Berger ihr tiefstes Mitgefühl aus. In einer gemeinsamen Pressemitteilung von Fraktion und Partei teilt die DP mit, dass Bergers Familie und die Menschen, die ihm am Herzen lagen, im Augenblick seines Todes bei ihm waren, um sich von ihm zu verabschieden. Mit ihm „verlässt uns ein engagierter und herzlicher Mensch, der sich viele Jahre für das Wohl seiner Mitmenschen eingesetzt hat“, heißt es weiter.

Premierminister Xavier Bettel (DP) schrieb auf dem Kurznachrichtendienst Twitter, dass Berger nicht nur ein engagierter Politiker und begabter Sportler, sondern auch „ein guter Mensch und enger Partner“ gewesen sei. Ebenfalls über Twitter äußerte sich CSV-Fraktionspräsidentin Martine Hansen zum Ableben von Eugène Berger. „Der Tod von Eugène Berger hat uns alle getroffen.“ Sie dankte ihm für sein Engagement für Leute und Land und unterstrich, dass man ihn in bester Erinnerung behalten werde.

Auch das „Luxemburger Wort“ entbietet den Hinterbliebenen von Eugène Berger sein aufrichtiges Beileid.

Luxemburger Wort du 22.01.2020 / page 2

# Weniger Alkoholmissbrauch

Regierungsrat nimmt Aktionsplan an - Maßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus

LUXEMBURG

CHRISTIAN BLOCK

**D**en Missbrauch von Alkohol „erheblich“ reduzieren: Das ist erklärtes Ziel eines nationalen Aktionsplan, für den der Regierungsrat gestern grünes Licht gab. Der PALMA abgekürzte Plan (Plan d'action de réduction du mésusage de l'alcool 2020-2024) besteht aus sechs Säulen. Die Früherkennung von Alkoholmissbrauch, die Forschung über den übermäßigen Konsum oder die Weiterbildung von Berufstätigen zur Früherkennung sind beispielsweise Elemente des Plans.

## Getränke mit hohem Alkoholgehalt künftig ab 18

Als eine Einzelmaßnahme sieht der Aktionsplan eine Anhebung des Mindestalters vor, mit dem Getränke mit einem hohen Alkoholgehalt erworben werden können. Die Altersgrenze wird von 16 auf 18 angehoben. Eine wichtige Säule des Aktionsplans ist wenig überraschend die Prävention in der Bevölkerung im Allgemeinen wie auch bei spezifischen Gruppen (Schwangere, Jugendliche...). Auch die Betreuung der Alkoholabhängigkeit soll verbessert werden.

„Der Missbrauch von Alkohol wirkt sich vor allem dauerhaft auf die Gesundheit aus und stellt einen vermeidbaren Risikofaktor von Herz- und Gefäßkrankheiten, Krebs,

Leberkrankheiten oder auch psychischen Störungen dar“, wird Gesundheitsminister Etienne Schneider (LSAP) in einer Mitteilung seines Ministeriums zitiert.

## Etienne Schneiders letzter Regierungsrat

Angenommen wurde weiter ein Gesetzesentwurf, mit dem die geografische Lokalisierung eines Notrufs möglich werden soll. Grünes Licht gaben die Minister ebenfalls für die Ausarbeitung eines Aktionsplans im Kampf gegen Antisemitismus.

In der Zusammenfassung der Arbeiten heißt es, die Regierung habe entschieden, die Arbeitsdefinition für Antisemitismus der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA) übernehmen zu wollen.

Für die Minister war der gestrige Regierungsrat ein emotionaler. Die Regierung gedachte in einer Schweigeminute des am Dienstag verstorbenen DP-Abgeordneten und Fraktionschefs Eugène Berger.

Außerdem war es für Vize-Premier und Gesundheitsminister Etienne Schneider (LSAP), der sein Amt am 4. Februar niederlegen wird, die letzte Regierungsratssitzung. Staatsminister Xavier Bettel bedankte sich im Namen der Regierung „für sein Engagement und alles was er in den letzten sechs Jahren als Vize-Premier und Minister für unser Land gemacht“, schrieb er auf Twitter. ●

„Der Missbrauch von Alkohol wirkt sich vor allem dauerhaft auf die Gesundheit aus“

ETIENNE SCHNEIDER, Gesundheitsminister

## Von der Seuche verschont

Im Großherzogtum ist weiterhin kein Fall von Afrikanischer Schweinepest bekannt

**Luxemburg.** Als im September 2018 unweit der luxemburgischen Grenze in Belgien ein Wildschweinkadaver positiv auf die Afrikanische Schweinepest getestet wurde, war die Aufregung groß. Mittlerweile ist es allerdings ruhig um das Thema geworden. Zuletzt wurde die hoch ansteckende Krankheit in Belgien im August 2019 bei einem frischen Schweinekadaver nachgewiesen.

Als frei von der Afrikanischen Wildschweinpest gilt Belgien dennoch nicht - das geht aus der Antwort auf eine parlamentarische

Frage der DP-Abgeordneten Guy Arendt und Gusty Graas an Landwirtschaftsminister Romain Schneider (LSAP) hervor. Denn dafür darf während eines ganzen Jahres kein einziger positiver Befund vorliegen.

### Schwein gehabt

In Luxemburg wurde indes noch kein einziger Fall der Afrikanischen Schweinepest nachgewiesen. Die Mitarbeiter des Veterinärlabors haben insgesamt 346 Kadaver auf die Krankheit untersucht - 343 Mal war das Resultat

negativ, in drei Fällen war das Ergebnis aufgrund des schlechten Zustandes des Kadavers unentschieden. Die verschiedenen Schutzmaßnahmen, die in den Monaten nach dem ersten Fund im September 2018 umgesetzt wurden, scheinen demnach zu greifen.

So wurde unter anderem unmittelbar an der Grenze zu Belgien eine sogenannte Zone blanche geschaffen, in der alle Wildschweine getötet werden sollen. Eine große Schweinepopulation scheint es dort nicht zu geben. Seit

Beginn der Treibjagd im vergangenen Oktober wurden dort lediglich drei Schweine geschossen, seit Errichtung der Schutzzone insgesamt 22. Zwei weitere Tiere wurden in dem Gebiet tot aufgefunden. In der Zone werden die Wildschweine auch mithilfe von Fallen gejagt - elf Tiere konnten so gefangen und getötet werden.

Für Menschen ist die Afrikanische Schweinepest ungefährlich - eine Infektion ist für Wild- und Hausschweine allerdings tödlich. Infizierte Tiere sterben oft innerhalb weniger Tage. Die Pest stellt somit vor allem Schweinezüchter vor Probleme. *m.r.*